



Wortprotokoll der 67. Sitzung

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berlin, den 10. Februar 2021, 18:00 Uhr
Videokonferenz im Webex-Format

Vorsitz: Dr. Andreas Lenz, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einzigiger Tagesordnungspunkt Seite 3

Gespräch zum Thema „Deutsche
Nachhaltigkeitsstrategie – Weiterentwicklung 2021“

mit **Prof. Dr. Mark Lawrence**, geschäftsführender
wissenschaftlicher Direktor am Institut für
transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS
Potsdam)

und **Prof. Dr. Christa Liedtke**, Co-Vorsitzende der
Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030
(wpn2030)



Mitglieder des Beirates

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Benning, Sybille Damerow, Astrid Lenz, Dr. Andreas Marschall, Matern von Stein (Rostock), Peter Whittaker, Kai	Beermann, Maik Färber, Hermann Kruse, Rüdiger Pilsinger, Stephan Pols, Eckhard Weiler, Albert H.
SPD	Scheer, Dr. Nina Thews, Michael Westphal, Bernd	De Ridder, Dr. Daniela Klare, Arno Schäfer (Bochum), Axel
AfD	Kraft, Dr. Rainer Spaniel, Dr. Dirk	Glaser, Albrecht Wiehle, Wolfgang
FDP	Hoffmann, Dr. Christoph Köhler, Dr. Lukas	Bauer, Nicole Kluckert, Daniela
DIE LINKE.	Vogler, Kathrin Zdebel, Hubertus	Leidig, Sabine Remmers, Ingrid
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Hoffmann, Dr. Bettina Zickenheiner, Gerhard	Kekeritz, Uwe Strengmann-Kuhn, Dr. Wolfgang



Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Rechtzeitig und pünktlich sind auch unsere Gäste jetzt in der Online-Videoschleife. Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich noch einige organisatorische und technische Hinweise geben. Ich hoffe, alle können mich hören? Ich kann auf jeden Fall schon einige Gäste hören und auch sehen. Wir verfahren ja so, dass die Teilnehmer der Beiratssitzung, die Geladenen und die Beiratsmitglieder, letztlich per Video sichtbar sind und die externen Gäste, wo wir heute eine ganze Menge haben, vom Bild her nicht sichtbar sind. Ich denke, dass mich alle verstehen. Ich bitte darum, dass Sie Ihr Mikrofon freigeschaltet, wenn die entsprechende Wortmeldung kommt. Ansonsten bitte ich um Stummschaltung der Mikrofone. Wortmeldungen bitte wieder in den Chats eingeben oder anmelden. Ich glaube, wir kommen da zurecht und verfahren wie bei den letzten Beiratssitzungen und können dann auch pünktlich unsere Sitzung starten.

Einzigiger Tagesordnungspunkt

Gespräch zum Thema „Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie – Weiterentwicklung 2021“

mit Prof. Dr. Mark Lawrence, geschäftsführender wissenschaftlicher Direktor am Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS Potsdam)

und Prof. Dr. Christa Liedtke, Co-Vorsitzende der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (wpn2030)

dazu verteilt:

Stellungnahme Ausschussdrucksache 19(26)98 (Anlage 1); Pressestatement Ausschussdrucksache 19(26)99 (Anlage 2); Impulse aus der Arbeit Ausschussdrucksache 19(26)100 (Anlage 3)

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ich eröffne die 67. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung mit dem einzigen Tagesordnungspunkt „Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie – Weiterentwicklung 2021“, heute ausschließlich im Videoformat, weil wir natürlich den bestehenden Regelungen Rechnung tragen wollen.

Begrüßen darf ich ganz herzlich die Mitglieder des Beirates, aber auch Herrn Dr. Bauernfeind vom Bundeskanzleramt. Als Gäste in unserer heutigen Sitzung begrüße ich Frau Prof. Christa Liedtke, Co-Vorsitzende der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (wpn2030), sowie Herrn Prof. Dr. Mark Lawrence, Geschäftsführender wissenschaftlicher Direktor am Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung, IASS Potsdam (Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung) und Chair der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030. Herzlich Willkommen. Ebenso, ich habe es schon gesagt, freue ich mich, dass wir eine ganze Reihe an externen Gästen heute begrüßen dürfen. Auch diese sind natürlich ganz herzlich bei unserer heutigen Sitzung willkommen.

Ich darf die Gäste kurz vorstellen. Frau Prof. Christa Liedtke ist seit 2020 Co-Vorsitzende der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030, Abteilungsleiterin für Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren am Wuppertal Institut. Seit 2016 ist Frau Liedtke auch Professorin an der Folkwang Universität der Künste für Nachhaltigkeitsforschung im Design, Fachbereich Industrial Design. Sie ist Mitglied im Sachverständigenrat für Verbraucherfragen des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV), des Lenkungsausschusses des SDSN, also des Sustainable Development Solutions Network, und war auch Vorsitzende der Ressourcenkommission am Umweltbundesamt. Ganz herzlich willkommen, Frau Prof. Liedtke.

Des Weiteren begrüße ich Herrn Prof. Lawrence. Herr Lawrence ist Geschäftsführender wissenschaftlicher Direktor am Institute for Advanced Sustainability Studies e.V. am IASS Potsdam und Chair der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030. Er befasst sich mit den zentralen Herausforderungen des Anthropozän, indem er als integrativer Wissenschaftler eine große Vielfalt wissenschaftlicher Expertise, einschließlich seiner eigenen, in Atmosphärenwissenschaften in seinem Team verknüpft und anwendet, sowie über diese interdisziplinäre Grundlage hinaus auch gesellschaftliche Akteure durch einen transdisziplinären Ansatz mit einbezieht.

Begrüßen möchte ich außerdem noch Herrn Dr. Falk Schmidt, Leiter der Geschäftsstelle der „Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030“ – ich



habe ihn auch schon gesehen – genau – rechts oben im Bild – und Frau Frauke Stürenburg, die einigen von uns ja hier im Beirat auch noch aus ihrer früheren Tätigkeit bekannt ist, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am IASS Potsdam. Frau Stürenburg ist ebenfalls zugeschaltet.

Wir selber sind der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung, das haben Sie ja mittlerweile auch schon mitbekommen. Wir begleiten die Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung. Wir betreiben auch eine entsprechende Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung der Gesetzesvorlagen, die uns zugehen. Wir begleiten auch die europäische, aber auch die Nachhaltigkeitspolitik auf Ebene der Vereinten Nationen.

Bevor wir mit den kurzen Impulse-Statements starten noch einige organisatorische Hinweise. Wir haben die jeweiligen Statements – vor allem auch die der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 – auch ausgedruckt bzw. den Beiratsmitgliedern per E-Mail zugesandt. Da geht es zum einen um die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS). Es geht aber auch darum, dass Ihnen ein Presse-Statement zum Thema „Bundestag läutet Neustart für Nachhaltigkeit ein – jetzt ist die Regierung am Zug“ vorliegt – das sehen wir natürlich genauso – und ein Statement zum Thema „Nachhaltig aus der Corona-Krise!“ – dem Thema haben wir uns im Beirat auch schon intensiv mehrere Male gewidmet. Ich weise darauf hin, dass das heutige Gespräch per Video aufgezeichnet und morgen im Parlamentsfernsehen gegen 12:00 Uhr auch in die Mediathek des Deutschen Bundestages eingestellt wird. Zudem wird ein Wortprotokoll erstellt und die Sitzung aufgezeichnet.

Die Eingangsstatements sollen jeweils ca. zehn Minuten betragen. Es läuft auch eine Uhr im Hintergrund mit. Ich bitte, die Zeit zu beachten. Danach werden sich zwei Fragerunden und zwei Diskussionsrunden anschließen. Wir wollen ca. 19:00 Uhr bzw. spätestens 19:15 Uhr pünktlich enden. Ich stelle keinen Widerspruch fest. Dann würde ich als erstes – wie besprochen – Frau Prof. Liedtke das Wort erteilen.

Prof. Dr. Christa Liedtke, Co-Vorsitzende der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (wpn2030): Herzlichen Dank. Sehr geehrte Mitglieder des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung, sehr geehrte Zuhörende. In

der Vergangenheit gab es einige Berührungspunkte mit dem Parlamentarischen Beirat – – Ich höre ein kleines Nachhallen.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ja, wir hören auch ein kleines Nachhallen. Ich weiß nicht, ob es ein technisches Problem ist. Ich schaue gerade nach. Liegt es an der Technik oder an der Übertragung? Ich würde Sie bitten, dass Sie einfach langsam fortfahren, und wenn es nicht besser wird, dass Sie unter Umständen vielleicht das Bild ausschalten. Aber wenn Sie einfach langsam fortfahren, dann müsste es eigentlich klappen.

Prof. Dr. Christa Liedtke, Co-Vorsitzende der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (wpn2030): Ja. Ich versuche es noch mal. Man hört den Hall leider noch im Hintergrund. Oder ist es jetzt besser geworden? Nein.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ich würde mal bitten, dass alle Mikrofone hier im Raum ausgeschaltet werden. Da ist noch eines bei Ihnen angeschaltet. Genau. Ich schalte mein Mikro aus. Ansonsten müsste eigentlich alles stumm sein.

Prof. Dr. Christa Liedtke, Co-Vorsitzende der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (wpn2030): So. Jetzt probieren wir es noch mal. Ja, jetzt höre ich keinen Nachhall mehr. Wunderbar.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Jetzt ist es perfekt – alles super.

Prof. Dr. Christa Liedtke, Co-Vorsitzende der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (wpn2030): Gut, dann kann ich noch mal starten. Ich freue mich, dass es zu dieser Einladung gekommen ist, wohlweislich, dass wir ja schon einige Kontakte der Wissenschaftsplattform mit dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung hatten. Die Abgeordnete Nina Scheer war beispielsweise mal bei uns im Lenkungskreis. Wir hatten ein parlamentarisches Frühstück zum Thema „Mobilität“. Frau Dr. Hoffmann war auf unserer Jahreskonferenz „Nachhaltigkeit“ und Frau De Ridder hatte auch am „Barcamp“ teilgenommen. Das heißt, einige von Ihnen kennen schon Formate auch der wpn, und wir freuen uns natürlich sehr, dass das heutige Gespräch zustande kommt, und dass wir eingeladen wurden, um auch unsere Vorstellungen der wpn und der



Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) in den Austausch mit Ihnen zu bringen. Ich gehe davon aus, dass Ihnen die Wissenschaftsplattform als Teil der DNS vertraut ist und stehe hierzu natürlich auch für Nachfragen im Anschluss an unsere Impulse zur Verfügung. Nicht vergessen möchte ich noch zu erwähnen, dass wir ein Dreier-Team sind. Mark Lawrence hatten Sie ja schon vorgestellt. Unsere dritte Co-Vorsitzende ist Daniela Jacob vom Deutschen Komitee für Nachhaltigkeitsforschung (DKN). Wir leiten zusammen – sozusagen als „Co-Chairs“ – die Aufgaben der wpn, zusammen mit der Geschäftsstelle und dem Lenkungskreis.

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung hatte ja schon den Ankerpunkt genannt: Deutschland kann mehr für die Nachhaltigkeitsziele tun, als es derzeit der Fall ist, um der Agenda 2030 einen politischen Auftrieb zu verleihen. Das sehen wir natürlich genauso. Die Sustainable Development Goals (SDGs) fungieren als Maßstab für eine zentrale politische Vorsorgestrategie, die Agenda 2030 als Kompass, auch für öffentliche Haushalte und Konjunkturprogramme, für Gesetzgebung und tatsächlich auch Maßnahmenprogramme. Sie sind hier natürlich ein wichtiger Ausgangspunkt. Dafür ist die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und der Ressorts wie auch ein Nachhaltigkeitsmanagementsystem in den Ressorts und zwischen den Politikfeldern von hoher Bedeutung. Dass dies notwendig ist, zeigte auch das Monitoring des Bundesrechnungshofs im Jahr 2019. Dieser weist darauf hin, dass keines der Ressorts eine vollständige Übersicht über die bereits durchgeführten und eingeleiteten bzw. geplanten wesentlichen Maßnahmen mit Nachhaltigkeitsbezug in seinem Zuständigkeitsbereich vorlegen konnte. Dies würde mich auch interessieren, aber auch die Aktivitäten zum Thema „DNS im Bundestag“ und wie wir da in einen stärkeren Austausch kommen könnten.

Fokus in der kommenden Zeit sollten die im Entwurf der Dialogfassung zur Weiterentwicklung definierten und auch der seitens des Sustainable Development Solutions Network (SDSN) und der wpn 2030 eingebrachten Felder der Transformationsbereiche und Themen sein. Sie sind für uns die zentralen Ansatzpunkte für die Umsetzung der DNS sowie der Agenda 2030. Sie werden aber nur

in der Praxis real, also in der Produktion, im Konsum sowie in den Kommunen – dort, wo das Leben und die Wirtschaft pochen. Die internationale und kooperative Perspektive ist dabei zentral – SDG 17, ein sehr zentrales Ziel. Und natürlich auch die Rechtsetzung spielt eine zentrale Rolle – SDG 16. Auch der Bundestag spielt eine sehr wichtige Rolle bei der Umsetzung der SDGs. Aus der Perspektive der wpn 2030 spreche ich vier zentrale Aspekte kurz an. Einmal die wissenschaftliche Politikberatung, die Forschungs- und Innovationspotenziale, die Verbraucherperspektive und -politik und das Ambitionsniveau der DNS, die sich ja natürlich an der Agenda 2030 orientieren sollte, und hier auch insbesondere die Indiktorik.

Kommen wir zur wissenschaftlichen Politikberatung als Instrument der Weiterentwicklung der DNS, die hier entsprechend positioniert und ausgebaut werden sollte. Und da bietet natürlich die wpn als Plattform die Möglichkeit eines effektiven „Science Policy“-Austausches, was man natürlich noch ausbauen könnte. Auch der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung hatte ja schon die Wichtigkeit der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit [*undeutlich, Störgeräusche*].

Wir waren gerade bei der Bedeutung der wissenschaftlichen Politikberatung. Da wird natürlich auch seitens z. B. unseres Beiräte-Dialogs von 2019 bzw. in deren Dokumentation festgestellt, dass hier erheblicher Nachbesserungsbedarf gegeben ist, der sich an die Kurzfristigkeit der politisch vorgegebenen Fragestellungen orientiert und auch die Möglichkeit gibt, tatsächlich einen Resonanzboden in der Politik zu erreichen. Und Sie bemängelten eben auch fehlende Standards der Politikberatung und im Wissenschaftssystem letztlich auch ein geringes Ansehen der Politikberatung. Wissenschaft und Politik muss aber hier in einem interdisziplinären Austausch stehen und gemeinsam arbeiten. Dafür müssten natürlich auch Formate effektiven Austauschs entwickelt werden. Genauso wie das Monitoring dessen, ob tatsächlich die Dinge, die man gemeinsam auch entwickelt, tatsächlich auch umgesetzt werden und an die Orte gelangen. Das heißt, Nachverfolgung – wie viel kommt an – Input, Output, Outcome und Impact? Wo und bei wem, sind die Austauschformate die richtigen und „ackern“ wir tatsächlich effektiv miteinander und nutzen wir



die gegenseitigen Kompetenzen? Das wären ganz wichtige Fragen auch an Sie, was Sie sich da vorstellen würden und wie man da in die Kooperation kommen kann.

Kommen wir zum Thema „Forschungs- und Innovationspotenziale nutzen“. Hier ist natürlich das Rahmenprogramm „Forschung für nachhaltige Entwicklung“ (FONA) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), das sich stark an der Agenda 2030 orientiert, für uns ein sehr wichtiges Element, um wissenschaftliche Erkenntnisse für die Transformationserzeugung zu nutzen. Und als Wissenschaftsplattform arbeiten wir natürlich hier im Rahmen der DNS ressortübergreifend möglichst auch zusammen. Federführend sind für uns natürlich das BMBF, das BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit), das BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und das Bundeskanzleramt, aber eben auch die ganzen anderen Ressorts. Selbstverständlich spielt für uns aber auch der Austausch mit dem BMBF eine besondere Rolle. Die im letzten Jahr veröffentlichte neue „FONA-Strategie“ hat einfach noch mal dargestellt, dass die Forschung für Nachhaltigkeit tatsächlich weiter ausgebaut wurde, die Qualität und die Quantität gestiegen ist, und bei diesem Programm natürlich exzellente Forschung und eine Orientierung an Lösungsoptionen für Nachhaltigkeitsherausforderungen sehr gut zusammengedacht werden können. So entstehen für uns auch sehr viele gute Quellen mit großem Transformationspotenzial, die dort ansetzen, wo der eine oder die andere es gar nicht vermuten. Man muss ja auch einfach sagen, dass vier Millionen Euro an Forschungsförderung zum Schutz des Klimas und für die Nachhaltigkeit schon eine Hausnummer sind, die es nun wirklich zu nutzen gilt für die Forschung, für die Transformation und dann auch die Umsetzung. Wichtig ist die „Verschneidung“ der verschiedenen Felder, der Dialog mit der Gesellschaft und den beteiligten Sektoren, um ein gemeinsames Werteverständnis zu entwickeln, damit die Gesellschaft Innovationen aus der Forschung aufnehmen kann. Das heißt der „Bottom-up“-Ansatz ist hier von hoher Bedeutung. Das ist ein wichtiger Ansatz, um Akzeptanz, Absorptionsfähigkeit, Bewusstsein und Potenzentwicklung für die Transformationsschritte gegenseitig zu fördern. Beispielsweise ist BNE, also Bildung für nachhaltige

Entwicklung, jetzt auch wieder in den besonderen Fokus gerückt, um während der Pandemiezeit gerade die Bildungsunterschiede doch wieder zu adressieren. Auch hier ist die Frage, wie können wir hier tatsächlich so miteinander kooperieren, dass die Erkenntnisse auch schnell in den politischen Alltag, auch im Bundestag, nutzbar werden, und welche Formate sind da für Sie wichtig und richtig, um das tatsächlich auch in den Austausch zu bringen?

Die Verbraucherperspektive und die -politik würde ich hier gerne – eben weil es um die Menschen geht und auch die Mitnahme der Gesellschaft – noch mal adressieren. Und da gilt es, die DNS auch in diesem Feld ressortübergreifend zu stärken, um die Menschen mitzunehmen. Hier hat auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) im Jahr 2019 noch mal hervorgehoben, dass es um „Kohärenz“, „Vorhersehbarkeit“ und „Planungssicherheit“ geht als Grundbedingungen des freiheitlichen Rechtsstaates, und dass natürlich Ungerechtigkeiten dazu führen, Wirtschaft und Gesellschaft zu verunsichern und auch zu enttäuschen. Und darunter leidet natürlich die Glaubwürdigkeit der Umwelt- und Klimapolitik und letztendlich auch der Nachhaltigkeitspolitik. Deswegen ist es hier besonders wichtig, die Relevanz der Verbraucherpolitik noch mal in den Blick zu nehmen. Wir konnten sehen, dass dies in den Programmen bisher sozusagen noch nicht kohärent geschehen ist, um hier tatsächlich ein einheitliches Bild für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu geben und damit auch der Gesellschaft und den Bürgerinnen und Bürger die Chance, um tatsächlich die DNS anzunehmen und umzusetzen. Beispielhaft will ich hier nur den Online-Handel nennen. Sie wissen, dass wir im Bereich der Retouren bisher keine Kosten haben, die bezahlt werden müssen, um die Dinge zurückzusenden. Wir haben hier erhebliche CO₂-Emissionen, die hierdurch verursacht werden. Aber insgesamt ist in der Gesetzgebung festzustellen, dass hier tatsächlich die Integration von Umwelt- und Verbraucherpolitik noch nicht stattgefunden hat, sondern eher die Verbraucher dazu aufgefordert werden, diese Dinge entsprechend auch tatsächlich nutzen zu können und auch nutzen zu wollen, nämlich die Produkte wieder zurückzusenden, wenn sie ihnen nicht gefallen.



Dann mein letzter Punkt: Ziel muss sein, das Ambitionsniveau, die DNS und damit die Daten und die Indikatoren anzuheben und auch in die Umsetzung zu bringen. Da sind sowohl die Wissenschaftsplattform als auch der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung in der Forderung ähnlich, in dem beide sagen, dass die Zielbereiche und die Indikatoren, die starke Defizite aufweisen, anders adressiert werden müssten, und dass man einen Referenzrahmen bilden muss, und der Frage nachgeht, wo man gesellschaftspolitisch denn eigentlich hin will, um dann in Folge die Indikatoren anzupassen. Ich will noch ein Beispiel geben: Im Bereich des SDG 12 gibt es ja die Nennung des Indikators „Material Footprints“ (Rohstoffnutzung pro Land und Einwohner), der auf der deutschen Ebene nicht in der Weise umgesetzt wird, dass auch Bürgerinnen und Bürger möglicherweise diesen Indikator zur Ausrichtung ihres eigenen Lebensstils nutzen könnten. Insgesamt kann man hier auch noch mal darlegen, dass 29 der 67 Indikatorenziele tatsächlich verfehlt werden und über sechs noch nicht mal berichtet werden kann. Also hier besteht eine erhebliche Nacharbeit der Ausrichtung auf die Agenda 2030. Wohlweislich ist mir auch klar, ich bin auch in der Entwicklung der Indikatoren tätig, dass dies ein sehr komplexes Unterfangen ist. All diese Fragen zusammengefasst, würde den Referenzrahmen betreffen. Wie würden Sie denn die Indikatorik tatsächlich weiterentwickeln, auf ein Ambitionsniveau heben und welche Instrumente und Tools sehen Sie und welche Möglichkeiten, wie dies geschehen könnte?

Der zweite Punkt: Wie können die Menschen mitgenommen werden? Welche Instrumente gibt es, um die Menschen zu adressieren, um auch die Transformation mitzugestalten? Kann es uns auch gelingen, die Ziele wie „Gerechtigkeit“ und „Nachhaltigkeit“ besser zusammen zu sehen? Wie können wir das kommunizieren, und wie kann auch der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung und der Deutsche Bundestag die Relevanz des Themas „Nachhaltigkeit“ in die Gesellschaft hineinragen und vielleicht auch mit ihr dazu interagieren? Last but not least der öffentliche Haushalt: Wo sehen Sie die Möglichkeit für eine aktivere Förderpolitik im Haushaltsausschuss? Was behindert und was begünstigt Nachhaltigkeitspolitik? Hier haben wir auch das Stich-

wort „Taxonomie“ und wie die Umsetzung geschehen kann. Mich und den wpn würde natürlich auch sehr interessieren, welche Möglichkeiten Sie als Parlamentarier sehen, die Nachhaltigkeitspolitik hierfür zu intensivieren?

Ich möchte mich bedanken fürs Zuhören und hoffe, diese Fragen zeigen Ihnen schon, dass wir sehr neugierig sind, wie wir tatsächlich in eine Kooperation und einen Austausch treten können. Herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Liedtke. Als Nächstes kommt Prof. Lawrence dran. Wir überlegen uns in der Zwischenzeit schon mal die Antworten auf die vielen Fragen und hören natürlich auch gleichzeitig zu. Herr Prof. Lawrence, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Mark Lawrence, geschäftsführender wissenschaftlicher Direktor am Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS Potsdam): Guten Abend und vielen Dank auch meinerseits für diese Einladung. Meine verehrten Abgeordneten, meine Damen und Herren, auch ich freue mich sehr, mit einem kurzen Impuls zu unserem heutigen Treffen beitragen zu können. Auf den gemeinsamen Austausch im Anschluss bin ich sehr gespannt. Aber zuerst möchte ich auf die Ausführungen meiner Kollegin aufbauen und noch ein paar weitere Punkte zu unserer Arbeit in Bezug auf die DNS akzentuieren. Seit 2017 ist die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 ein Teil der Architektur der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, der DNS. Damit sind wir also – wie Sie – Teil der Nachhaltigkeitsfamilie auf Bundesebene. In unseren jeweiligen Stellungnahmen und Impulspapieren haben wir z. B. darauf hingewiesen, dass das Beziehungsniveau der DNS noch zu steigern ist, um die Agenda 2030 auch umsetzen zu können. Das deckt sich – denke ich – mit Ihren Vorstellungen. Wir können und müssen in unseren jeweiligen Sektoren auch zukünftig wirksam sein. Darüber hinaus können wir meines Erachtens gemeinsam noch mehr bewirken als bislang. Nachhaltigkeit geht nur gemeinsam und auf verschiedenen Ebenen, auch außerhalb der DNS.

Wir alle warten jetzt gespannt auf die überarbeitete Fassung der DNS. Den Weg des breiten Dialogs finden wir ein gelungenes Konzept. Aber um eine hierzulande naheliegende Redewendung zu nutzen: „Nach der DNS ist vor der DNS“. Also



nach der DSN-Weiterentwicklung kommt natürlich die Umsetzung. Lassen Sie uns daher auch gemeinsam schauen, wo wir unsere Kapazitäten hierzu bündeln können. Und das schließt mit ein, dass wir als Nachhaltigkeitsakteure gemeinsam daran arbeiten, Nachhaltigkeit prominent und ohne Verzug nicht nur in der neuen Legislaturperiode, sondern auch strukturell und über die DNS hinaus zu verankern. Natürlich kann ich Ihnen, als Wissenschaftler mit einem Hintergrund in Klima- und Existenzwissenschaften, leicht begründen, dass wir keinerlei Zeit mehr verlieren dürfen. Aber wir sind heute vor allem auch deshalb hier, um zu erfahren, wo Sie als Parlamentarier eine besondere Hebelwirkung seitens der Wissenschaft sehen oder erwarten würden. Zum einen würde mich in der folgenden Diskussion insbesondere interessieren, wie Sie das mit Hilfe der Wissenschaftsplattform auch strukturell in der DNS verankerte „Science Policy Interface“ bewerten und wie Sie dieses zukünftig noch weiterentwickeln würden? Wo sehen Sie Kooperations- und Kommunikationsmöglichkeiten? Zum anderen würden wir uns auch über einen möglichen Schulterschluss mit Ihnen zu konkreten Fragestellungen sehr freuen. Auch Christa Liedtke hat bereits unser Angebot unterbreitet, gerne noch stärker als bislang für einen Austausch zu Sachfragen zur Verfügung zu stehen.

In unserer Leseart Ihrer Impulspapiere sehen wir sehr gute Ansatzpunkte. Von den sogenannten Off-Track-Bereichen, bis hin zur Governance der DNS liegen wir erfreulicherweise nicht weit auseinander. Über Sachfragen hinaus sind wir aber noch in einem besonderen Maße am Austausch interessiert. Warum? Bislang habe ich die gegenseitigen Gewinner von Kooperationen unterstrichen. Und das ist zentral, geht aber noch tiefer als üblicherweise gedacht. Denn gerade wenn wir für Nachhaltigkeit Änderungen einfordern und bisweilen sogar von Transformationen sprechen müssen, sollten die Adressaten unserer Erkenntnisse und Empfehlungen so gut und so früh wie es geht in den Forschungsprozess mit eingebunden werden. Kooperationsgewinne liegen dann für uns als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht nur durch dringende benötigte strategische Bündnisse vor. Ihr Erfahrungswissen in die Forschung selbst mit einzubinden, ist für uns ein ganz wesentlicher Baustein und Gewinn für un-

sere Arbeit an der gemeinsamen Agenda. Mein Direktorenkollege Ortwin Renn vom IASS hat meines Wissens an der dritten Sitzung des PBN in dieser Legislaturperiode als Sachverständiger für Nachhaltigkeitsfragen teilgenommen. Ich nehme daher an, dass Ihnen meine gerade vorgetragenen Überlegungen zumindest teilweise bekannt vorkommen dürften und Ihnen Begriffe wie „Transdisziplinarität“ und „Co-Creation“, die dahinterliegen, auch bekannt sind.

Daher will ich die verbleibenden Minuten dafür nutzen, dies anhand von zwei Beispielen für eine erfolgreiche Umsetzung der DNS bzw. der SDGs noch etwas näher zu bringen. Erstes Beispiel ist die Covid-19-Pandemie. Die Pandemie stellt aus Nachhaltigkeitsperspektive nicht zuletzt einen Systemschock dar, der uns vor Augen führt, in welcher umfassenden Art und Weise unsere Gesellschaft vernetzt und auch dadurch verletzlich ist. Es steht außer Frage, dass weiterhin gilt, dass wir all unsere Anstrengungen auf die erfolgreiche Bewältigung dieser Krise und ihrer Folgen – sozialen und wirtschaftlichen – gleichermaßen aufbringen. Ein Teil der Bewältigung der Pandemie sollte aber auch schon jetzt sein, davon zu lernen und deutlich resilienter für zukünftig vergleichbare Krisen und Systemschocks zu werden. Die Pandemie zeigt uns dabei viele unserer bisherigen Versäumnisse auf. Die Pandemie zeigt auch, dass wir solchen Systemschocks nicht ohnmächtig ausgesetzt sind, sondern etwas dagegen tun können und tatsächlich etwas dagegen tun. Unser Staatsverständnis hat sich in der Krise als Garant erwiesen, dass unsere Demokratie tragfähig und auch krisenfest ist. Die Wissenschaft komplexer Systeme legt uns zudem eindringlich nahe, dass in einer Welt mit bald schon acht Milliarden Menschen, die in einer bislang ungekannten Art und Weise miteinander vernetzt sind, solche Systemschocks kaum einmalig bleiben werden. Der gerade verstorbene Paul J. Crutzen, Nobelpreisträger und mein Doktorvater, langjähriger Mentor und Freund, hat in diesem Zusammenhang eindringlich vom Anthropozän – einem Menschenzeitalter – gesprochen und auch entsprechend gewarnt. Immer wieder steht Nachhaltigkeit dabei im Zentrum. Und das nicht nur als Bittstellerin oder Mahnerin, sondern als Garantin für die Zukunft. Was ist noch zu tun, das sich sowohl in der kommenden Phase der Wahlprogramme, als auch in der neuen Legislaturperi-



oder eine Priorisierung der Anliegen des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung deutlicher niederschlägt?

Und damit bin ich auch bei meinem zweiten und abschließenden Beispiel angekommen: Zukunftsverantwortung. Diese tragen wir alle, nicht nur die Jugend. Auch hier bestehen dank BMBF und anderen Akteure verschiedene Möglichkeiten, Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler zu fördern. Auch ich als junger Wissenschaftler habe sehr von solchen Förderprogrammen profitiert. Bildung für nachhaltige Entwicklung sei an dieser Stelle auch genannt, die wichtige Impulse weit streuen kann, und bei vielen wichtigen Fragen der Zukunft, wie die Digitalisierung, ein Spektrum an Aktionsmöglichkeiten bereithält. „Fridays for Future“ haben sich für Zukunftsfragen stark in die Gesellschaft eingemischt. Auch als Klimawissenschaftler ist es mir wichtig, zu betonen, dass Zukunft weit mehr ist als die Frage des Klimawandels. Daher hat die Wissenschaftsplattform 2030 im vergangenen Jahr gemeinsam mit dem *Tagesspiegel* zwei sogenannte „Change-Foren“ veranstaltet. Ziel war es dabei, im Dialog zwischen Generationen über Nachhaltigkeit ins Gespräch zu kommen. Dafür haben wir ein Format gewählt, das die Grenzen zwischen Expertinnen und Experten und den Jugendlichen einreißt. Nun – ein solcher Austausch mag übermäßig simpel erscheinen. Uns hat es jedoch gezeigt, dass es so möglich ist, über Hierarchien hinweg zu allen SDGs ins Gespräch zu kommen und zu belegen, wie tief die SDGs in ihren Zielgruppen in den Lebenswirklichkeiten von Jung und Alt gleichermaßen verwurzelt sind. Das betrifft die Fragen von nachhaltigem Konsum und einem Lieferkettengesetz genauso, wie die soziale Gerechtigkeit – nicht nur in Deutschland, sondern insgesamt im internationalen Friedensprozess. Das setzt bei individuellen Verhaltensmustern an, aber auch bei gesetzlicher Verantwortung von Produktionsveränderungen im Sinne der Kreislaufwirtschaft. Und zuletzt, als langjähriger Mitwirkender an den globalen Klimakonferenzen habe ich mit meinem Team des IASS bei der Weltklimakonferenz „COP25“ in Madrid im April 2019 einen vergleichbaren Ansatz verfolgt. Einen „co-created reflection dialog space“, also einem Reflexionsrahmen inmitten der COP-Betriebsamkeit. Dabei war die Motivation vergleichbar. Komplexe

Fragestellungen brauchen Expertenwissen und einen langen Atem. Es ist aber zugleich auch eine Verantwortung der Wissenschaftsformate, eine Sprache zu finden, die nicht ausschließt, sondern inklusiv ist für eine gemeinsame Sache und für eine gemeinsame Zukunft. Herzlichen Dank für die Einladung und für Ihre Aufmerksamkeit. Ich freue mich nun auf die Diskussion.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank auch an Sie, Herr Lawrence, für die spannenden Ausführungen. Wir können uns alle noch gut erinnern an den Besuch von Ortwin Renn, den Sie natürlich auch ganz herzlich von uns allen grüßen dürfen. Gerade was die Frage des „Systemschocks“ betrifft, hat uns diese ja, wie Sie richtig ausgeführt haben, gerade auch mit der Covid-Pandemie ereilt. Themen und Fragen betreffen insbesondere die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Wir brauchen da natürlich einen Dialog. Herr Dr. Bauernfeind aus dem Bundeskanzleramt ist ja auch zugeschaltet, der das ja auch maßgeblich mitbegleitet – auch die Fragen des Dialogs. Aber wir im Parlament haben natürlich auch den Anspruch, dass wir die Strategie mitgestalten und entsprechend mit begleiten. Es waren jetzt sehr viele Fragen, die Sie auch gestellt haben. Mir ist noch der Ausspruch von Frau Liedtke im Ohr, dass die Politikberatung ein geringes Ansehen habe. Da ist natürlich die Frage, bei wem? Bei der Politik oder bei der Wissenschaft oder in der Gesellschaft? Das wäre gleich meine Rückfrage. Aber natürlich brauchen wir den entsprechenden Austausch, und dafür sind wir auch jetzt da. Und deswegen würde ich auch gleich in die erste Frageunde gehen und das Wort dem Abg. Kai Whittaker, Obmann der CDU/CSU-Fraktion, erteilen.

Abg. **Kai Whittaker** (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Also, bei mir hat die „Politikberatung“ keinen schlechten Ruf. Ich glaube auch nicht, dass das in der breiten Öffentlichkeit geteilt wird. Vielleicht kommt es da auch immer auf die dahinter stehenden Intensionen an, die ja mannigfaltig gelagert sein können. Und ich glaube, da liegt dann doch der „Hase im Pfeffer“. Die Intensionen sind ja hier sehr eindeutig. Ich wollte erst mal Danke sagen und es auch begrüßen, dass die Wissenschaftsplattform unseren Auftrag zur Nachhaltigkeit als so einen zentralen Fortschritt in der Nachhaltigkeitspolitik gesehen hat, und dass es



sehr wertvoll für uns wäre, wenn wir diesen Austausch gerne auch im kleineren Rahmen – nicht unbedingt hier im Ausschuss oder im Beirat – vertiefen könnten. Ich glaube, das wäre hilfreich für die qualitative Steigerung der Arbeit.

Ich will mich ganz gerne bei beiden Sachverständigen – Frau Prof. Liedtke und Herrn Prof. Lawrence – auf ein Thema konzentrieren und Sie bitten, darauf noch mal einzugehen. Das Statistische Bundesamt sammelt ja aus allen möglichen Bereichen unseres Lebens sehr viele Daten, die derzeit ja noch nicht in die Indikatorik einfließen. Und hier wäre die Frage, ob es nicht eine Möglichkeit gibt, mit weit mehr Daten, als die es bereits gibt, aussagekräftigere Indikatoren zu entwickeln, als mit jenen, die wir derzeit verwenden. Können wir da nicht auf einen viel größeren „Datenschatz“ zurückgreifen? Und eingedenk natürlich, dass das nicht für die qualitativen Indikatoren gilt, wobei man auch hier vielleicht den einen oder anderen qualitativen Indikator mit mehr Daten verwenden könnte. Und als zweite Frage dazu: Sehen Sie sich als Wissenschaftsplattform in der Lage, in diese Richtung eine Indikatorik weiterzuentwickeln bzw. zu untersuchen, soweit dies möglich ist?

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. Als Nächste hat sich die Abg. Dr. Nina Scheer gemeldet. Sie ist stellvertretende Beiratsvorsitzende.

Abg. **Dr. Nina Scheer** (SPD): Es sind ja eine ganze Menge Fragen gestellt worden. Insofern möchte ich jetzt die Gelegenheit, meine Wortmeldung – jedenfalls aus meiner Perspektive – zur Beantwortung der Fragen oder einiger Fragen zu nutzen. Frau Prof. Liedtke, Sie hatten ja auch gefragt, was im parlamentarischen Prozess noch mehr getan werden kann? Und da möchte ich drauf hinweisen, dass wir in dieser Legislaturperiode eine sehr konstruktive Zusammenarbeit in einer Berichterstattergruppe zur Weiterentwicklung des Parlamentarischen Beirats hatten, und dabei auch eine Skizze angefertigt haben, eine Grundlage, die jetzt im nächsten Schritt in einem Gesetzgebungsverfahren münden müsste oder muss. Ich will es jetzt nicht zu sehr im Konjunktiv halten, aber es ist ja die Zeitachse auch noch mit zu berücksichtigen. Und das soll dahin gehen, dass man einfach noch konsequenter zu einem frühzeitigen Zeitpunkt alle Gesetzesvorhaben daraufhin überprüft und

auch darauf ausrichtet, dass sie wirklich im Zeichen von nachhaltiger Entwicklung sind. Da haben wir mit dem Parlamentarischen Beirat auch weltweit, wie ich vernommen habe, durchaus beachtete und respektierte Ansätze in Deutschland. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Aber die konsequente Bewertung der Gesetze, ob sie wirklich auf dem Weg der Nachhaltigkeit immer ein Stück Besserung bringen, das wäre wahrscheinlich wirklich nur durch eine Weiterentwicklung des Prozesses zu gewährleisten. Auch ein Nachhaltigkeitskontrollrat ist – in Orientierung am Normenkontrollrat – da ein Element, aber natürlich dann in Bezug auf Nachhaltigkeitsfragen. Ich kann an dieser Stelle nicht alle Elemente aus dem Konzept hier wiedergeben, aber das ist immerhin ein im Beirat geeinigtes Konzept, was jetzt aber natürlich noch in die Rahmenbedingungen überführt werden müsste. Das ist z. B. ein Baustein, den ich gerne an dieser Stelle mal erwähnt haben wollte.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank, Nina Scheer. Als Nächstes hat sich Herr Glaser von der AfD gemeldet.

Abg. **Albrecht Glaser** (AfD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. In der Tat, wenn wir viel Sachverstand an Bord haben, freut mich das außerordentlich. Ich will auch gerne meinerseits bestätigen, dass Politikberatung für mich ein exzellent gutes Ansehen hat. Ich habe eher das Problem bei der Politik, eine notwendige Offenheit für wissenschaftliche Beratung zu sehen. Ich will das hier gar nicht abstrakt lassen. Ich erlebe es seit drei Jahren, dass wir beispielsweise bei jedem Gesetzesvorhaben Anhörungen machen. Expertenanhörungen hochkarätiger Leute, Juristen, Ökonomieprofessoren, Bundesverfassungsrichter, hervorragendes Personal. Und ich kann nur sagen, dass ich in den letzten drei Jahre Riesenenttäuschungen darüber erlebt habe – beispielsweise nach Anhörungen, die wir da hatten, zu einer Fülle von Themen, wo ich beteiligt war, und das war relativ breit angelegt, also als Akteur oder Zuhörer bzw. Argumentierender. Der Umsetzungsgrad der Politik auf sehr stringente und kluge und sehr wichtig erscheinende Positionen, die wir da erfahren haben, der ist extrem gering. Das heißt, die Offenheit, wirklich diese Veranstaltungen so mit Leben zu erfüllen, ist gering. Wenn Sie mir meine Ausführungen – mal ganz praktisch – aus einem anderen Bereich gestatten. Um beispielsweise den



Unternehmen in dieser Krise zu helfen, brauche ich einen Verlustvortrag und einen Verlustrücktrag und ich brauche ihn unbegrenzt. Alles andere, sage ich mal ganz flapsig, ist „Pillepalle“. Da kriegen wir nichts einen Millimeter nach vorne bewegt, obwohl die Crème de la Crème der deutschen Ökonomie und viele andere das so sagen. Nur um das an dieser Stelle mal bildhaft zu machen. Das ist keine abstrakte Formulierung, sondern das ist für mich geradezu mit Leidensdruck versehen. Deshalb noch einmal hohe Anerkennung für viele kluge Leute. Aber ich kann nicht erkennen, dass der Dialog funktioniert.

Jetzt werde ich ganz konkret, wenn ich beispielsweise Ihre Empfehlung Nummer Zwei in Ihren Unterlagen mit der entsprechenden Überschrift lese und Sie frage, was bedeutet das? Weil der Abstraktionsgrad dessen, was ich lese, und dessen, was Sie auch vorgetragen haben, ist für mich sehr hoch. Und da wir in der Politik täglich praktische und konkret wirksame Entscheidungen fällen müssen, müssen wir irgendwie die Welt dieser Abstraktion, zu sehr konkreten Handlungsempfehlungen entwickeln.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ich bitte auf die Zeit zu achten.

Abg. **Albrecht Glaser (AfD):** Eine Frage hätte ich noch. Ich zitiere die Empfehlung Nummer Zwei aus diesem großen Papier, dem Impulspapier von „wpm 2030“. Da steht: „Die Krisenfestigkeit durch die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie sollen wir stärken“. Wenn Sie mir bitte, an beide Referenten gerichtet, sagen: Was darf ich unter „Krisenfestigkeit“ verstehen, und was hilft mir dabei die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie? Ich will das praktisch machen. Wir hatten 2008 die Finanzkrise. Die hat die ganze Welt erschüttert. Wir haben jetzt die Corona-Krise. Das ist eine völlig andere. Wir haben Reparaturmechanismen, die gehen über Jahrzehnte nach vorne. Lassen Sie uns mal annehmen, wir hätten in zehn, zwölf Jahren wieder eine vergleichbare Krise. Jetzt sagen Sie mir bitte, was hilft das, was wir hier jetzt tun? In zehn Jahren kommt die nächste Krise, wenn es denn ein Gesetz sein soll, dass so etwas alle zehn Jahre etwas passiert, um der Krise besser begegnen zu können? Vielleicht können Sie darüber eine Antwort geben.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. Als Nächstes Herr Köhler von der FDP.

Abg. **Dr. Lukas Köhler (FDP):** Herzlichen Dank. Ich schaue mal, dass ich die zwei Minuten schaffe. Ich finde, Sie haben wirklich viele gute Fragen gestellt. Ich möchte den Punkt „Politikberatung“, den alle angesprochen haben, vielleicht noch einmal ein bisschen anders ergänzen. Ich glaube tatsächlich, worüber wir eine Diskussion führen und führen müssen, ist die Frage, in welchen Rollen, wer, wo spricht. Also die Frage, wie wird z. B. Wissenschaft in der Politik perzipiert, aber auch gegenüber einer Öffentlichkeit wahrgenommen und aufgenommen? Weil das natürlich eine ganz konkrete Fragestellung ist. Der Titel hat schon per se eine höhere Autorität. Und das ist auch gut so. Und ich finde, das ist tatsächlich etwas, was wir in der Gesellschaft, in der Medienlandschaft, bewahren müssen. Wir müssen darauf achten, dass die Menschen weiterhin auch davon überzeugt sind, dass jemand, der sich sehr lange und intensiv mit einem Thema auseinandergesetzt hat, das auch richtig gut macht. Und deswegen – glaube ich – und was mir manchmal etwas fehlt, ist die Transparenz darüber, wo jemand herkommt und wann er auch aus seiner Rolle – auch in der Wissenschaft – rausgeht. Jemand, der sich wissenschaftlich mit Medizinfragen beschäftigt, macht das meistens gut und klug. Und darauf müssen wir hören. Ob derjenige dann, – ich sage mal – physikalische Zusammenhänge kommentieren kann und das mit der gleichen Kompetenz tut, ist unklar. Ich habe auch einen Doktor in Philosophie. Ich traue mir die wenigsten physikalischen Grundlagenreferate zu, sage ich mal vorsichtig. Deswegen ist das – finde ich – ein ganz zentraler Punkt. Und deswegen fand ich es schön, dass Sie das angesprochen haben.

Ich hätte tatsächlich noch zwei Fragen. Das eine wäre sozusagen die Frage der Fokussierung bei Zielkonflikten. Ich halte das gerade innerhalb der SDGs für einen ganz zentralen Bestandteil. Und da würde mich interessieren, wie Sie diesen Punkt auch bei der Weiterentwicklung der Indikatoren sehen? Und die zweite Frage bezieht sich auf die institutionelle Weiterentwicklung. Es gibt ja viele Vorschläge, Ombudspersonen, Räte und so weiter und so fort. Da würden mich Ihre Position und die Weiterentwicklung davon interessieren. Danke.



Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank. Ich schaue jetzt in die Runde, ob Herr Zdebel da ist und eine Frage hat.

Abg. **Hubertus Zdebel** (DIE LINKE.): Ja, ich hätte auch eine Frage, Herr Vorsitzender. Bei mir hat die Politikberatung gar kein schlechtes Image. Ich höre immer gerne zu und werte dann die Vorschläge, die auch kommen, und bin auch weiterhin gerne zum Austausch bereit. Ich habe eine konkrete Frage an beide Sachverständige, die an das anschließt, was Herr Köhler gerade schon angesprochen hat – das mit den „Zielkonflikten“. Meines Erachtens haben wir ja immer wieder das Problem, z. B. bei Gesetzen in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, dass z. B. ein SDG einem anderen SDG widerspricht, um es „platt zu machen“. Beispielsweise das SDG 13 – Maßnahmen zum Klimaschutz – da wäre möglicherweise ein Gesetzentwurf eher nicht nachhaltig. Wenn man dann aber das SDG 8 dazu nimmt, mit z. B. „Wirtschaftswachstum“, dann könnte ein Gesetzentwurf ja durchaus eben Nachhaltigkeitskriterien entsprechen. Und vor diesem Hintergrund stehen wir ja in gewisser Weise permanent vor diesem Zielkonflikt, der sich da ergibt. Und ich habe mit sehr viel Interesse bei der Wissenschaftsplattform Ihr Reflexionspapier „Bitte wenden“ angesehen und da sprechen Sie ja von Zielkonflikten und Synergiepotenzialen bei der Entwicklung von Handlungsoptionen und fordern eine stärkere politische Priorisierung und Bündelung, die beispielsweise Indikatoren nicht unverbunden nebeneinander stehen lässt, sondern Leitindikatoren, die echte Transformation abbilden können, besonders hervorhebt. Und vor diesem Hintergrund habe ich die konkrete Nachfrage, ob Sie diese Handlungsempfehlungen hinsichtlich der Widersprüchlichkeit einiger SDGs zueinander konkretisieren könnten. Das würde mir möglicherweise sehr helfen bei der zukünftigen Bewertung von Nachhaltigkeitskriterien z. B. bei Gesetzentwürfen oder anderen politischen Vorhaben.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. Und abschließend in der ersten Runde Frau Dr. Hoffmann, Obfrau von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Dr. Bettina Hoffmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank für die sehr interessanten Impulsreferate. Und ich würde natürlich auch noch mal beteuern

– und das ist mir auch wirklich sehr ernst –, dass ich die Wissenschaftsberatung sehr schätze und sie für sehr wichtig halte, sehe aber selber auch, dass es da auf jeden Fall Verbesserungsbedarf gibt. Das hat vielleicht verschiedene Ursachen. Möglicherweise denkt die Politik – ich sage es jetzt mal sehr allgemein – sehr kurzfristig. Sie sehen aus der Perspektive der Wissenschaft natürlich Fragen der Nachhaltigkeit, umfassender und weitergehender an. Dass die Sorge, die Sie haben, sehr ernst ist, lese ich aber auch daraus ab, dass im Oktober letzten Jahres u. a. viele wirklich hochrangige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an die Bundesregierung einen offenen Brief geschrieben und diese Sorge auch formuliert haben. Und Sie, Frau Liedtke und Herr Lawrence, gehörten auch zu den Unterzeichnern. Sie haben quasi einen besseren Dialog eingefordert und eine bessere Einbindung bei der Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie.

Meine Frage jetzt an Sie beide: Ist das denn gehört worden? Ist das Kanzleramt auf Ihr Angebot eingegangen? Wenn ja, sind Sie zufrieden mit diesem Dialog, der daraus vielleicht erwachsen ist, oder warum vielleicht auch nicht? Und haben Sie den Eindruck, dass Ihre konkreten Vorschläge, die Sie ja gemacht haben zur Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie, ernst genommen wurden und auch an bestimmten Stellen eingeflossen sind? Vielleicht können Sie mir dafür auch mal ein Beispiel benennen? Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank für die erste Runde. Viele Fragen, aber auch viele Anregungen, Anmerkungen und Antworten. Und wir kommen jetzt in die erste Antwortrunde. Ich würde hier bitte jeweils höchstens fünf Minuten vorsehen und wieder mit Frau Liedtke beginnen. Ich bitte Sie etwas auf die Zeit zu achten, damit wir noch die zweite Runde hinkommen. Frau Liedtke, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Christa Liedtke, Co-Vorsitzende der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (wpn2030): Vielen Dank für Ihre Vorträge und Fragen. Ich muss eines noch mal richtigstellen. Es geht eigentlich um beides. Einmal bei der wissenschaftsbasierten Politikberatung darum, ob es einen Anreiz für Wissenschaftler gibt, überhaupt in die wissenschaftlich basierte Politikberatung zu gehen. Und das gibt es im Wissenschaftssystem



nicht. Dafür gibt es keine „Belohnung“, sondern eher Kritik, weil man sich da im Wissenschaftssystem nicht weiterentwickeln kann. Man bewegt sich ja dann raus, sozusagen in die Umsetzung, und in die Sphären des Herunterbrechens der wissenschaftlichen Erkenntnisse auf möglicherweise Politikpfade, die umsetzbar sind. Und das ist sehr schwierig. Wir arbeiten ja auch beim wpn mit den Beiräten zusammen und haben einen Beiräte-Dialog entwickelt. Und da sieht man auch, wie unterschiedlich die Beiräte der Bundesregierung aufgestellt bzw. ausgestattet sind. Bei uns passiert das ja ehrenamtlich, und ich kann Ihnen sagen, gerade jetzt in der Pandemiezeit war das echt herausfordernd, seinen eigentlichen Job zu machen und gleichzeitig möglicherweise noch in die wissenschaftsbasierte Politikberatung zu gehen. Das geht auf Dauer einfach nicht. Da müssen Formate gefunden werden, die – erstens – auch Wissenschaftler dazu anreizen, tatsächlich in diesen Austausch zu gehen – wohlweislich mit einer hohen Frustrationsgrenze, weil eben nicht alles umgesetzt werden kann, weil es eben ganz viele Zielkonflikte gibt, wie Sie jetzt schon gesagt hatten, in der politischen Aufnahme und auch in der Umsetzung.

Der zweite Schritt ist der, dass dann auch die Formate des Austausches gefunden werden. Wir haben ja eine ganz andere Sprache, wir haben einen ganz anderen Arbeitsrhythmus, wie Sie eben auch schon sagten. Das heißt, wir müssen unsere Dinge dann auch so runterbrechen können, dass sie auf der anderen Seite in der Hektik der Zeit und den vielen Aufgaben, die anliegen, einfach auch aufgenommen und verarbeitet werden können. Darin sind wir Wissenschaftlicher auch nicht immer die Profiliertesten, weil das gar nicht unsere Kompetenz ist, sondern möglicherweise eher Ihre Kompetenz. Und da muss man sich dann begegnen und das tatsächlich gegenseitig qualifizieren, dass das soweit kommen kann, dass das sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik verarbeitbar wird. Das sind die Herausforderungen – glaube ich – denen wir uns auch strukturell stellen müssen. Dies zu beantworten und miteinander zu diskutieren halte ich für essenziell. Das haben wir in der Pandemie jetzt auch gesehen, viele Wissenschaftler wollen das auch, dass ihre Erkenntnisse an die richtigen Orte gelangen, nur häufig ist die Gelegenheit nicht vorhanden und das zeitliche

Vermögen und vielleicht auch das reine inhaltliche Vermögen dann, das alles aufbereiten zu können, was man da hat, um das dann eben auch an den richtigen Punkt und dann auch in die Weiterverarbeitung zu bringen. Es reicht ja nicht nur einmal, sondern ich muss es vielleicht auch an mehreren Stellen machen. Das kostet Zeit. Und gleichzeitig muss geforscht werden. Das sind die Dinge – glaube ich –, die nicht ganz zusammenpassen.

Dann komme ich auf die Politikberatung. Ich hoffe, das konnte ich jetzt so ein bisschen erläutern, dass es nicht darum ging, dass in der Politik wissenschaftsbasierte Politikberatung nicht auch geschätzt würde. Sonst hätten Sie ja gar nicht die ganzen Beiräte oder würden uns jetzt hier auch nicht anhören. Ich denke auch, dass es tatsächlich in Hinsicht des „Impacts“ verbessert werden kann. Und das muss man auch aus meiner Sicht evaluieren und möglicherweise auch von der Leistung her validieren, ob das Geld, das möglicherweise dafür ausgegeben wird, dann auch wirklich effektiv von beiden Seiten genutzt werden kann. Das würde ich auch mal infrage stellen. Aber in vielen Bereichen – finde ich – haben wir exzellente Gutachten, die in der Fülle gar nicht verwertet werden können. Und da müssen wir irgendwie Wege finden.

Jetzt noch mal zu „Indikatorik“. Das ist natürlich eines meiner Lieblingsthemen. Dann kann ich auch an meinen Kollegen übergeben für die anderen Themen. Es gibt natürlich einen Schatz an Daten. Es gibt Unmengen an Daten. Und wir müssen die genau prüfen und sehen, ob nicht tatsächlich schon Daten vorhanden sind. Und das ist in manchen Fällen so. Und dann läuft aber die Arbeit im Hintergrund, regelmäßig auch mit dem Statistischen Bundesamt. Dies verläuft eigentlich grundlegend sehr gut. Ziel ist es, Daten – sagen wir mal – so aufzubereiten, dass sie dann zueinander passgenau sind, dass wir sie auch in der Zeitreihe haben usw. Die Güte der Daten, die man dann überhaupt in so einen Prozess einspeisen würde, ist noch mal die zweite Frage. Und wie sie verknüpft gehören. Ich selber habe zum Thema „Konsumindikator“ viel gearbeitet. Wir haben auch in Nordrhein-Westfalen einen, wo wir dann die Ressourcendaten und die Emissionsdaten gekoppelt haben mit den Daten aus der Einkommens- und Verbraucherstichprobe. Solche Dinge zeigen einem erst einmal, wo da wieder überall Lücken



sind, um dann weiter zu machen. Das muss qualifiziert und aus meiner Sicht auch nochmal ambitioniert angegangen werden, dass man das in der Gänze anschaut. Die EEA (European Environment Agency) hatte mal folgendes Vorgehen vorgeschlagen: Nämlich die gesellschaftspolitischen Ziele zu definieren. Im Grunde genommen genauer zu analysieren, was die SDGs uns jetzt geben, und dann dahinter sozusagen zu fragen „Was wäre der optimale Indikator, der das messen könnte?“. „Best in class“ sozusagen. Und dann die nächsten Schritte zurückgehen. Dann haben Sie drei Levels definiert – „Best needed“ zwischen ein bis drei Level –, wo man dann gesagt hat, dass wir noch weit davon entfernt sind. Wir müssen es aber in die Richtung qualifizieren und wir definieren jetzt sozusagen unsere Roadmap, um zu diesem „Best in class“ tatsächlich über viele Schritte hinzukommen. Und das würde ich mir hier auch vorstellen – wohlweislich, dass man dafür Zeit benötigt, aber dann eben auch die Lücken kennt, die ein solcher Indikator hat. Das würde ich für alle SDGs machen. Da befinden sich ja auch das Statistische Bundesamt und die Landesämter durchaus im stetigen Austausch, und das könnte tatsächlich auch noch mal qualifiziert und evaluiert werden. Das würde ich unbedingt empfehlen.

Zu den Zielkonflikten: Die Zielkonflikte sind nicht auszuräumen. Bei so einer Anzahl von 169 Unterzielen der SDGs gibt es immer Zielkonflikte auch zwischen den obersten Kategorien. Für uns ist nur wichtig, auch bei den Studierenden, auch wenn ich Industriedesigner habe, die Produkte entwickeln, dass sie diese zumindest miteinander abwägen können und sichtbar machen, wo wir möglicherweise Zielkonflikte haben, wo wir möglicherweise Synergiepotenziale haben und wo dran gearbeitet werden muss, und wo auch eine Entscheidung herbeigeführt werden muss, obwohl Dinge gegeneinander sprechen und Zielkonflikte existent sind. Dann kann ich das auch Menschen erklären – wie z. B. bei dem Retouren-Management, was ich eben gesagt hatte. Da hatte Hans-Wolfgang Micklitz für den Sachverständigenrat für Verbraucherfragen zum Online-Handel versucht „aufzudröseln“, wo sich Umwelt und Verbraucherrecht widersprechen und wo nachjustiert werden müsste. Und diese Zielkonflikte, die muss man sich genauer ansehen und kann dann entscheiden. Man ist keineswegs der Gefahr enthoben, dass man einen Zielkonflikt eventuell nicht

auflösen kann. Aber dann kann man eben auch die Argumentation dazu bringen. Das machen dann auch die Studierenden im Bereich des Produktdesigns. Die zeigen sozusagen auf, wo sich einzelne Indikatoren widersprechen und müssen dann Lösungen finden. In der Realität muss ein Produkt dann in den Markt kommen. [Unverständliche Passage]. Und da würde ich empfehlen, eine Modellierung zu machen, damit man das überhaupt mal sichtbar machen kann und wo sich dies auch widerspricht oder unterstützt.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank für die Ausführungen. Jetzt hat Herr Lawrence das Wort.

Prof. Dr. Mark Lawrence, geschäftsführender wissenschaftlicher Direktor am Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS Potsdam): Vielen Dank für die vielen Einblicke und auch Fragen. Ich würde eher auf der Meta-Ebene beginnen, und mich dann herunterarbeiten zu den konkreteren Fragen und werde versuchen, das innerhalb von fünf Minuten hinzubekommen.

Zunächst bin ich Herrn Köhler sehr dankbar, für die Frage zur „Transparenz über Expertise und Rollen“ eingebracht hat. Das ist ein absolut grundlegender Punkt in Bezug auf die Politikberatung. Und mehrere von Ihnen – Herr Whittaker, Herr Glaser u. a. – haben betont, dass sie die Politikberatung über die Zeit schätzen. Um eine effektive Politikberatung hinzubekommen ist es natürlich sehr wichtig, dass Wissenschaftler sich auch klar dazu bekennen, wenn sie von ihrer Expertise sprechen, wenn sie von einer Nebenexpertise sprechen und auch wenn sie normativ als Person sprechen. Und das erfahre ich immer wieder, vor allen in der Arbeit, vor allem an der Schnittstelle zwischen Nachhaltigkeit und Spiritualität, wo ich mit dem Kirchentag und anderen arbeite. Da ist es besonders wichtig, dass wir nicht so tun, als ob wir absolut neutrale Wissenschaftler sein können, sondern es gibt eine neutrale wissenschaftliche Vorgehensweise, die wir einsetzen können, und dass wir dieses verstehen und das dann klar in diesen Kontext setzen.

Das ist auch hilfreich, wenn wir zu den Zielkonflikten kommen und Frau Liedtke hat schon viel drüber gesprochen. Was ich da betonen möchte ist, dass die Grundlage der Zielkonflikte überhaupt die Definition von „Nachhaltigkeit“ ist.



Manche definieren „Nachhaltigkeit“ als „Effizienz“, andere als „Suffizienz“, andere als eine Mischung aus verschiedenen anderen Perspektiven. Daher wird es natürlich immer Zielkonflikte geben. Es ist nicht die Frage, ob wir Nachhaltigkeits-schemata ohne Zielkonflikte hinbekommen können mit acht Milliarden Leuten auf dieser Welt, sondern was wir mit diesen Zielkonflikten machen. Und da kommen wir wiederum auf die in den letzten Jahren sich stärker entwickelnden, transdisziplinären und co-kreativen Prozessen, die die Politikberatung unterstützen. Sie ersetzen dies nicht, sondern sie geben uns eine bestimmte Art und Weise, indem gerade diese Transparenz, die angesprochen worden ist, stärker in den Vordergrund gerückt werden kann. Die transdisziplinären Prozesse sind uns auch besonders hilfreich, wenn wir über „Krisenfestigkeit“ reden. Herr Glaser hat gerade diese Frage angesprochen, nämlich wie wir krisenfester werden. Und ich bin der Meinung, ein wichtiger Punkt der Krisenfestigkeit ist, die Zielkonflikte in den Vordergrund zu bringen, nicht zu verstecken, sondern schon von vorn herein zu sagen, es wird unterschiedliche Standpunkte zu der Art und Weise geben, wie wir die persönliche Sicherheit der wirtschaftlichen Sicherheit, der nationalen Sicherheit, der Energiesicherheit usw. gegenüberstellen, und wenn wir eine Krise haben, wie wir ihr begegnen. Natürlich sieht das jeder unterschiedlich. Wir haben Zielkonflikte und wir brauchen eine Vorgehensweise, indem wir diese Zielkonflikte in den Vordergrund bringen können, diese mit entsprechend gut getestetem Vorgehen, also co-kreativen Maßnahmen, untersuchen, und Lösungswege dann dadurch erstellen können, die uns dann durch diese Erkennung der Zielkonflikte, wenn die Krise kommt, krisenfester macht.

Das ist auch wichtig in Bezug auf die konsequente Bewertung der Prozesse ohne Wirkung, was Frau Scheer angesprochen hat. Und da kommen wir auch zu dem Bezug auf die Arbeit, die von dem Deutschen Wissenschaftsrat und anderen derzeit geleistet wird, um zu verstehen, wie wir diese komplexe Frage lösen, also wie bewerten wir überhaupt Wirkungen eines solch komplexen Systems? Also wissenschaftliche Wirkungen, wie viel ein entsprechendes Paper zitiert wird usw. kennen wir gut, aber welche politische Wirkung es hat, da kommen wir voran. Ich habe nicht die Zeit, im Detail darauf einzugehen, aber wir haben

Forscher, die mehrere Veröffentlichungen dazu erstellt haben. Und wir können gerne Hinweise geben, wenn Sie mehr Interesse in Ihren Teams haben, um mehr zu verstehen, welche Bewertungsarten wir haben für solche Prozesse. Und als Letztes zwei Punkte. Leider habe ich akustisch nicht verstanden, was Herr Zdebel bezüglich der Empfehlungen im Corona-Paper gefragt hat. Vielleicht können Sie uns das im Nachhinein schicken; und wir können Ihnen dann bilateral antworten.

Zu der Frage von Frau Hoffmann in Bezug auf den offenen Brief. In der Tat hat es Eingang gefunden. Ob wir zufrieden sind? Ich würde sagen, teilweise. Nichts funktioniert so schnell wie man es gerne hätte, aber wir sind tatsächlich im Gespräch mit dem Bundeskanzleramt über das Einführen von den angeforderten Dialogen. Dieses Gespräch freut uns schon und dass da tatsächlich ein Ohr ist und dass wir hoffentlich in der nächsten Zeit dieses Gespräch entwickeln können. Und wie gesagt – nichts geht so schnell wie man es hofft, aber dass es überhaupt vorankommt, darüber sind wir sehr froh und in diesem Sinne teilweise auch zufrieden. Vielen Dank für Ihre Fragen.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank für die Antworten. Das geht uns auch oft so, dass es nicht so schnell geht, und im politischen Prozess sich unsere eigene Meinung nicht so ausführlich widerspiegelt. Wir haben noch die Gelegenheit für die zweite Runde, und ich würde noch mal dem Abg. Kai Whittaker das Wort erteilen.

Abg. **Kai Whittaker** (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Ich würde gerne noch mal auf einen Aspekt eingehen, den wir hier im Parlamentarischen Beirat in dieser Legislaturperiode schwerpunktmäßig behandelt haben, nämlich die Frage, inwieweit wir die Gesetzgebung in unserem Land dahingehend verbessern können, dass wir auch in Zukunft eine Nachhaltigkeitsnutzenbetrachtung durchführen. Sie beide, Frau Liedtke und Herr Lawrence, Sie kennen das. Diese Diskussion – denke ich – werden Sie kennen. Gleichwohl stellt es sich immer als eine Schwierigkeit dar, wie man diese Nutzenbetrachtung wirklich operabel macht. Also die Frage, welchen Parameter kann man nutzen, um alle Gesetze im Hinblick auf die 17 Nachhaltigkeitsindikatoren quasi vergleichbar zu machen. Dabei würde mich interes-



sieren, inwieweit Sie da selber schon Überlegungen angestellt haben und auch, wo Sie die Bewertung in Zukunft am besten aufgehoben sehen. Da würden sich ja verschiedene Möglichkeiten anbieten, z. B. beim Normenkontrollrat oder ein eigenständiges Gremium. Da würde mich Ihre Einschätzung interessieren. Dankeschön.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. Als Nächstes der Abg. Michael Thews von der SPD.

Abg. **Dr. Nina Scheer (SPD):** Michael Thews musste sich wegen einer anderen Veranstaltung leider schon verabschieden.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Dann auch gerne noch mal Frau Dr. Nina Scheer.

Abg. **Dr. Nina Scheer (SPD):** Ich möchte noch mal anknüpfen an die Frage der Definition der „Nachhaltigkeit“. Und da kann man – glaube ich – auch noch mal einen Schulterschluss zu dem Aspekt bringen, den auch Herr Zdebel angesprochen hat, in Bezug auf die Widersprüchlichkeit oder mit den leider gegebenen oder teilweise gegebenen Widersprüchen zwischen den einzelnen Nachhaltigkeitszielen, wenn man da in Zielkonflikte kommt. Weit verbreitet ist ja, das Wort „Nachhaltigkeit“ umgangssprachlich zu verwenden, im Sinne von „dauerhaft“, „anhaltend“. Aber genau genommen ist es ja auch nur die tatsächlich sozialökologisch gelingende Transformation, was auch dann „Nachhaltigkeit“ im Sinne von umgangssprachlich „dauerhaftem“ bestätigt. Insofern ist der leicht abgenutzte – im Sprachgebrauch sehr abgenutzte – Begriff genau genommen auch wieder zutreffend, wenn man das nur konsequent darauf bezieht, was denn auch für eine Dauerhaftigkeit von Nöten ist. Wenn man z. B. bei der Energieversorgung schaut – wir wissen alle um die Endlichkeit der fossilen Ressourcen, wir wissen auch um die Endlichkeit von Uran, für alle, die immer meinen, man müsse daran noch weiter arbeiten – insofern, wenn man das rein von der Endlichkeitsschiene her betrachtet, auch da würde ganz klar die Frage der „Dauerhaftigkeit“ schon die Beantwortung bringen, dass man zu einem Transformationsprozess kommt. So wäre meine Perspektive auf die definitorische Frage. Und um darauf zu kommen, was Herr Zdebel meinte, da möchte ich mich auch anschließen, dass wir da durchaus einen Nachsteuerungsbedarf

oder vielleicht einen „Schärfungsbedarf“ haben. Ich habe immer das andere plastische Beispiel noch im Kopf, dass wir einerseits bei Nachhaltigkeit in Punkto Wasserressourcenschutz gerne weniger Plastik einsetzen möchten, aber siehe da, es gibt andere Konstellationen, bei denen es heißt, bei Getränkeflaschen sei es doch besser, man nimmt die wiederverwertbaren Plastikflaschen, weil sie leichter sind und dadurch im Transport weniger CO₂-Emissionen bedeuten. Gut, das Blatt kann ich dann wenden, wenn man eine andere Transportsituation bekommt, also andere CO₂-Bilanzen im Transport. Ich will nicht zu lang sprechen. Aber an diesen Stellen noch mal anzusetzen und zu schauen, dass wir keine Widersprüche haben, das würde – glaube ich – weiterhelfen bei der Umsetzung der SDGs.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Als Nächstes Herr Dr. Rainer Kraft von der AfD.

Abg. **Dr. Rainer Kraft (AfD):** Danke. Ich versuche, es schnell zu machen, weil ich doch einige Anmerkungen bzw. Fragen habe. Frau Liedtke, wenn Sie ausgeführt haben, dass moderne Probleme mit der „Nachhaltigkeit“ auftauchen, wenn Sie den Online-Handel bzw. die Retouren anbringen, dann ist es selbstverständlich nicht so, dass die Retouren kostenlos sind. Die sind eingepreist in den Preis, den der Verbraucher für sein Produkt bezahlt, weil die Online-Händler natürlich ihre Kennzahlen haben. Die wissen, wie viel ungefähr zurückkommt, und diese Kosten werden natürlich umgelegt auf diejenigen, die dieses Produkt dort kaufen. Es ist selbstverständlich nicht umsonst. Ich meine, wir haben diese Diskussion auch ständig beim Öffentlichen Personennahverkehr, der ist auch niemals kostenlos. Das zahlt jemand anderes oder die Kosten sind woanders versteckt.

Generell dazu, wie man den Bürgern Innovation beibringt: Das ist ganz einfach. Wenn eine Sache gut ist und funktioniert, muss die Politik gar nichts tun, sondern die Sache läuft einfach. Wenn eine Sache natürlich nicht gut ist oder minderwertig ist, dann muss die Politik natürlich eingreifen und irgendwie zu Mitteln des Zwangs greifen, die ich aus demokratischen Gründen hier komplett ablehne, weil wir uns dann eigentlich von dem Prinzip verabschieden, dass wir zu etwas Besserem streben, weil wir dann suboptimale, minder-



wertige Innovationen durch politische Entscheidungen in den Markt pressen. Das ist weder effizient, weder ressourcenschonend noch bringt es uns irgendwie voran. Mit Blick auf die Uhr sehe ich, dass die Zeit läuft.

Herr Prof. Lawrence, in aller Kürze zu Ihrem Austausch zwischen „Science“ und „Politik“. Die Wissenschaftler sind durchaus schon selber schuld, wenn sie u. a. das Vertrauen verlieren, weil wir in den letzten Jahrzehnten schon so viele, oftmals überspitzte und panikartige Aussagen von Wissenschaftler bekommen haben, die nachweislich nicht eingetreten sind, gerade im Bereich der Klimapolitik. Was ist da schon alles behauptet worden vor 20 oder 25 Jahren, und was ist davon heute eingetreten? Nichts. Und da müssen wir natürlich sagen, wenn Wissenschaftler nicht in der Lage sind, präzise Vorhersagen zu machen, dann sind ihre Aussagen doch möglicherweise im Allgemeinen relativ wenig wert. Ich will nicht sagen, dass das generell gilt, aber die Wissenschaft hat eben auch die Verpflichtung, sich von den lautesten Schreibern ein bisschen zu verabschieden, um klarzustellen, dass nicht immer alles im Panikmodus und in Extremszenarien enden muss. Sondern die Wissenschaft hat die Aufgabe, es präzise zu kommunizieren, was denn wirklich Sache ist. Danke.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. Als Nächstes Herr Dr. Hoffmann von der FDP.

Abg. **Dr. Christoph Hoffmann (FDP):** Vielen Dank für die Vorträge und das gesamte Bild. Ich will auch noch mal auf die Fragen eingehen, die Sie formuliert haben. Wie kann man die Bevölkerung mitnehmen in Sachen Nachhaltigkeit? Ich habe das letzte Mal auch schon gesagt. Es muss einfach Spaß machen und es muss sich rechnen. Und d. h. für die Politik, die Aufgaben und die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass es denen Bürgern Spaß macht, sich nachhaltig zu verhalten. Das ist mal der eine Aspekt. Das sind ökonomische Anreize. Damit kriege ich schon einen ganz großen Teil erschlagen, was günstiger und dann eben auch noch nachhaltig ist, dann macht es Sinn. Also, d. h., wir müssen da ein bisschen in die Richtung der Steuerung gehen. Eine Rückfrage an Sie wäre: Wir haben ja verschiedene Produkte, wo man sich manchmal fragt, wieso kommen die eigentlich überhaupt auf den Markt? Ein Beispiel:

Wir haben die Erfindung der LED-Glühlampen gehabt, aber gleichzeitig wurden in den Kaufhäusern die Energiesparlampen, also die mit Quecksilber, entsprechend vertrieben. Dann sagen Sie uns mal, was wir hier anders machen müssten, um solche Entwicklungen zu verhindern, dass überhaupt diese Produkte, von denen man schon von vorn herein weiß, dass sie eigentlich schwierig sind, ökonomisch schwierig sind, wie man das irgendwo aussteuern kann, ob es im Vorfeld für die Nachhaltigkeit in irgendeiner Form eine Art „Produktprüfung“ geben sollte? Welche Ideen haben Sie dafür? Warnen würde ich allerdings vor übertriebenen Hoffnungen in Indikatoren. Und zwar aus zwei Gründen: Erstens bezüglich der die Zeitschiene „Nachhaltigkeit“. Wir haben „Nachhaltigkeit“ im Forst erfunden: Holzprodukte. Und heute sehen wir, dass die meisten Holzprodukte, die damals oder als „Nachhaltigkeit“ kam, diese Holzprodukte heute gar nicht mehr in Gebrauch sind, weil sie ersetzt worden sind durch Aluminium oder irgendein anderes Material. Daher weiß man ja nie, was die Zukunft an neuen Innovationen bringt. Und deshalb ist es auch so schwierig, solche Indikatoren, weil sie sich ja immer nur auf das „Jetzt“ und auf das „Vergangene“ beziehen können. Da möchte ich davor warnen, um auch die Betriebe nicht mit Bürokratie bzw. Nachhaltigkeitsbilanzen und so etwas zu überziehen. Das sind nur staatliche Betrachtungen und das bringt uns eigentlich kaum vorwärts und überzeugt die Leute dann letztendlich auch nicht, wenn sie nur für den „Datenfriedhof“ arbeiten.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. Und jetzt noch mal Herr Zdebel von der Linken.

Abg. **Hubertus Zdebel (DIE LINKE.):** Dankeschön, Herr Vorsitzender. Herr Lawrence, die Frage, die Sie nicht vorhin verstehen konnten, die ist zum großen Teil von Ihnen selber schon beantwortet worden. Es ging auch um die Zielkonflikte und ich habe gelernt, dass wir vielleicht stärker die Zielkonflikte, die sich nicht vermeiden lassen können, mehr in den Mittelpunkt rücken müssen, um dann tatsächlich auch da vielleicht zu vernünftigen Lösungen zu kommen, und denen nicht auszuweichen, wie es ja häufiger der Fall ist.

Ich will da noch mal ansetzen bei den Papieren, die mir vorliegen, die Sie uns zur Verfügung gestellt haben. Sie appellieren ja in gewisser Weise



auch, z. B. in dem Papier zur Corona-Krise, an die Vernunft, die eintreten soll in einem gesamtgesellschaftlichen Austausch. Jetzt ist allerdings meine Erfahrung, dass diese Appelle an die Vernunft häufiger eben mit sehr starken handfesten materiellen Interessen verschiedenster Lobbygruppen – aber auch im politischen Bereich – aneinander geraten können, und dass es da zu Kollisionen kommen kann. Und vor diesem Hintergrund sehe ich ja auch in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie immer wieder unterschiedliche Ansätze, verschiedene Optionen – einerseits um verstärkt auf Regulierung und einen starken ordnungspolitischen Rahmen zu setzen, auf der anderen Seite, um stärker auf marktkonforme Instrumente zurückgreifen zu wollen und möglicherweise auch einen Mix aus beiden Optionen ins Auge zu fassen. Wie würden Sie das auch in einem rationalen Diskurs sehen? Auch deshalb, um diese Konflikte oder unterschiedlichen Positionen und auch die handfesten Interessen, die dahinter stehen, stärker in den Hintergrund rücken zu lassen, um tatsächlich zu einer vernünftigen Politik zu kommen. Also, das wäre meine Frage, vor dem Hintergrund, dass ich mich ja auch gerne beraten lasse, wie wir da zukünftig möglicherweise vernünftiger mit umgehen können.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. Abschließend in der zweiten Runde noch Frau Dr. Hoffman von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. Dr. Bettina Hoffmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank erst mal für die ersten Antworten. Das war auch sehr interessant. Ich möchte mich jetzt nicht noch mal zu den Nachhaltigkeitskriterien äußern oder dazu eine Frage stellen. Natürlich kann man über Indikatoren auch eine Art Monitoring machen und rückwirkend Dinge betrachten. Aber mir geht es vor allem auch darum, Entwicklungen, z. B. im wirtschaftlichen Bereich, anzustoßen. Wir haben eben gehört, in der Pandemie, wir sind in einem Systemchock, wir geben sehr viel Geld aus und wir wollen das Geld natürlich jetzt zukunftsgerichtet ausgeben und dafür brauchen wir ja auch vernünftige Kriterien natürlich für Unternehmen, aber auch für unsere Haushalte. Wo fließt all dieses Geld hin, was wir ja nur einmal ausgeben können? Von daher die Frage: Gibt es da Beispiele? Ich will jetzt

mal die Taxonomie der Europäischen Union nennen. Ist das ein Muster für andere Bereiche? Also da geht es hauptsächlich um Finanzwirtschaft, aber es geht ja jetzt auch in Richtung Kreislaufwirtschaft. Gibt es gute Kriterien, die wir anlegen können, um Impulse zu geben und um natürlich möglichst wenig Risiko zu haben, dass wir nachher die Nachhaltigkeitsfragen dadurch vernachlässigen oder auch eine entgegengesetzte Entwicklung haben?

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. Wir haben die zweite Runde abgeschlossen. Ich würde jetzt noch mal um die Antworten bitten. Ich schlage vor, noch mal jeweils fünf Minuten zu veranschlagen, aber die müssen natürlich nicht ausgefüllt werden. Insofern hat Herr Lawrence jetzt noch mal das Wort.

Prof. Dr. Mark Lawrence, geschäftsführender wissenschaftlicher Direktor am Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS Potsdam): Vielen Dank nochmals für die verschiedenen Inputs und Fragen, die dazugekommen sind. Zunächst in Bezug auf das Thema, das am Ende, in der Mitte und am Anfang angesprochen worden ist, und zwar in Bezug auf die Indikatoren. Natürlich ist es ein enorm schwieriges Thema, dies anzugehen, weil auf es Grund der Komplexität praktisch schwierig ist, einen allgemeinen Indikator hinzubekommen. Aber es besteht natürlich der Wunsch danach. In den Klimawissenschaften haben wir beispielsweise die global ermittelte Erdoberflächentemperatur, und zwar ihren Anstieg seit den vorindustriellen Zeiten, als einem ziemlich verfestigten Indikator. Und das ist sehr nützlich, weil es uns damit einen Indikator gibt, an dem viel anderes hängt. Aber es ist auch manchmal problematisch, weil Klimawandel viel mehr ist, als nur dieser eine Indikator. Ich wollte mich eher mit der Warnung von Herrn Dr. Christoph Hoffmann befassen. Zu viel Vertrauen in einzelne Indikatoren zu setzen, ist schwierig. Ich wollte mehr die Betonung in Prozesse setzen. Und das ist genau das, wo wir bei der Wissenschaftsplattform ansetzen. Und für mich ein prägendes Beispiel ist die Arbeit, die wir hier im kleinen Feld behandeln. Im großen Feld wird es schwierig sein. Im kleinen Feld haben wir ein Projekt mit der Stadtverwaltung in Potsdam gemacht, indem wir verschiedene Behörden zusammengebracht und eine



„metrigen“ Entwicklungsvorgehensweise entwickelt haben, indem wir von den verschiedenen Ämtern, also Grundbuchamt, Straßenbauamt, Bauamt usw., die verschiedenen vorgeschlagenen Maßnahmen bewerten haben lassen. Und entlang dieser Expertenmeinungen konnten wir anstelle eines Einzelindikators eine Art farbliche Indikation bekommen, welche der Maßnahmen richtig priorisiert werden sollten, weil sie themenübergreifend gute Beiträge gebracht haben und dadurch gleich die Zielkonflikte gesehen haben, bei denen manche Maßnahmen für manche der Behörden gut sind und für andere eben nicht so gut.

Wir haben ein wissenschaftliches Papier dazu geschrieben. Gerne können wir das an Sie weitergeben. Ich denke, solche Prozesse, die wir auch in kleinen Skalen entwickeln, ist das, was wir bei den großen Skalen brauchen, um gerade die Problematik der fehlenden Indikatoren anzugehen, weil es so schwierig sein wird, Einzelindikatoren, die tatsächlich funktionieren, hinzubekommen.

Darüber hinaus geht es natürlich um die Frage der Definitionen. Wie definieren wir überhaupt „Nachhaltigkeit“? Frau Scheer hat über die Definitionen und die Dauerhaftigkeit von Nachhaltigkeit gesprochen. Und diese Definition ist das, was uns teilweise zu den Zielkonflikten führt. Ob wir Nachhaltigkeit als „Effizienz“ oder „Suffizienz“ usw. definieren, wird unsere Indikatoren dann letztendendes beeinflussen.

Kurz zu Herrn Dr. Kraft: Die Kommunikation aus der Klimawissenschaft ist tatsächlich nicht immer optimal gewesen. Natürlich ist auch manchmal wirklich „Passion“ hineingeflossen, wo die Trennung zwischen der Furcht, die man sieht, von dem, was wir vorhersagen, und wie das kommuniziert wird, schwer auseinander zu halten ist. Da gehe ich zurück auf den Punkt von Herrn Köhler. Das müssen wir eintrainieren. Wir sind beim Klimawandel bei einer neuen Krise. Meine Kollegen haben keine Schuld daran, dass sie das nicht schon gut beurteilen konnten, weil es bisher noch nicht eintrainiert worden war. Allerdings ist es jetzt inzwischen deutlich besser eintrainiert worden. Und wenn Sie das Beispiel „Meteorologie“ nehmen, was das kurzzeitige Klima betrifft, also das Klima von 30 Jahren im Mittel in Bezug auf den meteorologischen Zustand. Wir haben tatsächlich gute Warnungen ausgesprochen, über das

Schneechaos der letzten Tage. Und diese ganz klaren Warnungen zustande gebracht, und die Vorhersage, die tatsächlich zutraf, zeigt, wozu wir in der Lage sind. Es gibt sehr vieles, was wir vorhergesagt haben, was dann tatsächlich auch passiert ist, beispielsweise Temperaturanstiege in verschiedenen Gebieten, Gletscherschmelze in der Antarktis. Außerhalb von der Klimawissenschaft gab es im Jahr 2007 schon ein ganz hochrangiges wissenschaftliches Papier, das nach SARS-CoV-1 eine wichtige globale Pandemiewarnung ausgesprochen hat. Insoweit wurde das auch schon ausgesprochen. Die Frage ist, wie bekommen wir diese Kommunikation so hin, dass die Warnung ernst genommen, aber gleichzeitig nicht übertrieben wird und es quasi eine Art „Rückschlag“ in der Bevölkerung gibt? Ich glaube, dass wir hier in den letzten Jahren deutlich besser geworden sind. Ich hoffe vor allem auf den nächsten Weltklimaratsbericht und wie dieser kommuniziert wird, dass wir diese Erfahrungen der letzten Jahre einsetzen können, um eine Klimakommunikation hinzubekommen, die wirklich wirkt und zeigt, welcher Katastrophen wir wirklich vor uns haben und welche Maßnahmen tatsächlich dafür wirken werden, um uns dagegen zu wappnen und diese zu verringern.

Und dann gebe ich gerne an Frau Liedtke weiter, in Bezug auf den Kommentar von Herrn Zdebel zu den Konditionen zwischen Regulierung und Markt und was das bedeutet? Das liegt bei ihr am besten.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Lawrence, und jetzt hat Frau Liedtke das Wort.

Prof. Dr. Christa Liedtke, Co-Vorsitzende der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (wpn2030): Ich möchte noch einmal kurz darauf eingehen, was Sie ansprachen, in Bezug auf unseren Brief. Da kann ich auch noch mal sagen, dass wir tatsächlich gerade eine Veranstaltung genau als Antwort auch auf den offenen Brief planen, wo das genau auch weiter diskutiert und weiter entwickelt werden soll. Und ich denke schon, dass das aufgenommen worden ist, so wie Mark das schon gesagt hat. : Ich glaube, im Training miteinander können wir noch viel besser werden. Es geht hier tatsächlich um Training, um sozusagen soziale Praktiken zu verändern, die in jedem System existent sind, also um eine Transformation.



Und wenn wir von Transformation sprechen, dann muss die natürlich auch bei uns selber passieren. Das wäre so ein Ansatz. Von daher bin ich da auch gespannt auf diesen Dialog. Ich denke, wir werden den auch ganz offen führen.

Herr Whittaker hatte noch etwas zum Gesetzgebungsprozess gefragt. Wie dieser Prozess verbessert werden kann auch in Bezug auf die Nachhaltigkeitsbetrachtung. Vorher hatte Herr Zdebel Fragen zum den Leitindikatoren und wie man mit so einem Setting von 169 Unterzielen umgeht? Fraglich ist auch, wenn der einzige Fokus auf dem Vortreiben der Klimaneutralität liegen würde und wir investieren unsere Metalle in nicht recyclingfähige Produkte: die sind dann weg, die sind dann verloren, die bekommen wir nicht wieder. Dieses Thema wird auch von der Wissenschaft entsprechend beraten. Dies darf aber nicht eindimensional erfolgen. Wir haben ja auf inter- und transdisziplinär hingewiesen. Das ist auch seitens der Politik und der Wissenschaft wichtig zu entscheiden, welche Experten überhaupt an Bord kommen müssen, um so etwas entsprechend zu beurteilen.

Zu der Frage: Wie geht man jetzt damit um? Hieran arbeiten wir auch intensiv – ich bin im Industriedesign – mit Unternehmen zusammen. Dabei schaut man sich tatsächlich diese Gesamtziele an und kondensiert daraus sozusagen die Leitindikatoren oder die Leitbewertung, wenn man keinen Indikator hat, wie mein Kollege das schon gesagt hat. Wo sind die Hotspots, auf die man sich fokussieren will und wie interagieren die tatsächlich? Das kann man beispielsweise mit Wärmebildern machen, wo man das tatsächlich auch farblich darstellen kann. Das passiert mir im Gesetzgebungsprozess nicht. Wenn ich mir bisher die elektronische Prüfung ansehe, dann geht man da ganz schnell durch, sozusagen als Add-on. Dies erfolgt nachher und nicht vorher, also nicht wenn das Gesetz sozusagen entwickelt wird. Und dann muss ich festlegen, welche Bereiche der SDGs sind betroffen. Und dann muss ich mir diese tatsächlich ansehen, und die wichtigsten, wohlweißlich, dass ich dann immer etwas weglasse, versuchen, diese in die Betrachtungssysteme mit aufzunehmen. Dann kann ich auch die Experten einbinden, die das machen und auch bewerten müssten – wohlweißlich, dass man nicht immer 100 Prozent oder sozusagen einen „360-Grad-Scan“ hinbekommt. Das wäre meine wichtige Empfehlung

auch für den Gesetzgebungsprozess. Da muss man natürlich auch – so wie das Unternehmen ja auch machen – abstufen. Also, wie komplex soll etwas sein, wie komplex ist die Fragestellung. Darüber hinaus soll es auch nachvollziehbar sein und letztendlich auch in das entsprechende Format gegossen werden, um es dann in der Auswahl dann auch transparent zu machen, damit deutlich wird, wie man das eigentlich gemacht hat. Dann geht es natürlich weiter, wenn das Gesetz insgesamt integriert wird. Wir haben ja die Diskussion bezüglich der sogenannten „Sandboxes“. Und das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) macht beispielsweise die regulativen Reallabore. Das muss natürlich im Weiteren auch betrachtet und nachgeschaut werden, ob man da nicht tatsächlich etwas vergessen hat und ob man da nicht wieder in neue Zielkonflikte reinkommt, wenn das Gesetz dann angewendet wird. Das meinte ich mit dem Retouren-Management. Natürlich wird das entsprechend eingepreist – aber wo? Wird das in der Lieferkette zu Beginn eingepreist? Das heißt, da wird der Preis noch weiter heruntergedrückt. Bekommen wir überhaupt die Internalisierung der externen Kosten hin? Da würde ich doch mal ganz klar sagen: Nein. Und deswegen ist ja das Lieferkettengesetz auch in der Diskussion. Insgesamt 70 Unternehmen haben ja schon gesagt, dass sie es unbedingt haben wollen, um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern, die sie nämlich in den Lieferketten haben. Das nur mal so als Beispiel. Wir hatten gerade auch als Thema die Produkte „LED“, und Quecksilber. Die Ressourcenkommission hat dazu eine sogenannte Produktkennzeichnungsstelle vorgeschlagen. Das soll kein überbordendes Bürokratiemonster sein. Das könnte man auch an einer bestehenden Institution einbinden. Und es ging vor allem darum, dass Unternehmen bestimmte Informationen erst mal bekannt geben müssten, um letztendlich damit überhaupt auf den Markt kommen zu können. Welche Informationen sind das? Beispielsweise könnten dies die Langlebigkeit ihrer Produkte oder deren Recyclingfähigkeit sein. Oder die Frage, ob da Giftstoffe drin sind etc., um das überhaupt erst einmal transparent zu bekommen. Die Ökodesignrichtlinie umfasst ja nur ganz wenige Produkte. Und da ist noch keine Prüfung erfolgt. Gerade wenn man z. B. das Problem hat, gerade in der Nutzungsphase, dass bei bestimmten Dingen tatsächlich die Langlebigkeit entsprechend nicht



vorhanden ist, dann kann man sich dort auch beschweren, und dann wird eine entsprechende Prüfung durchgeführt. Das müsste allerdings so sein, dass man die Prozesse ein bisschen leichter gestaltet und diese auch nicht so kosten- und so zeitintensiv sind, und dass man sozusagen zwischen Konsumenten und auch den Produzenten sowie der Politik eine Interaktion bzw. gegenseitige Verantwortungskompetenzen für diese Systeme entwickelt.

Wie kann ich verhindern, dass bestimmte Produkte auf den Markt kommen? Bei diesem Thema sind Sie – glaube ich – besser in der Materie, als ich. Ich würde es tatsächlich an den Indikatoren festmachen. Wir hatten eben das Beispiel Plastik. Da kann ich sagen, man muss sich das tatsächlich entsprechend mal ansehen. Die Frage ist, wo ist Plastik überhaupt sinnvoll, und was passiert mit dem Plastik, wenn es in die Umwelt kommt? Welches Plastik darf ich denn überhaupt zulassen, falls es in die Umwelt kommt, und kann es sich da rückstandslos auflösen oder nicht? In dieser Hinsicht traue ich unseren Ingenieuren eine Menge zu. Wobei die Anreize, solche Dinge zu entwickeln, – der „Frame“ – bisher in dieser Hinsicht völlig falsch gesetzt wurde. Und da ist eben die Frage, muss ich nicht mehr auf die Inputseite kommen und sagen, welche Stoffe lassen wir in unser System denn rein und welche Kreativität und Innovationskraft kann ich damit entfalten, wenn ich nur den Rahmen setze, in dem sich solche Dinge dann eben auch entwickeln können? Und da reichen manchmal bestimmte Leitindikatoren. Einer davon wären beispielsweise die Treibhausgasemissionen. Es gibt aber weitere Indikatoren. Dazu gehört u. a. die Biodiversität, sobald ich da eingreife. Und das wäre so ein Ansatzpunkt, wo man sehr differenziert auch in den Produktbereichen vorgehen kann, aber sich an bestimmten Leitindikatoren dann jeweils orientiert, die sich auch im Zeitverlauf verändern können, weil, wir lernen ja dazu. Wissenschaft kann nicht alles vorhersagen, sonst hätten wir nämlich nichts mehr zu forschen. Aber Sie müssen auch die „Unwissenheit“ darlegen, die Sie haben. Wo sind denn da die Grenzen des Wissens. Der Umgang mit „Unwissenheit“ muss natürlich trainiert werden, wobei ich dieses Wort wirklich für sehr wichtig erachte.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ich

bitte auch auf die Zeit zu achten.

Prof. Dr. Christa Liedtke, Co-Vorsitzende der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (wpn2030): Ich glaube, ich höre mit diesem Punkt auf.

Herr Zdebel, zum Thema „Lobbyismus“. Das müssen wir noch mal klären, glaube ich. Dazu müssten wir vielleicht noch mal miteinander sprechen, um das noch weiter auszuführen. Aber ich glaube, ich bin weit über die Zeit.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Liedtke. Vielen Dank, Herr Lawrence. Wir können heute wahrscheinlich nicht alles klären. Das gibt uns natürlich auch den Auftrag, dass wir weiter im Dialog bleiben. Ich finde, es war ein sehr spannender Austausch. Wir nehmen mit, dass wir Gesetze auch mehr im Sinne eines Produktdesigns betrachten sollten und dass wir vorher auch schauen, wie das Produkt dann am Ende aussieht und welche Konsequenzen daraus entstehen. Vieles, was für die Wissenschaft gilt, gilt natürlich auch für die Politik. Letztlich muss die Politik – im Gegensatz zur Wissenschaft – dann immer die Entscheidung treffen und dem Abwägungsprozess ist natürlich bei der Entscheidung immanent. Nachhaltigkeitspolitik insgesamt ist ja irgendwo auch ein Prozess. Auch der Austausch ist ein Prozess und insofern würde es mich freuen, wenn wir im Austausch bleiben. Ich bedanke mich für den Austausch und wünsche Ihnen für Ihre Forschung und auch darüber hinaus alles Gute. Ich würde mich freuen, wenn wir uns wiedersehen, auch in einem anderen Kontext vielleicht. Aber an dieser Stelle von uns allen meinen herzlichen Dank und alles Gute für Sie.

Prof. Dr. Christa Liedtke, Co-Vorsitzende der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (wpn2030): Wir bedanken uns auch. Es hat Spaß gemacht. Vielen Dank.

Prof. Dr. Mark Lawrence, geschäftsführender wissenschaftlicher Direktor am Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS Potsdam): Danke auch unsererseits. Wir freuen uns auf das nächste Gespräch. Auf Wiederhören, auf Wiedersehen.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Auf



Wiedersehen. Wir verabschieden uns auch gleich-
zeitig von allen externen Gästen. Ich bitte die Bei-
ratsmitglieder, noch in der Videokonferenz zu
bleiben.

Schluss der Sitzung: 19:32 Uhr

Dr. Andreas Lenz, MdB
Vorsitzender

Stellungnahme der wpn2030 zur Dialogfassung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

Die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030, die 2017 als zentrale wissenschaftliche Begleiterin der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) gegründet wurde, begrüßt die Vorlage der Dialogfassung 2020 der DNS und die Möglichkeit, dass alle interessierten gesellschaftlichen Gruppen und Einzelpersonen sie kommentieren können. Mit ihren beiden umfangreichen Impulspapieren „Bitte Wenden!“ und „Nachhaltig aus der Corona-Krise!“ hat sich die wpn2030 bereits in den aktuellen Weiterentwicklungsprozess der DNS eingebracht. Beide Papiere bilden die wesentliche Grundlage für die folgende Stellungnahme zur Dialogfassung.

I. Allgemeine Betrachtung

Die Corona-Krise hat zahlreiche Nachhaltigkeitsfragen neu gestellt und birgt für die Nachhaltigkeitspolitik samt DNS erhebliche Herausforderungen. Die DNS kann indes durch ihren integrativen Charakter und ihre Vorsorgeorientierung zentral zum Aufbau einer zukunftsfähigen Resilienzstrategie beitragen. Wir begrüßen die Signale der Bundesregierung, sich den Herausforderungen zu stellen und die DNS auch entsprechend zu positionieren sowie die SDGs als Maßstab für eine zentrale politische Vorsorgestrategie zu nutzen (siehe dazu wpn2030: Corona: 9-12). Dazu gehören global unter anderem eine entschiedene Unterstützung des UN-Ansatzes „Building Back Better“ bzw. „Recover Better“ und ebenso vergleichbare (An-)Forderungen an europäische oder nationale Konjunkturprogramme. Daher kann folgender zentralen Aussage der Dialogfassung nur zugestimmt werden: „Auch als Reaktion auf die Corona-Pandemie gilt es, Nachhaltigkeit als übergeordnetes politisches Leitbild stärker zur Geltung zu bringen. Es ist nötig, jetzt die Weichen richtig zu stellen für einen nachhaltigen Weg aus der Krise. Die Agenda 2030 mit den globalen Nachhaltigkeitszielen ist unser Kompass für einen nachhaltigen Kurs in die Zukunft.“ (Dialogfassung: 10). Insbesondere diesen Worten müssen konsequente Taten, d. h. eine ambitionierte Weiterentwicklung und angepasste Maßnahmen und Indikatoren, folgen (vgl. hierzu die beiden genannten Impulspapiere der wpn2030, den wpn2030-Bericht zum Beirätedialog 2019 sowie zahlreiche Positionen der wissenschaftlichen Beiräte der Bundesregierung).

Ebenso deuten weitere Signale der Bundesregierung darauf hin, nicht nur die Dringlichkeit von Nachhaltigkeit zu beschreiben, sondern endlich auch ernst machen zu wollen mit einer konsequenten Nachhaltigkeitspolitik: Etwa das Grußwort von Bundeskanzlerin Angela Merkel beim European Sustainable Development Network (ESDN), das die Zentralität von Nachhaltigkeitspolitik und der DNS vor unseren europäischen Partnern untermauert hat. Oder, und insbesondere, die deutliche Aufwertung von Nachhaltigkeitspolitik, die durch eine erste Grundsatzdebatte zur Nachhaltigkeit im Deutschen Bundestag und dem anschließenden Parlamentsbeschluss „Nachhaltigkeit ist Richtschnur unserer Politik“ angeschoben wurde. Mit den darin anvisierten potentiell wirkungsvollen Überprüfungsverfahren kann ein politischer Neustart für Nachhaltigkeit gelingen, etwa mit dem Vorhaben „zur Mitte jeder folgenden Legislaturperiode eine umfassende Bestandsaufnahme zur Umsetzung und Erreichung der 17

Nachhaltigkeitsziele im Rahmen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie durchzuführen“ (Drucksache 19/22505: 13). Dies haben die wpn2030-Vorsitzenden auch in einem Statement öffentlich unterstrichen. Wichtig ist nun, dass die Dialogfassung die DNS nicht nur umfangreicher, sondern vor allem auch wirkungsvoller macht. Dafür geben wir folgende konkrete Kommentare und Empfehlungen:

II. Konkrete Kommentare und Empfehlungen zur Dialogfassung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

1. Politisches Handeln über die DNS kohärenter gestalten und sie dafür mit weiteren Strategien der Bundesregierung sowie mit allen Regierungsebenen in Beziehung setzen

Für ein kohärenteres politisches Handeln gilt es, die unterschiedlichen Dimensionen von Nachhaltigkeit sowie die einzelnen Ziele der DNS stärker zueinander in Beziehung zu setzen und systemisch zu betrachten. Dies ist grundsätzlich in der Strategie auch so angelegt, erfordert aber eine verstärkt integrierte und vernetzte Sichtweise und Methodik, die auch unter Beachtung von Suffizienzprinzipien zu entwickeln wäre. Die DNS sollte zur Kohärenzstärkung zudem auch mit anderen Strategien verknüpft werden, etwa zu Digitalisierung, Biodiversität, Klimapolitik und Anpassung an den Klimawandel oder auch Pläne zur Emission von „Social Bonds“ im Sozialen (und genauso wäre z. B. auch die Weiterentwicklung der Klimapolitik zu einer Klimaschutzstrategie wichtig). Dargelegt werden sollte, wie diese auch auf die Ziele der DNS und SDGs „einzahlen“. Die ressortübergreifende Zusammenarbeit mit dem Ziel einer Art „Dachstrategie“, die Handlungsoptionen für die Zukunft aufzeigt, ist das Gebot der Stunde.

Zudem sind stets die drei Handlungsebenen Bund, Länder und Kommunen im Zusammenwirken mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft für eine kohärente Umsetzung unterschiedlicher Zieldimensionen zu berücksichtigen. Das betrifft nicht zuletzt die Unterstützung kommunaler Umsetzungsarbeit, Monitoringsysteme oder teils erheblicher Investitionen, die ggf. auch aufgrund der Erfahrungen mit der Corona-Pandemie in Richtung mehr Nachhaltigkeit zu korrigieren sind.

Darüber hinaus ist zu überlegen, Suffizienz stärker mit dem Leitbild der Nachhaltigkeit und mit den SDGs als Referenzrahmen zu verbinden. Das bedeutet insbesondere, die Produktivität von Ressourcen besser zu nutzen (Effizienz), naturverträgliche Technologien zu verbreiten, um die Leistungen der Ökosysteme nutzen zu können ohne sie zu zerstören (Konsistenz) und den Ressourcenverbrauch durch nachhaltigere Konsum- und Produktionsmuster zu verringern (Suffizienz).

Eine Basis für die Stärkung einer insgesamt konsequenteren Kohärenz des Handelns durch die DNS ist durch vorhandenen Studien und Berichte größtenteils gelegt und durch eine effektive Schnittstelle zwischen Politik und Wissenschaft im Rahmen der DNS weiter zu entwickeln (siehe 3).

2. Governance-Strukturen stärken

Mit Nachdruck haben wir sowohl in „Bitte Wenden!“ (wpn2030: Wenden: 27-30) und zuletzt in unserem Papier „Nachhaltig aus der Corona-Krise!“ (wpn2030: Corona: 13-17) darauf verwiesen, dass die Governance-Strukturen der DNS gestärkt werden sollten, damit sie endlich Wirkung und Steuerungskompetenz entfalten kann. Diese Empfehlung sprechen wir im Hinblick auf die Dialogfassung noch einmal mit besonderer Dringlichkeit aus. Denn: Die Dialogfassung benennt erstmals fokussierte Transformationsbereiche – was wir als wpn2030 grundsätzlich unterstützen und ebenfalls bereits in „Bitte

Wenden!“ mit unserer ersten Kernempfehlung gefordert hatten (wpn2030: Wenden: 13-17). Das hebt den Bedarf an substantiellen Nachbesserungen in der Nachhaltigkeits-Governance im Rahmen der DNS noch einmal deutlich hervor, und zwar sowohl hinsichtlich verfügbarer Kapazitäten als auch ihren Strukturen. Langjährige Erfahrung mit dem jetzt in der Dialogfassung erstgenannten Transformationsbereich „Energiewende und Klimaschutz“ lässt leicht erahnen, welche umfassenden politischen wie gesamtgesellschaftlichen Aufgaben damit einhergehen – angewandt auf sechs ähnlich komplexe Transformationsbereiche. Vier Aspekte einer Stärkung der Governance der DNS und durch die DNS, die nicht in der Dialogfassung reflektiert sind, hebt die wpn2030 besonders hervor (siehe auch wpn2030: Corona, S. 13-17).

- a) Die organisatorische Verankerung und Ausstattung im Bundeskanzleramt ist zu überprüfen und zu stärken, um der gesamthaften Leitungsverantwortung des ChefsBK und des Staatssekretärsausschusses besser gerecht werden zu können. Modelle dafür sehen wir im außen- und sicherheitspolitischen Berater oder dem G7/G20-Sherpa.
- b) Als weitergehende Option sollte ein/e Staatsminister/in oder Beauftragte/r für Nachhaltigkeit als neue Leitungsfunktion unterhalb der Spitze des Amtes erörtert werden – denn Leitungskompetenz für Nachhaltigkeit ist jetzt stärker denn je gefragt.
- c) Die Nachhaltigkeitskoordinatoren in den Ressorts sollten entsprechend gestärkt werden (siehe dazu wpn2030: Wenden: 27-28).
- d) Neben strukturellen Stärkungen innerhalb der Bundesregierung sind auch Multi-Stakeholder-Initiativen (Partnerschaften) in der Gesellschaft und Wirtschaft, in der Regel unter Einbeziehung von Wissenschaft, als wichtige Inputgeberinnen zu stärken. Diese wirken schon heute kommunal (z. B. Agenda-Gruppen, Nachhaltigkeits-Kommissionen), als regionale Vernetzung (z. B. RENN) oder als konkrete Initiativen zwischen Unternehmen und Gesellschaft (z. B. nachhaltige Produkte und Produktionen). Sie sind jedoch meist eher prekär, was die Finanzierung/Förderung und institutionelle Struktur angeht, und fragil, was die interne Governance betrifft und folglich in ihrer Wirkung de facto oft noch begrenzt.

3. Schnittstelle von Politik und Wissenschaft weiter stärken

In mehreren Stellungnahmen haben wir dies gefordert. Und das tat auch jüngst noch einmal ein „Offener Brief“ von Mitgliedern wissenschaftlicher Politikberatungsgremien der Bundesregierung, der im Kontext des Beirätedialogs initiiert und an die Bundesregierung übergeben worden ist. Das Science-Policy-Interface ist auf beiden Seiten zu konsolidieren und ein gegenseitiges Verständnis dafür zu schaffen, wo Hürden und Hemmnisse, aber auch wo Perspektiven und Chancen für eine entschlosseneren Umsetzung transformativer Prozesse liegen.

Um wissensintensive nachhaltige Entwicklung und Krisenfestigkeit vorantreiben zu können, schlagen wir vor, einen 360-Grad-Krisen-Scan im Sinne eines strategischen Foresight einzuführen (wpn2030: Corona: 6-8) – und eine solche Aufgabe stärker noch als bislang im Rahmen der DNS für die Bundesregierung umzusetzen. Ein solches Instrument verspricht als doppelter Hebel zu wirken: Zum einen kann es dringend benötigte wissenschaftlich fundierte Vorsorge und Vorausschau stärker systematisieren, und damit zentral zu nachhaltiger Entwicklung und so auch zur Entwicklung resilienter, nachhaltiger Gesellschaften beitragen. Zum anderen kann die Wissenschaft damit die DNS als zentrales Instrument der Bundesregierung noch effektiver darin bestärken, Herausforderungen unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten zusammen- und vorausdenken, auch mit Bezug auf verschiedene und weiterhin teils widersprüchliche Strategien oder Plattformen der Bundesregierung.

Die besondere Bedeutung für Wissenschaftskommunikation, die in der Dialogfassung der DNS vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie unterstrichen wird, gilt für Nachhaltigkeitsfragen allgemein und sollte durch die DNS noch stärker angeregt und seitens der Wissenschaft weiter ausgebaut werden.

4. Resilienz, Krisenfestigkeit und Nachhaltigkeit noch deutlicher durch die DNS verschränken und adressieren

Die Corona-Krise hat die Dringlichkeit auch dieser Aufgabe noch einmal klar vor Augen geführt. In der Dialogfassung ist die Verzahnung von Corona-Bewältigung, Stärkung von Krisenfestigkeit und Nachhaltigkeit allerdings insofern noch nicht hinreichend gelungen, dass Resilienz im Teil C der DNS noch nicht konkret(er als bislang) verankert worden ist, also für die Umsetzung der SDGs in, mit und durch Deutschland. Nachhaltigkeit sollte sich auch in der Umsetzungsarbeit als resilienzstärkend beweisen können – und insofern ist auch die DNS als Resilienzstrategie zu verstehen. Diese Lücke ist indes kaum in einer vierwöchigen Konsultationsphase zu schließen. Stattdessen regen wir an, dass die Bundesregierung im Austausch, insbesondere mit der Wissenschaft, Resilienz stärker verankert (verstanden als die Fähigkeit, die Funktionalität kritischer Systemleistungen auch unter Stress erbringen zu können (wpn2030: Corona: 9)), um das Konzept in seinen ermöglichenden Funktionen für Nachhaltigkeitstransformationen für die Umsetzung der (weiterentwickelten) DNS zu nutzen. (Siehe dazu auch unten die übergreifende Prozessempfehlung unter III.)

5. „Gemeinschaftswerk Nachhaltigkeit“ konkretisieren und umsetzen

Wir begrüßen, dass die Dialogfassung das „Gemeinschaftswerk Nachhaltigkeit“ benennt. Dieses wurde auch von uns in unterschiedlichen Papieren unterstützt. Es gilt nun das „Gemeinschaftswerk Nachhaltigkeit“ weiter zu konkretisieren und zügig umzusetzen. Insbesondere scheint uns eine fruchtbare Verbindung zwischen dem „Gemeinschaftswerk Nachhaltigkeit“, das den „gesellschaftlichen Akteuren“ zugeordnet wird, und der DNS genauso lohnend wie noch weiterhin klärungsbedürftig. Der in der Dialogfassung aufscheinende Fokus auf das Engagement vornehmlich junger Menschen sei auch in diesem Zusammenhang unterstrichen. Die wpn2030 hat dies beispielsweise mit ihrem „Change Forum“ aufgegriffen und bringt sich auch zukünftig gerne dazu ein.

6. Pilotprojekt zur Verknüpfung der SDGs/DNS mit dem Bundeshaushalt umsetzen

Das angekündigte Pilotprojekt unter Federführung des BMF zur stärkeren Verknüpfung von SDGs/DNS und dem Bundeshaushalt ist eine Innovation, die wir unterstützen und aufmerksam begleiten werden. Jetzt gilt es, das Vorhaben voranzubringen und klare Ziele dafür auszuarbeiten, wie und in welchem Umfang der Bundeshaushalt sich an Nachhaltigkeitskriterien orientieren sollte. In diesen Fragen sind Bezüge zu Europa von zentraler Bedeutung und im Pilotvorhaben mit zu erfassen – von der Überprüfung der Einbindung in das Europäische Semester, und da vor allem die „budgetary surveillance“, bis zur Überwachung der Umsetzung der nationalen Energie- und Klimapläne im Rahmen der EU-Energy-Union-Governance. Nicht nur für den Bereich der Finanzen gilt, dass Deutschland noch stärker dazu beitragen sollte, mit seinen Ideen ambitionierte europäische Standards zu ermöglichen und (weiter-) zu entwickeln. Zugleich sollte das für die Länder und kommunale Ebene anschlussfähig sein, wofür der Bund einen Rahmen setzen könnte, innerhalb dessen dann flexibel operiert werden kann. Es sollte zügig eine Roadmap dafür erstellt werden, wie dies prozessiert werden könnte. Die nachhaltigkeitsorientierte Ausrichtung des coronabedingten Konjunkturprogramms ist in Teilen erkennbar und zu begrüßen, benötigt allerdings noch eine intensivere

Verknüpfung mit Nachhaltigkeitsvorgaben und -zielen, z. B. solche, die von der „Taxonomie“ abgedeckt sind. Dieser Rückenwind kann auch für das Pilotprojekt hilfreich sein, auch für ein zügiges *Mainstreaming* des Pilot-Vorhabens.

7. Die „In, mit und durch Deutschland- Konzeption“

konsequent auf verschiedenen Ebenen umsetzen

Mit Bezug auf die Indikatoren und Maßnahmen zur Umsetzung „in Deutschland“ betonen wir nochmals, dass diese mit konkreten Lebenserfahrungen von Bürger*innen korrespondieren sollten, beispielsweise auf kommunaler Ebene, um wirksam zu werden. Über das „Gemeinschaftswerk Nachhaltigkeit“ sollte die Bundesregierung das Engagement und der Ideenreichtum der Bürger*innen mobilisieren und unterstützen. Auf Ordnungsrecht sollte dort zurückgegriffen werden, wo es systemischer Veränderungen bedarf. Das gilt beispielsweise auch im Hinblick auf die „Durch Deutschland“-Ebene, wie aktuell beim Lieferkettengesetz. Für die internationalen Ebenen („Mit“ und „Durch“) haben wir bereits mehrere Vorschläge auch für ergänzende Indikatoren benannt; in der Dialogfassung fehlen sie weiterhin. Die internationalen Elemente der DNS sind nicht zuletzt von besonderer Bedeutung für die zweite Berichterstattung Deutschlands bei den Vereinten Nationen (Voluntary National Review 2021). Wir empfehlen, bereits jetzt in der DNS gut sichtbar und überzeugend zu verankern, was Deutschland im kommenden Jahr auf der internationalen Bühne beim Hochrangigen Politischen Forum (HLPF) zu nachhaltiger Entwicklung präsentieren möchte. International stürzen die sozialen wie ökonomischen Folgen von Corona viele Länder bei der Umsetzung der Agenda 2030 in eine Krise. Dieser Herausforderung sollte sich Deutschland aber auch Europa insgesamt stärker stellen (z. B. über die Außenwirkung des Green Deal), und Wissenschaft könnte dafür bestehende Empfehlungen bündeln und diese in einen hochrangigen Dialog mit der Politik einbringen.

8. Naturressourcen stärken, und Landnutzungssysteme überprüfen und ggf. ändern

Die Wissenschaft erarbeitet seit vielen Jahren konkrete Veränderungsvorschläge zu einzelnen Politikfeldern, seit der Verabschiedung der SDGs auch verstärkt entlang dieser. Planetare Belastungsgrenzen als „Leitplanken“ menschlichen Handelns zu begreifen, wird auch von der DNS hervorgehoben. Beispielhaft mit Bezug auf die Ausführungen zu SDG 15 in der DNS ist weiterhin festzuhalten: Naturressourcen und Landnutzungssysteme sollten systemisch betrachtet werden, und noch stärker betont werden sollte das Angewiesensein auf regionale Landwirtschaft, die Probleme der Forstwirtschaft und der Erhalt der „cultural and regulating ecosystem services“. Hier sind auch die Ergebnisse der Zukunftskommission Landwirtschaft von Bedeutung sowie deren Aufnahme, Reflektion und Umsetzung. Auch dies werden wir sehr aufmerksam und kritisch begleiten. Darüber hinaus hat beispielsweise die Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES) in ihrem jüngsten Pandemie-Bericht noch einmal die entscheidende Rolle von Biodiversität und intakter Ökosysteme z. B. zum Schutz vor Zoonosen herausgearbeitet. Der Schutz von Biodiversität, auch im Zusammenspiel mit der Klimapolitik, muss zu einem Topthema bzw. als eigenständiger Transformationsbereich jetzt zwingend aufgewertet werden.

III. Ausblick und ein Prozessvorschlag

Wir empfehlen dringend, die Konsultationsbeiträge zur Dialogfassung jetzt zügig auszuwerten, die Beratungen dann rasch zu einem Abschluss zu bringen und die neue Strategie spätestens im Frühjahr 2021 im Bundeskabinett zu beschließen. Die Weichen für die *decade of action* müssen jetzt gestellt werden.

Die Dialogfassung zeigt indes aber auch, dass grundlegendere Weiterentwicklungen notwendig bleiben, beispielsweise im Bereich der substantiellen Verzahnung mit Resilienz und Krisenfestigkeit, der europäischen Dimension sowie der Steigerung der DNS-Steuerungskapazität und politischen Relevanz. Die wpn2030 regt daher an, dass sich im Austausch zwischen Bundesregierung und Akteuren der Nachhaltigkeitsarchitektur und -governance in den kommenden Monaten in einem „Perspektiven-Papier/ Prozess“ darauf verständigt wird, welche Umsetzungs- und Weiterentwicklungsschritte mit Blick auf die neue Legislaturperiode priorisiert und wie diese strategisch vorangetrieben werden sollten. Der im o. g. „Offenen Brief“ vorgeschlagene Austausch zur bisherigen Konsultation und Weiterentwicklung kann ein erster Schritt in diesem Prozess sein.

Pressestatement

"Bundestag läutet Neustart für Nachhaltigkeit ein - jetzt ist die Regierung am Zug"

(Potsdam, 21. September 2020). Pressestatement zum Bundestagsbeschluss „Nachhaltigkeit ist Richtschnur unserer Politik“.

Hintergrund: In der ersten Generaldebatte „Nachhaltigkeit“ vergangene Woche [wurde vom Bundestag der Antrag der Fraktionen CDU/CSU und SPD „Nachhaltigkeit ist Richtschnur unserer Politik“ beschlossen](#). Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, zur Mitte jeder folgenden Legislaturperiode eine umfassende Bestandsaufnahme zur Umsetzung und Erreichung der 17 Nachhaltigkeitsziele im Rahmen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie durchzuführen. Auf Grundlage dessen sind künftig für jedes Nachhaltigkeitsziel Zielsetzungen für die Legislaturperiode vorzunehmen und ein Maßnahmenkatalog ist vorzuschlagen. Die Umsetzung soll von nun an jährlich vom Bundestag in einer Nachhaltigkeits- und Klimawoche überprüft und kommentiert werden.

Die Co-Vorsitzenden der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (wpn2030) Prof. Patrizia Nanz, Prof. Daniela Jacob, Prof. Christa Liedtke kommentieren: „Das ist ein lang ersehnter Neustart für Nachhaltigkeit, den der Bundestag eingeläutet hat, kurz vor dem fünften Jahrestag der Verabschiedung der Sustainable Development Goals (SDGs) am 25. September 2020. Damit sind für die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie wirkungsvolle Umsetzungsverfahren benannt – so wird sie auch besser liefern können. Und das wird allerhöchste Zeit, denn der Klimawandel bestimmt zunehmend die Schlagzeilen, und Fragen rund um knappe Ressourcen stehen genauso auf der Agenda wie jene des sozialen Zusammenhalts in unserer Gesellschaft. Aber: Jetzt ist die Bundesregierung am Zug, den Beschluss konsequent umzusetzen. Und dabei gilt es insbesondere Grundlagen zu schaffen, damit die Mechanismen auch greifen können, und das heißt: Die bestehenden Governance-Strukturen für Nachhaltigkeit müssen deutlich fortentwickelt werden.“

Die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 hat bereits jüngst in ihrem Empfehlungspapier „Nachhaltig aus der Corona-Krise!“ empfohlen: dass das Bundeskanzleramt in seiner Kapazität für die Vorgabe von Richtlinien und die operative Führung der Nachhaltigkeitsprozesse innerhalb der Bundesregierung durch mehr Leitungskompetenz noch zu stärken ist, beispielsweise durch die Einführung eines/einer Staatsministers/-in oder Beauftragten für Nachhaltigkeit. Auch sollte ein institutionalisierter Austausch mit dem Bundestag stattfinden, der jetzt von ihm mit Nachdruck eingefordert worden ist. Dadurch würde auch sichergestellt, dass Nachhaltigkeitsfragen eine gestärkte Präsenz in der Öffentlichkeit erhalten. Die aktuelle Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie gilt es dafür jetzt ambitioniert umzusetzen – sie sollte in diesen Fragen nicht hinter den Parlamentsbeschluss zurückfallen.“

[Das wpn2030-Empfehlungspapier “Nachhaltig aus der Corona-Krise!” zum Download](#)

[Weitere Informationen zum Bundestagsbeschluss](#)

Die wpn2030 ist ein zentraler Ort der Wissenschaft, an dem sie drängende Fragen der Nachhaltigkeitspolitik diskutiert – im Austausch mit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wissenschaftliche Träger sind das IASS Potsdam, SDSN Germany und DKN Future Earth.

Weitere Informationen: www.wpn2030.de

Kontakt:

Bastian Strauch, Pressereferent wpn2030
bastian.strauch@iass-potsdam.de
 0331 2882 2319

Nachhaltig aus der Corona- Krise!

Impulse aus der Arbeit der Wissenschaftsplattform
Nachhaltigkeit 2030 zur Stärkung deutscher
Nachhaltigkeitspolitik





Inhalt

Nachhaltig aus der Corona-Krise!

Impulse aus der Arbeit der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 zur Stärkung deutscher Nachhaltigkeitspolitik

Präambel	S. 3
Einleitung	S. 4
Die Empfehlungen in der Übersicht	S. 5
1. Systemisches Denken und Handeln in der Nachhaltigkeitspolitik durch Wissenschaft untersetzen und wirksamer machen	S. 6
2. Krisenfestigkeit durch die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie stärken	S. 9
3. Politische Relevanz der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie stärken	S. 13
4. Empfehlungen für beispielhafte Transformationsfelder	S. 19
Quellen und Verweise	S. 23

Empfohlene Zitierweise:

wpm2030 - Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (2020).
Nachhaltig aus der Corona-Krise! Impulse aus der Arbeit der
Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 zur Stärkung deutscher
Nachhaltigkeitspolitik

DOI: 10.2312/iass.2020.046

Nachhaltig aus der Corona-Krise!

Impulse aus der Arbeit der wpn2030 zur Stärkung deutscher Nachhaltigkeitspolitik

Präambel

Mit dem vorliegenden Impulspapier „Nachhaltig aus der Corona-Krise!“ gibt die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (wpn2030) der Bundesregierung Empfehlungen, wie die Bewältigung der Pandemie zur Stärkung von nachhaltiger Entwicklung beitragen und damit auch als Motor für ein Resilienzmanagement für die Zukunft dienen kann. Die Empfehlungen adressieren insbesondere die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS).

Die wpn2030 knüpft mit diesem Impulspapier an das wpn2030-Reflexionspapier von 2019 zur Weiterentwicklung der DNS¹ an und spricht sich nachdrücklich für die systematische Verbindung von Krisenbewältigung und Nachhaltigkeit aus, worauf neben anderen Stellen insbesondere auch die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina hingewiesen hat.²

Eingeflossen sind unter anderem: Ergebnisse einer vierwöchigen Online-Konsultation der wpn2030 zur Corona-Pandemie mit insgesamt 75 Einzelbeiträgen (www.wpn2030.de/ergebnisbericht-konsultation-corona); Beiträge und Inter-

views von Lenkungskreismitgliedern und weiteren Akteuren und Akteurinnen der wpn2030-Arbeitsprozesse und aus wissenschaftlichen Beiräten der Bundesregierung; Abschlussberichte der wpn2030-Arbeitsgruppen sowie das wpn2030-Reflexionspapier von 2019 zur Weiterentwicklung der DNS; Stellungnahmen und Beiträge der wissenschaftlichen wpn2030-Trägerorganisationen (DKN Future Earth, IASS, SDSN Germany). Den weiteren Hintergrund der Ausführungen bildet eine erste Analyse durch die Geschäftsstelle der wpn2030 von wissenschaftlichen Papieren, relevanten Stellungnahmen und Positionspapieren einschlägiger Organisationen, beispielsweise jener, die Teil des „Forum Nachhaltigkeit“ des Bundeskanzleramtes sind. Diese umfassen bislang über 80 Einzelbeiträge.

Das vorliegende Impulspapier der wpn2030 speist sich – ganz im Sinne ihres Mandats als Plattform – aus teilweise eigenständigen Arbeitsprozessen, daher liegt ihm kein vollständiger Abstimmungsprozess im wpn2030-Lenkungskreis zugrunde.*

* Dieses Impulspapier gibt den Stand laufender Arbeitsprozesse und wissenschaftlicher (Teil-)Diskurse der Plattform wieder, deren Entwicklung und Inhalte transparent gemacht und dem weiteren Diskurs immer wieder zur Verfügung gestellt werden. Für die Politik werden kontinuierlich Handlungsempfehlungen von den beteiligten Akteuren abgeleitet (beispielsweise in Arbeitsgruppen), moderiert durch die Co-Vorsitzenden der Plattform und unterstützt von der Geschäftsstelle. Die Politik-Wissenschafts-Interaktion und deren strukturelle und qualitative Entwicklung ist eine gemeinsame Aufgabe von Wissenschaft, Politik und weiteren Gesellschaftsvertreter*innen, um die jeweiligen Kompetenzen für die Bewältigung von Krisen und Herausforderungen bestmöglich verfügbar zu machen.



Einleitung

Etliche Pandemien, wirtschaftliche und soziale Krisen hat die Menschheit bereits durchlebt – aber keine von ihnen ist mit der Corona-Krise in vollem Umfang vergleichbar. Charakteristisch für sie ist das immense Ausmaß an rasant ablaufenden und global parallel wahrnehmbaren Wechselwirkungen zwischen Systemen auf unserem Planeten und ihre möglicherweise existentiellen Auswirkungen auf jeden einzelnen Staat und jeden einzelnen Menschen. Die gegenwärtige Krise bringt den hohen Grad an Verbindung und Fragilität unserer gesellschaftlichen Systeme (wie etwa Wirtschafts-, Gesundheits- und Sozialsysteme) zum Vorschein, ebenso wie ihre engen Verflechtungen mit ökologischen Systemen. Die Corona-Krise erfasst Nachhaltigkeit in umfassender Weise. Sie betrifft die ökologischen, sozialen und ökonomischen Dimensionen in unterschiedlicher Form, verstärkt Einkommensungleichheit und reduziert vermutlich auch Teilhabe an politischen Prozessen. Begleitforschung sollte sich diesen Themen widmen, da Nachhaltigkeitsstrategien (weltweit) durch Corona auf neue „Startblöcke“ gesetzt werden.

Die bislang beispiellose Krise kann beispielhaft werden

Mit ihren vielfachen und existenziell bedrohlichen Wechselwirkungen ist die Krise ein Warnsignal, auch in Bezug auf die Dringlichkeit von nachhaltiger Entwicklung und folglich auch der Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS). Die Erschütterung durch das Coronavirus ist eine Herausforderung für alle Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft, die Corona-Krise hat die Gesellschaft schon jetzt verändert. So beispiellos sie verglichen mit bisherigen Krisen ist, etwa der Ölkrise der 70er Jahre, der Finanzkrise von 2008 oder dem Ozonloch, der HIV-Krise der 90er Jahre oder Ebola, so beispielhaft kann sie für kommende Krisen im Anthropozän³ sein. Klimawandel, Biodiversitätsverlust oder auch Bodendegradation, ebenso wie steigende Ungleichheiten und gesundheitlich wie sozial prekäre Lagen in auseinandertriftenden Gesellschaften: Nach allem, was wir heute wissen können, ist mit außerordentlichen, zerstörerischen Rückkopplungseffekten zwischen ökologischen und gesell-

schaftlichen sowie innerhalb von gesellschaftlichen Systemen zu rechnen.

Durch nicht nachhaltiges Leben und Wirtschaften können Krisen entstehen, die mit der Corona-Krise vergleichbar sind. Sie nimmt viele systemische Effekte solcher Krisen im Zeitraffer vorweg. Aus dieser Erfahrung gilt es zu lernen. Die Corona-Krise mahnt uns, konsequent nachhaltige Pfade einzuschlagen, um solche Krisen zu verhindern oder ihre Verläufe zu mildern.

Sie mahnt uns ferner, dass wir die „Tragödie von Langzeitzielen“ überwinden müssen, die dazu verführen, dringend nötige Maßnahmen zwar für die Zukunft in Aussicht zu stellen, aber nicht im Hier und Jetzt in Angriff zu nehmen. Die Offenheit des wissenschaftlichen Erkenntnishorizontes darf nicht dazu führen, bereits als notwendig erkannte Maßnahmen weiter in die Zukunft zu verschieben. Genauso sind die bereits bekannten wissenschaftlichen Erkenntnisse, etwa zum Klimawandel und zum Biodiversitätsverlust, und die damit verbundenen schrumpfenden Zeithorizonte in die Politikplanungen einzubeziehen. Nachhaltigkeit kann nur dann wirksam zur Resilienz gegenüber zukünftigen Krisen beitragen, wenn sie rechtzeitig umgesetzt wird. Nachhaltigkeit in räumlicher und zeitlicher Dimension zu denken und umzusetzen ist daher das Gebot der Stunde. Aufmerksamkeit und konkrete Maßnahmen für eine systemische und strukturell wirkende Vorsorgeorientierung dürfen nicht länger durch einen isoliert-temporären Fokus auf einzelne Krisenherde ausgehebelt werden.

Und nicht zuletzt wird immer deutlicher, dass das Konzept der Nachhaltigkeit entgegen seiner ursprünglichen Idee der Verstetigung und des Überdauerns heute stärker mit dem Effekt disruptiver Veränderungen umzugehen hat und solche Veränderungen womöglich sogar selbst für eine stetige Verwirklichung von Nachhaltigkeit ins Feld geführt werden müssen. Die Corona-Krise fordert dazu auf, wie jedes disruptive Ereignis, Strukturen zu hinterfragen. Sie ist in vielem eine Grundlagenkrise und ihre Bewältigung wird Jahre in Anspruch nehmen: Das wird Zeit und Mittel kosten, die knapp sind, um die nötigen

Transformationen wie etwa zum Klimawandel anzugehen und die daher jetzt nachhaltig ausgerichtet sein müssen.

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ins Zentrum des Regierungshandelns rücken

Die DNS gilt es vor dem Hintergrund der Pandemie-Bewältigung entsprechend weiterzuentwickeln und ins Zentrum des Regierungshandelns zu rücken. So kann die DNS langfristig zentral zur gesellschaftlichen Krisenfestigkeit beitragen und Nachhaltigkeit zum Leitfaden von Regierungsführung und zur Orientierung des Handelns aller in unserem Land machen. Dabei muss die DNS aktiv die globalen Systemabhängigkeiten und Rückkopplungseffekte sowie die sozial-ökologischen Interdependenzen adressieren, denn steigende Armut sowie Hunger und Klimawandel bedingen einander. Genauso können pandemiebedingt unterbrochene Lieferketten und im Fol-

genden eine Strategie der Fokussierung auf eine stärker regionalwirtschaftliche Kreislaufwirtschaft in Deutschland beispielsweise in anderen Regionen der Welt zu sozial und ökonomisch prekären Lagen in vorher potenziell mitgestalteten Wertschöpfungsketten führen.⁴

Angesichts dieses Befundes empfiehlt die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 der Bundesregierung, zum einen mit nachhaltigen Mitteln aus der Krise zu kommen und zum anderen im Lichte der Corona-Krise ihre Nachhaltigkeitspolitik – insbesondere mittels der DNS – auszubauen, mit zeitnahe und gleichzeitig zukunftsfähigem Handeln zu verbinden und zum Haltepunkt für die von allen Seiten angestrebte gesellschaftliche Krisenfestigkeit zu machen. Nachhaltigkeit und Resilienz bedingen einander und sollten in der DNS strategisch integriert werden.⁵

Dafür gibt die wpn2030 der Bundesregierung folgende Empfehlungen:

1. Systemisches Denken und Handeln in der Nachhaltigkeitspolitik durch die Wissenschaft stärken

- 1.1 Einen wissenschaftlichen 360°-Krisen-Scan als Vorausschau und Wirksamkeitsprüfung in der Politik einführen
- 1.2 Das Science-Policy-Interface ins Zentrum der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie rücken

2. Krisenfestigkeit durch die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie stärken

- 2.1 Resilienz und Nachhaltigkeit über die DNS zusammenführen
- 2.2 Vorsorge in der DNS stärken und Daseinsvorsorge durch die DNS unterstützen
- 2.3 Breites Innovationsverständnis in der DNS verankern
- 2.4 Neustart jetzt in Richtung Nachhaltigkeit nutzen

3. Politische Relevanz der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie stärken

- 3.1 Die Gestaltungsfunktion der DNS stärken
- 3.2 Leitungskompetenz für Nachhaltigkeit auf nationaler Ebene einführen, um Potenziale der DNS besser zu nutzen
- 3.3 Föderale Dynamiken durch die DNS nutzen und Multi-Stakeholder-Initiativen fördern
- 3.4 Komplementarität des European Green Deal und der DNS nutzen
- 3.5 Internationale Dimensionen stärken

4. Empfehlungen für beispielhafte Transformationsfelder

- 4.1 Transformationsfeld „Arbeit“
- 4.2 Transformationsfeld „Digitalisierung“
- 4.3 Transformationsfeld „Konsum und Produktion“
- 4.4 Transformationsfeld „Mobilität“

Empfehlung 1

Systemisches Denken und Handeln in der Nachhaltigkeitspolitik durch die Wissenschaft stärken

Die Corona-Krise mit ihren tiefgreifenden Konsequenzen und Wechselwirkungen hat verdeutlicht, wie sehr es für ihre Bewältigung auf systemisches Denken⁶ und Handeln ankommt – und wie sehr diese auf Wissen zu Ursachen, Zusammenhängen und auf Vorausschauen basieren.⁷ Insofern ist unsere Gesellschaft für ihre Anpassungsfähigkeit an systemische Krisen wie Corona oder die drohende Klimakrise auf eine neue Qualität der Bündelung von System-, Orientierungs- und Transformationswissen angewiesen.⁸ Dafür ist Wissenschaft in hohem Maße gefragt – und dabei auch, sich selbst und ihren Einfluss auf das gesamte System der Mensch-Umwelt-Interaktion zu reflektieren und Veränderungen im Wissenschaftssystem und in der Wissenschaftspolitik anzustoßen.⁹

Für die Bewältigung der Corona-Krise erweist sich ein gutes Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik als grundlegend. Dieses ist genauso konstitutiv für die Übersetzung der SDGs in die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) – um zum einen Forschungsergebnisse zu generieren, die gewonnenen Erkenntnisse kritisch reflektierend zu erläutern und zum anderen in der Politik aufzunehmen, ihre Schlussfolgerungen dem Diskurs zu stellen und in politisches Handeln umzusetzen. Dafür gilt es, das Verhältnis von Wissenschaft und Politik im Rahmen der DNS weiter zu stärken.

1.1 Einen wissenschaftlichen 360°-Krisen-Scan als Vorausschau und Wirksamkeitsprüfung in der Politik einführen

Wissenschaftliche Kontextbetrachtungen von gesellschaftlichen Herausforderungen auf Basis aktueller und historischer Erfahrungen sollten in höherem Maße als bisher politischen Maßnahmen als Orientierung zur Verfügung stehen. Ebenso gilt es, für die Vorausschau von politischem Handeln beziehungsweise Nicht-Handeln wissenschaftliche Diskurse stärker zu setzen und mit einzubeziehen.

Dies ist grundlegend, um mögliche Vorbereitungen auf eine Bewältigung potenzieller systemischer Krisen besser planen und steuern zu können. Dies benötigt eine effektive Governance-Struktur zwischen Politik und Wissenschaft sowie Gesellschaft, um einen „360°-Krisen-Scan“ zu ermöglichen.

Die Corona-Krise ist ein akutes Beispiel für die systemische Natur gegenwärtiger globaler Krisen¹⁰ und damit auch für die Relevanz von wissenschaftlicher Kontextbetrachtung und Vorausschau – nicht zuletzt hinsichtlich der seit einigen Jahren laufenden internationalen Diskussionen zu neuen Infektionskrankheiten (Emerging Infectious Diseases, EID), die zu zwei Dritteln zoonotischer Natur sind, d. h. von Tieren auf Menschen übertragen werden bzw. umgekehrt.¹¹ Die Risiken durch die auf dem Vormarsch befindlichen EIDs sind nicht isoliert zu verstehen. Sie hängen mit Entwicklungen wie der Biodiversitätskrise und dem Klimawandel direkt und indirekt zusammen.¹²

Eine Trennung von Gesundheit und „Umweltthemen“ wie dem Klimaschutz ist längst nicht mehr

aktuell. Tatsächlich stehen systemische Kopplungen von ökologischen und soziotechnischen Dynamiken zunehmend im Zentrum gegenwärtiger Forschung. Damit wird auch klar, dass Nachhaltigkeit nicht allein für Fragen einer effektiven Krisenbewältigung ins Spiel kommt, sondern auch im Hinblick auf ein besseres Verständnis der Ursachen einer Pandemie wie Corona. Der Erhalt widerstandsfähiger Naturräume, die Stabilisierung regionaler Ökosysteme sowie auch der globale Klimaschutz sind neben der grundlegend notwendigen Bekämpfung von Armut und Hunger u. a. in einer Welt nach der Corona-Pandemie eine wesentliche und vergleichsweise günstig zu bekommende Vorsorge gegen ruinöse Pandemien. Konsequenter Klima- und Artenschutz bedeuten also auch effektiver Gesundheitsschutz.¹³ Das zeigen neue Konzepte in der Gesundheitsforschung wie „One Health“ und „Planetary Health“, die dem Umstand des elementaren Zusammenhangs zwischen Tier-, Umwelt- und menschlicher Gesundheit bereits Rechnung tragen.¹⁴ Die SDGs adressieren die dafür notwendigen interdependenten Handlungsfelder und bilden damit den strategischen Orientierungsrahmen.¹⁵ „One Health“- oder „Planetary Health“-Ansätze sind etwa auf eine solche Zusammenschau angewiesen. Der Rahmen der SDGs ist durch die DNS noch weiter zu stärken, um ihn konsequenter als bislang in den einzelnen Anwendungsfeldern der Ressorts zu nutzen.



„Die Bundesregierung befindet sich aktuell in der Aktualisierung ihrer Strategie für globale Gesundheit von 2013, in der eine Verzahnung mit den Zielen nachhaltiger Entwicklung vorgenommen werden könnte. Eine Strategie für die öffentliche Gesundheit in Deutschland selber liegt bislang weder vor, noch ist sie geplant. Der European Green Deal, der u.a. Themen der planetaren Gesundheit adressiert, spricht an einzelnen Stellen auch Gesundheitsziele an, klammert aber den Transformationsbereich ‚human well-being and capabilities‘ bislang aus. Insgesamt sind die Gesundheits- und Nachhaltigkeitsdiskurse sowie die entsprechenden Konzepte und Strategien vergleichsweise schlecht miteinander verbunden.“¹⁶ (SDSN Germany)

Bei vielen auch systemischen Krisen entfällt anders als bei der Corona-Pandemie die (kollektive) Erfahrung von Krise oder gar Panik. Insofern muss die Motivation, dennoch zukunftsorientiert zu handeln, aus weiteren Quellen als der der Wahrnehmbarkeit gespeist werden, insbesondere durch wissenschaftliche Vorausschau.¹⁷ Diese Problemsituation ist nicht neu. In Zeiten des Anthropozäns¹⁸ ist ein erfolgreicher Umgang mit dieser Problemsituation allerdings Voraussetzung für Zukunftsfähigkeit und Resilienz geworden. Genauso gilt es, die Erfahrungen der Selbstwirksamkeit der Bürger*innen während der Corona-Krise im Zusammenhang mit wissenschaftlichen und präventiven Strategien sowie deren interaktive Strategien weiterzuentwickeln. Darin liegt ein großes Potenzial für die Förderung resilienter Gesellschaften „von innen heraus“, der Nutzung der in der Gesellschaft verankerten Kompetenzen und Potenziale. Diese Potenziale können zugleich für die Anwendung auf langfristige Ereignisse wie den Klimawandel oder die Bekämpfung einer vorschreitenden gesellschaftlichen Ungleichheit angewandt werden.¹⁹



„Gleichzeitig wurden in Deutschland und in anderen Ländern politische Maßnahmen mit dem Rat der Wissenschaft begründet und wenn nötig, angepasst. So wurden gleich mehrere Resilienzfaktoren der Psyche angesprochen: Selbstwirksamkeitsüberzeugung, also das Gefühl, mit dem eigenen Handeln gezielt Einfluss auf die Dinge und die Welt nehmen zu können, die eigene Problemlösekompetenz und Selbststeuerungsfähigkeit. Der vielleicht zentralste Faktor ist aber die Partizipation – die Beteiligung und vielleicht sogar Mitwirkung an den Geschehnissen, die durch diese transparente Kommunikation zumindest ansatzweise transportiert wurde.“²⁰ (Jörg Fegert, Vera Clemens)



1.2 Das Science-Policy-Interface ins Zentrum der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie rücken

Um wissenschaftliche Kontextbetrachtung und Vorausschau besser ins politische Handeln einzubinden, sollte das Science-Policy-Interface ins Zentrum der DNS gerückt werden.²¹ Die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 ist für die Agenda 2030 und die DNS systematisch in die Steuerungs-, Dialog- und Umsetzungsprozesse eingebunden, um die Debatte über die Nachhaltigkeitspolitik wissenschaftlich fundiert bearbeiten zu können.²² Für eine weiterentwickelte DNS sollte das noch stärker die Bearbeitung aufkommender Themen und eine wissenschaftliche Vorausschau für Krisen wie auch neuer Möglichkeitsräume umfassen.

Zugleich bleibt die wpn2030 weiterhin ein kontinuierlicher und für alle Akteur*innen offener wissenschaftlicher Begleitprozess für Transformationen und sie sollte neben den bestehenden Begegnungsräumen für Beiräte auch für thematisch fokussierte Plattformen sowie Forschungsprogramme für Nachhaltigkeitsfragen genutzt werden. In Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Nachhaltigkeitspolitik sollte die DNS die verschiedenen Strategien der Bundesregierung zu-

sammendenken und zukünftig noch stärker dazu beitragen, diese dadurch auch politisch besser zu vernetzen und wirksamer zu gestalten.

Auf der Seite der Wissenschaft sollten Prozesse verstärkt unterstützt werden, die die Konsequenzen von Krisen wie der Corona-Pandemie reflektieren und Neuausrichtungen, thematisch wie methodisch, in der Wissenschaft sowie in der Wissenschaft-Politik-Interaktion mit anstoßen. Mit Bezug auf die Voraussetzungen erfolgreicher wissenschaftlicher Politikberatung ist zudem eine „Neuausrichtung wissenschaftlicher Anreizsysteme um gesellschaftsorientierte, trans- und interdisziplinäre sowie auf nachhaltige Entwicklung fokussierte Arbeit zu würdigen“ und weiter voranzutreiben.²³

Die Empfehlungen aus dem Beirätedialog 2019 sollten aufgegriffen und umgesetzt werden. Das umfasst beispielsweise die Interaktion der Beiräte mit den für sie zuständigen Ressorts, die Aufnahme deren Ratschläge und Fortentwicklungen für ein effektives Interface-Design, deren Ausstattung oder die Kommunikation ihrer Ergebnisse.²⁴

Empfehlung 2

Krisenfestigkeit durch die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie stärken

Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) ist prinzipiell als ein Instrument angelegt, das eine systemisch agierende Politik, auch mit europäischer und internationaler Perspektive, fördert und somit auch die Widerstandsfähigkeit hinsichtlich Krisen wie Corona. Allerdings: Die DNS ist konzeptionell wie politisch noch nicht ausreichend anschlussfähig für die Herausforderungen von Pandemien im Besonderen und von systemischen Krisen im Allgemeinen. Dies zeigt nicht nur die laufende Pandemie auf, sondern auch der beschleunigt fortschreitende Klimawandel. Sie muss insbesondere auch die zeitliche Dringlichkeit politischer Maßnahmen stärker einbeziehen, um der Tragödie von Langzeitzielen, d. h. der zeitlichen Verschiebung der in Inangriffnahme ehrgeiziger Ziele, zu begegnen. Genauso ist eine ambitionierte Übersetzung der SDGs in die DNS teilweise noch immer ausstehend.²⁵

Dieser Befund betrifft sowohl die genannte strategische Vorausschau als auch den erfolgreichen Umgang, deren Folgen und nächste, systemhafte Veränderungen: durch die Erderwärmung, durch Ungerechtigkeit – auch in ihren Konsequenzen für Fluchtursachen –, durch Verhinderung von Teilhabe, durch Raubbau und Zerstörung der Biodiversität, durch mangelnde Gesundheitsvorsorge oder durch umfassende Folgen etwa mehrerer Dürrejahre.²⁶ Es gilt also die von der Bundesregierung ohnehin geplante Weiterentwicklung der DNS jetzt zu nutzen, um sie in ihren konzeptionellen Bausteinen, in der Nachprüfbarkeit ihrer Umsetzung sowie in ihrer zeitlichen Konkretisierung so weiterzuentwickeln, dass sie tatsächlich zur Krisenfestigkeit unserer Gesellschaft beitragen kann.

2.1 Resilienz und Nachhaltigkeit über die DNS zusammenführen

Die Corona-Pandemie offenbart die Verletzlichkeit unserer gesellschaftlichen Systeme auf drastische Weise. Folglich sollte Resilienz politisch wie auch wissenschaftlich mit Nachhaltigkeit noch enger verknüpft werden und dabei das interdependente Leben und Überleben auf dem Planeten und den politischen Kanon der SDGs zusammenbringen.

„Im Hinblick auf Resilienz muss die Funktionalität kritischer Ökosystemdienstleistungen auch dann

gewahrt bleiben, wenn das System unter Stress steht. Im Hinblick auf Nachhaltigkeit sollen menschenwürdige Lebensbedingungen für gegenwärtige und zukünftige Generationen“ entwickelt werden und, wo bereits gegeben, erhalten bleiben.²⁷ Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie sollte als Ort genutzt werden, um diesen Austausch zwischen Resilienz und Nachhaltigkeit in Deutschland, Europa und weltweit voranzubringen und in seiner Temporalität zu präzisieren.



„Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) geht implizit weitgehend von einer graduellen Transformation ohne größere Störung aus. Dies ist nachvollziehbar und für die Zielsetzung in erster Ordnung auch sinnvoll. Für eine Weiterentwicklung der DNS im Hinblick auf eine bessere Zukunftsfähigkeit sollten u. E. Risiken durch Extremereignisse und deren Einwirkungen auf natürliche und sozioökonomische Systeme stärker berücksichtigt werden, so dass eine risikobewusste Strategie (risk aware development strategy) entwickelt werden kann. [...] Ziel einer Weiterentwicklung der DNS sollte daher sein, eine möglichst optimale gesellschaftliche Resilienz gegenüber diesen ‘Hazards’ zu erreichen.“²⁸ (Markus Reichstein)

Es gilt, die Zusammenhänge zwischen (Nachhaltigkeits-)Transformationen und Resilienz noch besser zu verstehen, auch jenseits der Beachtung von Extremereignissen.²⁹ Transformationen sind mehr als Implementierungsprozesse für vorab festgesetzte Ziele. Sie sind als krisenrobuste Mechanismen bzw. iterative Lernprozesse zu verstehen und durch konkrete, zeitnahe, möglicher-

weise auch unbequeme bis einschneidende Maßnahmen zu gestalten. Das schließt ein, durch Transformationen auf Möglichkeiten, die sich insbesondere immer wieder auch in Krisensituationen ergeben, zielgerichtet und zügig zu reagieren.

Die Corona-Pandemie hat einerseits bestehende systemimmanente Schwächen nochmals vertieft, von der Anfälligkeit globaler Liefersysteme bis zum sozialen Gefälle im Bereich der Bildungschancen.³⁰ Die Bundesregierung sollte die DNS nutzen, um die vielfältigen Warnsignale der Krise systematisch zu analysieren, aus der Analyse zu lernen und die DNS als zentrales strategisches Managementinstrument weiterzuentwickeln und im politischen Entscheidungs- und Sanktionierungsprozess zu verankern. Die Krise zeigt zudem aber auch, dass Kommunen die Orte der Umsetzung von Krisenmanagement sind. Ihre Funktionen und Strukturen dafür gilt es über die DNS und entsprechende Programme zu stärken. Nachhaltigkeits- und Resilienzmanagementsysteme sind hier aus- und aufzubauen. Erfahrungen, die in der Pandemie gewonnenen worden sind, sind grundlegend für die Weiterentwicklung einer gegenwarts- und zukunftsfähigen DNS.³¹ Auch das ist zu analysieren und für weitere Entwicklungen nutzbar zu machen.

2.2 Vorsorge in der DNS stärken und Daseinsvorsorge durch die DNS unterstützen

Vorsorge sollte der Maßstab für die gesellschaftliche Stabilität sein, insbesondere auch jetzt, bei der Bewältigung der Corona-Krise inter-/national.³² Die Abwehr unmittelbarer und akuter Gefahren und die Vorsorge gegen zukünftige Risiken sind zwei Seiten einer Medaille, unterscheiden sich aber im Hinblick auf ihre Rechtsfolgen wie beispielsweise eine zeitweise Einschränkung von Grundrechten.

Um das Vorliegen von Gefahrensituationen respektive die Anhaltspunkte für gebotene Vorsorge

begründet festzustellen und die Wirksamkeit von Maßnahmen zu bewerten, ist die Wissenschaft mit einzubinden. Zugleich gilt es, konsequenter als bislang Vorsorge operativ zu machen und Abhängigkeiten zu hinterfragen: resilientere Lieferketten und Kreislaufwirtschaft, regionalwirtschaftliche Entwicklung, auch in globaler Kooperation, Vorratshaltungen für Medizinprodukte, Eigenbedarfsquoten für strategische Bereiche wie Ernährung wären als beispielhafte Anwendungsfelder zu überprüfen und u. a. mit Beiträgen aus der Wissenschaft weiterzuentwickeln.



„Die Nachhaltigkeitsforschung bzw. der wissenschaftliche Diskurs zur nachhaltigen Entwicklung ist und muss ein Wissenschaftszweig sein, der sich insbesondere der Vorsorge verschreibt, nicht der Nachsorge.“³³
(Busso Grabo et al. 2020)

Eine weitere Konsequenz der Corona-Pandemie ist, das Verhältnis zwischen staatlicher Daseinsvorsorge und Intervention einerseits, privatem Handeln und Verantwortung andererseits neu auszubalancieren. Staatliche Institutionen sollten die technischen Elemente der Daseinsvorsorge (Infrastrukturen) so steuern, dass in subsidiärer

Weise eine zielgerichtete Umsetzung gesellschaftlicher Verantwortung für eine nachhaltige Versorgung etwa mit Energie, Mobilität, Wohnraum, Gesundheit für den/die Einzelne/n möglich und Versorgungssysteme dort, und nur dort wo sinnvoll, mit den Entwicklungsmöglichkeiten des Marktes gekoppelt werden. Die Schnittstellen zwischen diesen Systemteilen sollten möglichst nach einem einheitlichen Konzept transparent gestaltet und einem fortwährenden Begründungszusammenhang ausgesetzt werden.³⁴ Gegenstandsbereiche der Daseinsvorsorge sollten anhand der Lehren von Corona durch die DNS systematisch mit den SDGs abgeglichen und bei Bedarf nachgesteuert werden.

2.3 Breites Innovationsverständnis in der DNS verankern

Innovationen spielen eine zentrale Rolle, um Strukturen resilient und nachhaltig zu gestalten.³⁵ Allgemein geht es daher weniger darum, in einzelnen Innovationen eine Lösung zu suchen, sondern Innovationen immer als Teil eines systemischen Transformationsprozesses zu begreifen, der das gesamte Spektrum der SDGs einschließen sollte.³⁶

Der systemisch-vorausschauende und umsichtige Blick der Nachhaltigkeit sollte noch stärker auf einzelne Innovationsbereiche angewandt werden. Denn anderenfalls droht, dass durch isolierte Betrachtungen und Umsetzungen Chancen verspielt werden, beispielsweise auch beim schnellen Wiederhochfahren wirtschaftlicher Aktivitäten, auch in Zukunftsfeldern wie etwa Wasserstoff oder Mobilität.

Erfolge in der Vergangenheit machen sich heute dort bezahlt, wo aktuelle Krisenerscheinungen besser durchgestanden werden. So sind beispielsweise Digitalisierung, eine interdisziplinäre Ausrichtung, branchenübergreifende und auch regionalwirtschaftliche Netzwerke, innovative und resiliente Kommunen, unternehmerische Flexibilität oder ein differenziertes Verständnis der

eigenen und latenten Stakeholder wichtige Stellenschrauben für ein krisenfestes und resilientes, sprich zukunftsfähiges und nachhaltiges Management von Produktions- und Konsumsystemen.

Dabei fußen nachhaltige (Produktions- und Konsum-)Systeme nicht allein auf technischer Innovation. Die Corona-Pandemie hat insbesondere auch die Bedeutung sozialer Innovationen unterstrichen. In vielen sozialen/gesellschaftlichen Initiativen steckt außerordentliches Potenzial, neue Wege im Umgang miteinander auch nach der Krise zu etablieren bzw. beizubehalten und die Gesellschaft zu stärken. Um das zu verstetigen, sollte neben finanziellen Mitteln, Ressourcenausstattung und anderen Fördermaßnahmen auch die Förderung wissenschaftlicher Untersuchungen vorangetrieben werden, unter anderem zu Entstehungsprozessen und Wirkungen (sozialer) Innovationen für das gesamte Mensch-Umwelt-System.³⁷ Viele auch technische Innovationen beispielsweise im digitalen Bereich funktionieren nur dann, wenn sie lösungs- und bedarfsorientiert gedacht sind und die Ideen von Menschen abbilden. Folglich gilt es, technische Innovation so anzulegen, dass sie der Erreichung der



SDGs dienen, was eine Orientierung an gesellschaftlichen Herausforderungen erfordert.

Nur im Austausch und Miteinander lassen sich Lösungsansätze für hochkomplexe Themen finden und Empfehlungen im Sinne der Nachhaltigkeit für die Innovationsfähigkeit von Wirtschaft und Wissenschaft geben. Aufgabe der DNS ist es, ein Innovationsverständnis zu verankern und umzusetzen, das strukturell auf allen Ebenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Handelns so-

ziotechnische Innovationsaktivitäten in Richtung Nachhaltigkeit fördert. Innovationen sind dabei kein Selbstzweck, sie benötigen Orientierung und müssen Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen bieten. Orientierung bieten die SDGs. Die DNS sollte sich daher im Hinblick auf den Dialog über Innovationen ressortübergreifend in der Politik, interdisziplinär in der Wissenschaft, offen für das nachhaltige Wirtschaften und in Interaktion mit verschiedenen gesellschaftlichen Akteur*innen stärker einbringen.

2.4 Neustart jetzt in Richtung Nachhaltigkeit nutzen

Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung ist für einen Neustart Richtung Nachhaltigkeit und Krisenfestigkeit zu nutzen und durch einen zeitnahen Abbau von direkten und indirekten Subventionen klimaschädlicher fossiler Energieträger zu ergänzen.³⁸

Es ist zu begrüßen, dass die umfangreichen Mittel im Konjunkturpaket neben notwendigen kurzfristigen Unterstützungsgeldern auch in längerfristige Zukunftsfragen investiert werden sollen.³⁹ Und mit dem zu erwartenden ökonomischen Schub ergibt sich eine gleichsam historische Verantwortung. Es gilt insbesondere den Fokus zu richten auf: Entfossilisierung, den Aufbau einer klima- und ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft und den damit verbundenen Lebensstilen und Konsummustern, dafür u. a. eine nicht zuletzt auch gesundheitsfördernde Mobilität, die Ertüchtigung des Gesundheitssystems und die Prävention durch einen „One-Health-Ansatz“ sowie einer nachhaltigen und biodiversitätsfördernden Landwirtschaft und Ernährungsweise.⁴⁰

Die kürzlich verabschiedete EU-Regulierung über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen (EU-Taxonomie)⁴¹ bietet eine konkrete Aufzählung von Kriterien für nachhaltige wirtschaftliche Aktivitäten, an denen

sich die Politik / die Bundesregierung orientieren sollte. In Sektoren, die nicht oder noch nicht von der Taxonomie erfasst sind, sollte die Bundesregierung verbindliche Nachhaltigkeitsziele im Rahmen von Förder- und „Rettungsmaßnahmen“ fordern und nachhalten. Dafür ist eine Analyse hinsichtlich bestehender Lücken ohne Scheuklappen vorzunehmen, denn nicht alle für eine resiliente Gesellschaft relevanten Transformationsbereiche sind bereits politisch hinreichend verankert, um zum Gegenstand förderfähiger Konjunkturpakete beziehungsweise Zukunftsinvestitionen zu werden.

Und selbst wenn Nachhaltigkeitstransformationen durch das umfassende Konjunkturpaket in wichtigen Bereichen nicht konterkariert, sondern befördert werden, bleibt noch ein ökonomisches und damit auch nachhaltigkeitsrelevantes Hauptproblem, nämlich Kosten und Nutzen gerecht zu verteilen. Auch das ist eine jener grundsätzlichen Fragen wie jene zu Resilienz, Vorsorge oder Innovation, die durch die DNS aktiv und vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeit politisch adressiert werden sollte. Vergleichbares gilt für Fragen zu Effizienz, Konsistenz und Suffizienz, die als Bestandteile einer Nachhaltigkeitsstrategie stärker herauszuarbeiten sind – weil ein „Neustart“ auch neue Perspektiven eröffnen sollte.⁴²

Empfehlung 3

Politische Relevanz der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie stärken

Hinsichtlich ihrer politischen Durchschlagskraft bleibt die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) weit hinter den Ambitionen ihrer gesellschaftlichen Unterstützer*innen und den eigenen, politischen Erwartungen der Bundesregierung zurück. Sie schöpft das Potenzial, zur Krisenfestigkeit beizutragen, nicht voll aus. Dieser Befund ist nicht neu. Deshalb sollte die Corona-Krise zum Anlass genommen werden, Strukturen und Prozesse der DNS grundlegend zu überdenken – und zwar hinsichtlich des gesamten Inventars der Governance, insbesondere hinsichtlich der Notwendigkeit, präzise wie verpflichtende zeitliche Meilensteine zu setzen.⁴³

Die DNS sollte zu einer die zeitliche Dimension mitberücksichtigenden Strategie weiterentwickelt und damit stärker als bisher als ein pro-aktives Instrument für das Auflegen von politischen Programmen und Aktionsplänen genutzt werden. Sie soll gestalten können und ihre Leitungskompetenz für Nachhaltigkeit auf nationaler Ebene wirksam wahrnehmen, um die DNS zu befähigen, föderale Dynamiken für Nachhaltigkeit anzustoßen und auszuschöpfen und ihre strategische Einbindung in internationale und multilaterale Politik zu verbessern. Dabei sollten auch die zeitlichen Rhythmen von Nachhaltigkeitsstrategie und politischen Schlüsselprozessen besser miteinander abgestimmt werden sowie der Fokus auf Schlüsseltransformationen und übergreifende Hebel gelenkt werden.⁴⁴

3.1 Die Gestaltungsfunktion der DNS stärken

Die Nachhaltigkeitspolitik muss gerade jetzt in der Bewältigung der Corona-Krise „vor die Welle kommen“ und dafür gilt es, ihr eine Funktion bei der Gestaltung politischer Prozesse zu geben.⁴⁵ Bisher bilanziert die DNS Ziele und Maßnahmen mit Hilfe von Indikatoren. Das soll beibehalten werden, es ist eine wichtige politische Funktion, die hart erarbeitet worden ist.

Anzuraten ist allerdings, die Indikatoren generell so zu definieren, dass ihre Relevanz in der Lebenswirklichkeit der Menschen deutlich wird und auch die SDG Unterziele tatsächlich ambitioniert spiegeln. Hierzu wären die sinnvollsten Indikatoren zu benennen und, wenn noch nicht belegbar, den Weg dorthin zu definieren (von verfügbaren Daten bis für die Zielsetzung notwendigen Da-

ten). Den bestehenden Indikator in der DNS zu nachhaltiger Mobilität „erfährt“ beispielsweise niemand im täglichen Leben,⁴⁶ die Indikatoren Ökolandbau oder das 30 Hektar-Ziel hingegen schon. Der erstere bleibt noch unwirksam, auf die letzteren reagieren Markt und Konsument*innen. Auch SDG 3 zu Gesundheit muss wesentlich strategischer und in seiner Systemabhängigkeit zu anderen SDGs klarer in die DNS eingebunden werden.⁴⁷

Es ist eine strategische politische Herausforderung, das Management der DNS, die Berichterstattung und Beratung so aufzustellen, dass sie nicht von scheinbar dringenderen Angelegenheiten von der Agenda verdrängt werden. Solche Verdrängungseffekte bringen akute politische

Handlungszwänge regelmäßig mit sich – also gerade dann, wenn ein Orientierungsrahmen wie die SDGs besonders nützlich ist, um Innovationen und Entwicklungen systemisch integrativ eine zukunftsfähige Richtung zu geben.

Ferner sollte die DNS durch einen Aktionskatalog unterstützt werden, der neue und experimentelle Vorhaben innerhalb und außerhalb der Bundesregierung benennt, die nicht zwingend an die Indikatoren gebunden sind (etwa weil es noch keine Dauerstatistiken gibt). Hier ist das Instrument der Reallabore und Living-Labs anzuwenden.⁴⁸ Die Nachhaltigkeitsbeauftragten der Ressorts sollten für diesen Zweck einen gemeinsamen Haushaltstitel erhalten, der vom Bundeskanzleramt verwaltet wird, für den sie im Wettbewerb Gebote abgeben können. Es wird empfohlen, das bestehende Instrument der „Leuchtturmprojekte“ fortzuentwickeln.

Zum bisherigen Management-by-objectives, also des Führens entlang vereinbarter Ziele, sollte eine Kultur-Governance (kulturelle Dimension, Sprache der Kunst, Kulturwandel, sogenannte „weiche“ Faktoren der Governance) in die DNS eingebunden werden, ebenso wie die Governance gemeinnütziger Netzwerke (insbesondere regionale Stakeholder, lokale und regionale Vernetzung, Koppelung von Nachhaltigkeits-Netzwerken, etwa zum Breitensport, genauso bei Sport- oder Kulturgroßereignissen, Nutzung von strukturierten Best-Practice-Prozessen). Der Unternehmens-Governance, die sich dem nachhaltigen Produzieren und Wirtschaften verschreibt, muss besondere Beachtung gelten. Für all das braucht die DNS dringend einen eigenen empirischen Zugriff (zum Beispiel zur Evidenz der realen Markt-

durchdringung mit nachhaltigen Produkten) und Handlungsansatz, um selbst Benchmarks für Best Practice zu setzen. Dies muss insbesondere auf der Handlungsebene vor Ort in den Kommunen entwickelt und umgesetzt werden und in eine Governance der Nachhaltigkeit eingebunden sein, die die Akteur*innen im Multi-Ebenen-System selbst ermächtigt zum nachhaltigen und resilienten Handeln. Die SDGs und die DNS sind hier das zentrale Instrument, um den Handlungen eine evaluierbare Zielrichtung zu geben. Starke Kommunen sind eine Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung, und zwar nicht für sich stehend, sondern in kooperativer und gestaltender Interaktion und Innovation.⁴⁹

Die Bundesregierung verschiebt – aufgrund der Prioritäten der Pandemie-Bekämpfung – den Zeitrahmen für die Fortschreibung der DNS. Es sollte kein weiterer Zeitverzug riskiert werden. Die Fortschreibung 2020/21 muss jetzt ambitioniert umgesetzt werden. Sie sollte so beschleunigt werden, dass eine neu zusammengesetzte Bundesregierung nach den Wahlen 2021 die Chance hat, einen anderen Politikzyklus einzuführen, der am Beginn der Legislaturperiode und proaktiv auf Herausforderungen reagieren kann.⁵⁰

Hierfür ist der eingangs empfohlene 360°-Krisen-Scan als strategische Vorausschau zu Risiken, Chancen und Handlungsoptionen eine geeignete Grundlage. Er sollte als Dialogprozess an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik regelmäßig eingeführt und genutzt werden, auch um die systemischen Interdependenzen einer globalen SDG Strategie transparent zu machen und zu nutzen.

3.2 Leitungskompetenz für Nachhaltigkeit auf nationaler Ebene einführen, um Potenziale der DNS besser zu nutzen

Die Anforderungen an die Regierungs-Governance zur Nachhaltigkeit sind heute um ein Vielfaches anspruchsvoller als vor zwanzig Jahren, als die Nachhaltigkeitsstrategie mit den politischen Innovationen Nachhaltigkeitsrat und Staatssekretärsausschuss gestartet wurde.

Während der Aufwand an Steuerung, Innovation sowie die häusliche Relevanz gestiegen sind, hat die Bundesregierung ihre Strukturen weitgehend unverändert gelassen. Die öffentliche Aufmerksamkeit in Sachen Nachhaltigkeit ist indes größer als je zuvor, auch der öffentliche Diskurs wird immer dichter, und nicht zuletzt besteht die wissenschaftliche Evidenz, dass Essgewohnheiten, Mobilitätsverhalten, digitales Arbeiten, digitale Teilhabe und soziale Präferenzen sich ändern, teilweise sogar rasant.⁵¹ Diese Veränderungen hat der „Lockdown“ teils verstärkt und noch einmal deutlich sichtbar gemacht. Ein erfolgreicher Europäischer Green Deal wird diese Trends allem Anschein nach vor allem in der jungen Generation verstärken.

In diesem Zusammenhang hat bereits 2019 der Bundesrechnungshof folgendes formuliert: „Ziel muss sein, dass die Ressorts ihr auf ein Erreichen der Nachhaltigkeitsziele ausgerichtetes Handeln systematisch abstimmen und politisch in Einklang bringen. Dies muss in erster Linie das federführend zuständige Bundeskanzleramt sicherstellen. Das Ressortprinzip darf einem ganzheitlichen Ansatz nicht im Wege stehen.“⁵² Dafür gilt es, die paradoxe Situation einer Konzentration politischer Verantwortung bei gleichzeitig fehlender Ressortkompetenz und weitgehender Mittellosigkeit zu überwinden.⁵³ Im Zuge der Überarbeitung der DNS sollte daher die organisatorische Aufstellung für Nachhaltigkeit des Kanzleramts kritisch analysiert und konkrete Verbesserungen implementiert werden. Es sollte überlegt werden, wie das aktuelle Arrangement gestärkt werden kann, also die gesamt-

hafte Leitungsverantwortung des Chefs des Bundeskanzleramtes/Bundesministers und des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung. Wichtig könnte etwa sein, die Prioritätensetzung bei Befassungen und Entscheidungen transparenter zu machen und mit den Prinzipien⁵⁴ der DNS in Einklang zu bringen. Dazu müsste auch die Verantwortung innerhalb des Bundeskanzleramtes organisatorisch zentraler verankert werden. Modelle hierfür liegen beispielsweise mit dem außen- und sicherheitspolitischen Berater und dem G7/G20 Sherpa vor. Das Kanzleramt könnte dann zuallererst selber sicherstellen, dass sich seine verschiedenen eigenen Abteilungen konsequent an der DNS orientieren und dies gegenüber den jeweiligen Ressorts zum Tragen kommen lassen, insbesondere auch bei der Aufstellung des Bundeshaushaltes. Eher zusätzlich als alternativ könnte des Weiteren erwogen werden, eine neue Leitungsfunktion unterhalb der Spitze des Amtes (ChefBK) einzusetzen, die die vielfältigen Arbeitsbereiche und Haushaltsressourcen innerhalb des Bundeskanzleramtes sowie der Ressorts mit Blick auf die DNS ko-koordiniert, die die Bundesregierung jetzt zur Nachhaltigkeitspolitik aufwendet bzw. aufwenden sollte. Das könnte als Staatsminister*in oder als Beauftragte*r definiert sein,⁵⁵ ohne dass dies zu einem silohaften Abschieben des Themas führt.

Die vertiefende Diskussion dazu steht jetzt an, auch in der Begleitung durch die Wissenschaft.⁵⁶ Übergreifendes Ziel muss es sein, das Bundeskanzleramt in seiner Kapazität für die Vorgabe von Richtlinien und die operative Führung der Nachhaltigkeitsprozesse innerhalb der Bundesregierung zu stärken, einen verstärkten Austausch mit dem Parlament zu unterstützen sowie die Präsenz in Öffentlichkeit und Multi-Stakeholder Netzwerken zu Nachhaltigkeit weiter zu steigern. Auch gilt es, den Gesetzgebungsprozess und die Haushaltsführung (mit investiven und konsumtiven Ausgaben) noch stärker an den Nachhaltigkeitszielen auszurichten.

3.3 Föderale Dynamiken durch die DNS nutzen und Multi-Stakeholder-Initiativen fördern

Systemisch orientierte politische Zusammenarbeit über alle Ebenen hinweg ist zentral zur Stärkung von Krisenfestigkeit und Nachhaltigkeit. Auf Bund-Länder-Ebene etwa war während des „Shut-downs“ und jetzt bei der Lockerung der Maßnahmen zur der Corona-Krise entsprechend zu beobachten, wie die Vorteile der Zusammenarbeit gegenüber föderalen Alleingängen überwiegen können.

Es zeigt sich, wie eine engagierte Bundespolitik mit der Kommunal-⁵⁷ und Landespolitik, der EU-Politik, mit Nachbarländern sowie mit den gesellschaftlichen Kräften aller Art kooperativ umgeht, beziehungsweise umgehen kann.

Die Bundesregierung sollte diese Interaktionen für die DNS systematisch auswerten und föderale Dynamiken langfristig durch die DNS stärken. Die wpn2030 bietet sich an, für die Auf- und Umsetzung einer solchen Analyse mit der Bundesregierung in den Dialog zu treten.

Kommunen stehen beispielsweise aktuell vor der Aufgabe, resilientere Strukturen in Verwaltung, Versorgung, Infrastruktur, Digitalisierung, Wirtschaft und Gesellschaft zu entwickeln. Nicht nur, um besser für Pandemien gewappnet zu sein, sondern auch um die großen Transformationsauf-

gaben der Zukunft bewältigen zu können. Ein Austausch über die Erfahrungen vor Ort und zwischen den Kommunen in Deutschland, Europa wie international ist entscheidend für ein übergreifendes Verständnis eines Nachhaltigkeits- und Resilienzmanagements, das den sozial-ökologischen Ausgleich von Lebenslagen in den Blick nimmt. Für die SDGs und deren Umsetzung ist diese Agilität von Kommunen von hoher Bedeutung, gleichzeitig können die SDGs einen Orientierungsrahmen bieten für eine vorsorgeorientierte Resilienzstrategie, die die Kommunen und Menschen reaktionsfähig auf Unvorhergesehenes machen.

Die Wirkung der Förder- und Finanzmittel des Konjunkturpakets und des Europäischen Green Deals für eine „grüne“ Infrastruktur sollte gehandelt werden in den Bereichen Mobilität (Tankstellen, Flottenpolitik, Stadt-Land-Unterschiede⁵⁸), Ökolandbauförderung und Tierwohl⁵⁹, Nachhaltigkeitsmanagement (Kommunen), nachhaltige Lebensstile und Konsum und Digitalisierung für Nachhaltigkeit. Und zwar indem die informellen Automatismen föderaler Gemeinschaftswerke genutzt werden („mehr Nachhaltigkeit pro Euro“) etwa durch eine Bund-Länder Gemeinschaftsaufgabe „Transformation zu Nachhaltigkeit“.

3.4 Komplementarität des European Green Deal und der DNS nutzen

Mit dem „European Green Deal“ verfolgt die EU-Kommission ein ambitioniertes Programm, das Nachhaltigkeit europaweit einen kräftigen Impuls verleihen kann. Es ist zu begrüßen, dass die EU-Kommission die Corona-Krise eher als Beschleuniger und nicht als Bremse für die konsequente Verfolgung ihrer „grünen“ wie digitalen Transformationsagenda versteht. Die Bundesregierung sollte sich insbesondere auch jetzt im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft verstärkt einbringen, dies weiter zu konkretisieren⁶⁰ und voranzutreiben. Beispielsweise ist die „Circular

Economy“ und Bioeconomy mit Hilfe des European Green Deals weiter zu forcieren und genauso gegenseitige Lernmodelle zwischen Wirtschaftsregionen und Kommunen der Welt aufzubauen. Das – made in Europe – könnte für eine globale Resilienzstrategie zuträglich sein, dies verbunden mit minimierten Stoffströmen und maximierten Innovationslernkurven. Wie der 2019 Europe Sustainable Development Report zeigt, bietet die Verbindung zentraler europäischer Politikfelder und -anliegen mit den Transformationsaufgaben der Agenda 2030 große Po-

tenziale für die SDG-Erreichung in der EU.⁶¹ Zugleich bietet die Überarbeitung der DNS die Möglichkeit, die Komplementarität von European Green Deal und einer Nachhaltigkeitsstrategie herzustellen. Beispielsweise will der European Green Deal auf der einen Seite eine politische Dynamik für wesentliche Transformationsfelder entfalten, die auch die wpn2030 für die DNS in der Vergangenheit eingefordert hat.⁶² Auf der anderen Seite könnte der European Green Deal von einer rahmengebenden Nachhaltigkeitsstrategie profitieren, um fehlende Bezüge zu erfassen und nachzubessern (so etwa insbesondere zur Organisation und Förderung bürgerschaftlicher Agenda-Prozesse und zur Verknüpfung mit multilateralen Politikprozessen). In diesem Zusammenhang sollte der europäische Austausch zwischen Expert*innen und leitenden Beamten sowie

zwischen den Vorreiter-Kommunen zur Nachhaltigkeit ausgebaut werden, um strukturell von/für die Weiterentwicklung anderer Regionen zu lernen.

Schließlich sollten die vorhandenen Mechanismen für wissenschaftliche Politikberatung auf EU Ebene (SAM – Science Advisory Mechanism, und SAPEA – die Zusammenarbeit der Akademienetzwerke) stärker auf Transformation zu Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Das ist bislang weder in Besetzung noch in Funktionsweise abgedeckt. Eine stärkere Vernetzung von entsprechenden Gremien auf mitgliedstaatlicher Ebene wie die wpn2030 und die Zusammenarbeit mit den Mechanismen auf EU-Ebene ist weiter voranzubringen.

3.5 Internationale Dimensionen stärken

Die Corona-Pandemie hat nochmals verdeutlicht, wie wirkmächtig globale Interdependenzen für Deutschland sind und wie wichtig es wäre, diese über eine engagierte Nachhaltigkeitspolitik mitzugestalten.⁶³ Auch in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern macht die Pandemie bei der Armutsbekämpfung oder bei anderen Zielen der Agenda 2030 die Erfolge der letzten Jahre oder gar Jahrzehnte zunichte.⁶⁴

In ihrem Strategiepapier „Für eine wirksame internationale Antwort Deutschlands auf COVID 19“ verpflichtet sich die Bundesregierung, in Partnerländern über Mittel der Entwicklungszusammenarbeit besonders belastete Gesellschaftsgruppen zu unterstützen und sich dabei an der Agenda 2030 und dem Pariser Klimaabkommen zu orientieren.⁶⁵ Das ist zu begrüßen und sollte insgesamt für das multilaterale Engagement Deutschlands gelten, ob im UN- Sicherheitsrat oder im Menschenrechtsrat. Auch das deutsche Engagement in G7 (deutscher Vorsitz 2022) und G20 sollte

sich an den 2019 von einer unabhängigen Wissenschaftler*innengruppe im Rahmen des Welt-nachhaltigkeitsberichts (Global Sustainable Development Reports 2019; GSDR)⁶⁶ empfohlenen transformativen Ansatzpunkten und Hebeln orientieren.⁶⁷ Die Bundesregierung sollte sich zudem überlegen, welche Beiträge und integrierten Maßnahmen sie als Teil des Beschleunigungs- und Aufholprogramms für die SDGs im Kontext der „Decade of Action and Delivery“⁶⁸ leisten will – und sich in ihrer überarbeiteten DNS entsprechend verpflichten.⁶⁹

Auch beim UN High-Level Political Forum (HLPF) wurden im Juli 2020 unter dem Schlagwort „Build Back Better“ integrierte Maßnahmen diskutiert, die sowohl zur Krisenbewältigung und Armutsbekämpfung beitragen als auch zum Klimaschutz und zur Erreichung der anderen Ziele nachhaltiger Entwicklung.⁷⁰ Für das HLPF 2021 sollte ein inklusiver und strategischer Vorbereitungsprozess aufgesetzt werden, um – aufbauend auf die



überarbeitete DNS – einen überzeugenden und ambitionierten freiwilligen nationalen Bericht (Voluntary National Review) der Bundesregierung im kommenden Jahr in New York zu entwickeln. Insbesondere wenn Deutschland gut und nachhaltig aus der Krise herauskommt, dürfte das internationale Interesse am deutschen Bericht und den dort vorgestellten Maßnahmen hoch sein. Ein anhaltend starkes Engagement für internationale Kooperation ist auch für die Entwicklung und den Zugang zu einem Impfstoff notwendig und nicht zuletzt für die Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit der WHO.⁷¹ Zudem wird der Bundesregierung empfohlen, im Hinblick auf die weltweit aufgelegten „Covid-19 Recovery“-Programme multilateral und bilateral auf Nachhaltigkeitskriterien zu drängen.⁷² Sie sollte auch den Generalsekretär der Vereinten Nationen in seinem Anliegen unterstützen, insbesondere die Low-Income-Countries „post-corona“ mit innovativen Nachhaltigkeitsprojekten zu unterstützen.

Insgesamt sollte das Thema Nachhaltigkeit auch in den bilateralen Beziehungen der Bundesregierung eine größere Rolle spielen. So sollten die Partnerländer der Entwicklungszusammenarbeit

beim Auf- und Ausbau ihrer Wissenschaftseinrichtungen für Nachhaltigkeit stärker unterstützt werden. Genauso sollte die Bundesregierung in den bilateralen Beziehungen mit anderen Industrieländern nachhaltige Entwicklung zu einem zentralen Thema ausbauen, ebenso die EU in ihrer Zusammenarbeit mit anderen regionalen Zusammenschlüssen.

Schließlich könnte die Bundesregierung auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema internationaler Interdependenzen stärken. So könnte beispielsweise im Rahmen eines internationalen Projekts erforscht werden, welche ökologischen, sozialen und ökonomischen Benchmarks zur Erfassung und Bewertung von üblicherweise externalisierten, ökologischen und sozialen Effekten aus der Lieferkette geeignet wären. Hierbei wäre auch zu fragen, ob und wie sich kreislauf- und regionalwirtschaftliche Konzepte, wie sie in Deutschland und der EU diskutiert werden, auf andere Wertschöpfungsk Kooperationen und -netze auswirken (i. S. v. Wissen und Kompetenz statt Stoffströme) und welche alternativen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten für die bisherigen Lieferländer bestehen.⁷³

Empfehlung 4

Empfehlungen zu beispielhaften Transformationsfeldern

Die Corona-Krise zeigt, dass in zentralen Lebensbereichen ein schneller Wandel prinzipiell möglich ist, wenngleich dies aktuell unter einem externen Schock auf die Gesellschaft erfolgt. Deutschland durchläuft gerade in verschiedenen Feldern umfassende Transformationen (etwa in der Energie- und Agrarpolitik, im Mobilitätssektor, bei der Digitalisierung), die es auch unter Pandemie-Bedingungen fortzuführen gilt, um die Ziele der Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens zu erreichen.⁷⁴ Zugleich gilt es, auch neue Herausforderungen anzunehmen und jenes Momentum zu nutzen, das sich aus der Diskussion beispielsweise um die konkrete Ausgestaltung des Green Deal der Europäischen Union und der Periode der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sowie der Umsetzung des Konjunkturpakets ergeben wird.

Im Folgenden gibt die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 Empfehlungen zur Ausgestaltung beispielhafter Transformationsfelder, die sich aus den Ergebnissen unterschiedlicher Arbeitsprozesse der Plattform speisen. Mit Bezug auf andere zentrale Fragen wie beispielsweise die der Dekarbonisierung bzw. Entfossilisierung, die gegenwärtig nicht von der wpn2030 bearbeitet wird, wird hier auf die jüngste Studie der Leopoldina verwiesen.⁷⁵

4.1 Transformationsfeld „Arbeit“

Empfehlung: Arbeit in all ihren Formen als Querschnittsthema der Nachhaltigkeitspolitik aufgreifen

Eine zentrale Einsicht der Krise ist, dass wir unsere Arbeitswelt anders gestalten müssen, so dass sie der Gesellschaft als Ganzer dient und in sozialer, ökologischer und ökonomischer Hinsicht nachhaltig wirkt.⁷⁶ Die verschiedenen Welten der Arbeit sind eng verwoben und erfordern eine vorausschauende Gestaltung in Richtung Nachhaltigkeit. Nicht nur müssen dafür die Vorstellungen und Konzepte von Arbeit dringend erweitert und Arbeit in all ihren Formen anerkannt werden, es sind auch strukturelle Veränderungen notwendig, um Arbeit als („politische“) Querschnittsaufgabe umfassend und integrativ gestalten zu können.⁷⁷ Man kann die systemischen Wechselwirkungen

auch ex negativo reflektieren: Die Häufung von Corona-Fällen in der Fleischindustrie zeigt exemplarisch, wie schnell schlechte soziale Arbeitsbedingungen und damit verbundene prekäre Lebenslagen zugleich zu einem ökologisch-gesundheitlichen Risikofaktor für alle werden können. Sozialer Ausgleich und Teilhabe, vor allem auch an Bildung⁷⁸, sind wichtige Faktoren für eine hohe Resilienz von Gesellschaften.

Empfehlung: Einen gesamtgesellschaftlichen Austausch zu „systemrelevanten Tätigkeiten“ führen

Durch die in der Pandemie ergriffenen Krisenmaßnahmen stechen gerade jene Arbeitsbereiche und Gruppen besonders hervor, die für das Funktionieren der Gesellschaft von fundamentaler Be-

deutung sind und die teilweise auch besonders vulnerable Gruppen (unter anderem hochbetagte, vorerkrankte Menschen) schützen. Zu den in der Pandemie häufig angesprochenen „systemrelevanten“ Gruppen gehören nicht zuletzt auch Beschäftigte in schlecht entlohnten und unsicheren Erwerbssituationen. Die gesellschaftliche Debatte darum, welche Tätigkeiten gesellschaftlich grundlegend sind (beispielsweise der (mobilen) Pflege- und Betreuungskräfte, der Kurier*innen oder der Fernfahrer*innen), unter welchen Bedingun-

gen sie ausgeübt und wie sie gesellschaftlich bewertet und anerkannt werden, ist im Doppelsinne nachhaltig fortzuführen und in konkrete (Nachhaltigkeits-)Politik zu übersetzen.⁷⁹ Auch hier sind Frauen besonders betroffen, weil die Sorgeökonomie Frauensache geblieben ist und weil Frauen die Mehrzahl der Beschäftigten in vielen systemrelevanten, aber unterbezahlten, Berufen bilden – Pflege, Kita/Schulen, Einzelhandel, Reinigungsdienste, Gesundheitswesen.

4.2 Transformationsfeld „Digitalisierung“

Empfehlung: Digitalisierung als Querschnittsthema der Nachhaltigkeitspolitik weiterentwickeln

Die Corona-Krise wirft auch ein Schlaglicht auf die Digitalisierung: Die digitale Transformation war schon vor der Corona-Krise eine dringende Herausforderung und ist nun in bestimmten Bereichen einen deutlichen Schritt vorangekommen. Um stärker vom reaktiven Handeln hin zu vorausschauender Gestaltung der Digitalisierung im Sinne nachhaltiger Entwicklung zu kommen, ist ein Verständnis von Digitalisierung als Querschnittsaufgabe der Nachhaltigkeitspolitik notwendig.⁸⁰ Auch die Ambivalenzen der Digitalisierung beispielsweise hinsichtlich der Ziele von nachhaltigem Konsum müssen systematisch reflektiert und beachtet werden. Vor uns liegt die wichtige Aufgabe, den kommenden Digitalisierungsschub essentiell mit Nachhaltigkeitsfragen zu verknüpfen, so etwa beim Einsatz von IT in der effizienten Steuerung sparsamer Stoff- und Energieflüsse (beispielsweise intelligente Stromnetze⁸¹ und Mobilität) und in Verbindung mit Prinzipien von Green IT und einer recyclingorientierten E-waste-Strategie. Hier kann Deutschland Vorreiter sein. Neben der ökologischen Dimension stellen sich auch Fragen der (ungleichen) Verfügbarkeit und Teilhabe an digitalen Infrastrukturen und Diensten.⁸²

Empfehlung: Eine ganzheitliche Strategie für die Digitalisierung der Bildung und der Arbeitswelt in der DNS verankern

Um Chancengleichheit und digitale Inklusion zu ermöglichen, gilt es, digitale Bildung und digitales Lernen nachhaltig und stärker in der Schule zu verankern.⁸³ Denn es ist nicht zu vergessen, dass auch Ausgrenzung eine mögliche Folge von nicht nachhaltiger Digitalisierung sein kann.⁸⁴ Das Bestreben sollte sein, eine bessere Synchronisation von menschlichen Bedürfnissen und den Potenzialen der Digitalisierung zu erreichen, beispielsweise bezogen auf die Art und Weise, wie wir zukünftig arbeiten wollen und werden und wie wir auch energetisch, stofflich sowie sozial- und ordnungspolitisch nachhaltige Formen der Digitalisierung finden. Dies kann nur durch mündige und digital gebildete Menschen geschehen.⁸⁵ Im Sinne der Nachhaltigkeitspolitik gilt es, die Digitalisierungsstrategie der Bundesregierung an den Zielen nachhaltiger Entwicklung zu orientieren, dies insbesondere auch für die Digitalisierung der Bildung und Arbeitswelt umzusetzen.

4.3 Transformationsfeld „Konsum und Produktion“

Empfehlung: Die Chance nutzen, Lieferketten jetzt resilient zu gestalten – Produktions- und Konsumstrukturen anpassen

Die Corona-Krise verbreitet Schockwellen in die Produktion und den Konsum von Waren und Dienstleistungen. Es gilt jetzt die Lieferketten resilient zu gestalten und negative Externalitäten von Arbeit und Produktion in Deutschland so weit wie möglich von vornherein zu vermeiden, aber dabei auch die Aspekte nicht nachhaltiger internationaler Lieferketten nicht zu vernachlässigen. Corona hat beispielsweise wegen der Lockdown-Maßnahmen in Entwicklungs- und Schwellenländer die Risiken der Kinderarbeit und sozial nicht akzeptabler Entlohnung erhöht. Nachhaltigkeit muss entlang der globalen Wertschöpfungs- bzw. Lieferketten (ebenso wie entlang der mittlerweile ebenso globalen „care chain“) sichergestellt werden – und dafür müssen belastbare konzeptionelle Grundlagen entwickelt werden, die bislang aber noch fehlen.⁸⁶ Die UN-Leitlinien Wirtschaft und Menschenrechte bieten dafür den internationalen Rahmen, der durch die Bundesregierung politisch umgesetzt werden muss.⁸⁷

Zugleich zeigt der Zeitraffer der Corona-Krise auch auf, welche positiven, SDG-relevanten Zusatznutzen sich durch mehr Nachhaltigkeit erschließen ließen (etwa Verbesserung der Luftqualität in Städten⁸⁸). Somit eröffnet die Krise auch ein Möglichkeitsfenster „für eine konzentrierte politische und gesellschaftliche Diskussion, wie wir als Gesellschaft unseren Konsum so gestalten können, dass ein gutes Leben für alle innerhalb planetarer Grenzen möglich wird.“⁸⁹ Hier müssen global vernetzte, regionalwirtschaftlich organisierte Wertschöpfungsnetze kooperieren,

um möglicherweise arbeitsteilig gegenseitig Kompetenzen und Wissen zu entwickeln, die vor Ort in geeignete Wertschöpfungsprozesse mit Blick auf die SDGs übersetzt werden können.

Empfehlung: Digitalisierung von Produktion und Konsum nachhaltiger ausgestalten

Auch mit Bezug zu Produktion und Konsum zeigt sich abermals die Notwendigkeit, die Digitalisierung umfassend im Zuge der Weiterentwicklung der DNS und der deutschen Nachhaltigkeitspolitik nachhaltiger auszugestalten.⁹⁰ Online-Handel und Online-Dienste (beispielsweise Streaming-Angebote) werden auch nach der Überwindung der Pandemie bedeutsam bleiben und erfordern eine nachhaltigere Ausgestaltung.⁹¹ Die Corona-Krise ermahnt dazu, das Verhältnis von lokaler, regionaler und globaler Produktion/Wertschöpfung, inklusive der Rolle von Vorratshaltung, sowie der Lebensstile und der damit verbundenen Konsummuster zu hinterfragen.

Produktions- und Konsummuster bedingen einander und müssen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitsfunktion im System hinterfragt und nachhaltig aufgestellt werden (z. B. wie lässt sich eine Sharing-Economy oder auch eine Circular- und Bio-Economy global nachhaltig entwickeln?).

Die Pandemie-Periode ist darüber hinaus auch Hinweisgeberin, wohin es mit mehr Suffizienz in Produktion und Konsum gehen könnte: Einige Bedürfnisfelder werden hinterfragt (zum Beispiel der Umfang von Dienstreisen), bei gleichzeitig stärkerer Betonung anderer Bedürfnisfelder (zum Beispiel Qualität sozialer Kontakte, aber auch stärkerer digitaler Konsum).



4.4 Transformationsfeld „Mobilität“

Empfehlung: Transformation des Verkehrssektors mit Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung und Effizienzsteigerung voranbringen

Die Corona-Krise zeigt, dass die notwendigen Schritte der Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung und der Effizienzsteigerung prinzipiell machbar sind, auch unter heutigen technologischen Rahmenbedingungen.⁹² Die Vermeidung von Verkehren ist mit flankierenden Maßnahmen weiter zu forcieren, etwa durch den Ausbau der digitalen Infrastruktur oder Videokonferenzen. Die Corona-Krise zeigt, dass ein erkennbarer Wandel Richtung Verkehrsverlagerung möglich ist, zum Beispiel durch den beschleunigten Ausbau der Radwegeinfrastruktur. Sie zeigt aber auch Risiken der Verlagerung zum, als sicherer wahrgenommenen, motorisierten Individualverkehr zuungunsten des ÖPNV auf. Hier muss der dringend notwendige Umbau der Städte hin zu mehr Lebens- und Aufenthaltsqualität und gesundheitsfördernden Fortbewegungsarten in den Blick genommen werden.⁹³

Die dringend notwendige Dekarbonisierung beziehungsweise Entfossilisierung des Verkehrssektors ist auch mit heutigen technischen Möglichkeiten gut möglich. Dazu finden sich im Konjunkturprogramm der Bundesregierung bereits einige Impulse, etwa ein weiterer Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität oder zur Wasserstoffstrategie. Die Pandemie zeigt aber auch erhebliche Lücken auf, die es zu schließen gilt, so beispielsweise hinsichtlich des zu wenig forcieren Bahn-Hochgeschwindigkeitsverkehrs zwischen europäischen Zentren/Metropolen.

Quellen & Verweise

- 1 wpn2030 – Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (2019). Bitte Wenden! Wissen(schaft) für eine nachhaltige Entwicklung Deutschlands. Eine kritische Reflexion der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 anlässlich der Fortschreibung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/wp-content/uploads/2019/12/wpn2030-Relaxionspapier2019.pdf> (letzter Zugriff: 15.07.2020).
- 2 Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina (2020). Dritte Ad-hoc-Stellungnahme: Coronavirus-Pandemie – Die Krise nachhaltig überwinden. Verfügbar unter: https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2020_04_13_Coronavirus-Pandemie-Die_Krise_nachhaltig_%C3%BCberwinden_final.pdf (letzter Zugriff: 18.07.2020).
- 3 Jürgen Renn (2020). The Evolution of Knowledge. Rethinking Science for the Anthropocene. Princeton; NJ: Princeton University Press.
- 4 Rat für nachhaltige Entwicklung (2020a). Nachhaltige Lieferketten. Stellungnahme des Nachhaltigkeitsrats zu einer wirksamen Verankerung von Nachhaltigkeit und Menschenrechten in globalen Lieferketten. Verfügbar unter: https://www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-content/uploads/2020/05/20200513_RNE-Stellungnahme_Nachhaltige_Lieferketten.pdf (letzter Zugriff: 05.08.2020)
- 5 Ortwin Renn (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 19-21.
- 6 Busso Grabow et al. (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 13-14. So u. a.: „Die Corona-Pandemie macht deutlich, dass der systemische Blick in dieser Konzeption vernachlässigt wird, etwa über die Wechselwirkungen von Gesundheit, Klimawandel, sozialem Zusammenhalt und ökonomischer Tragfähigkeit. Die Folgen des Lockdowns zeigen weiterhin, dass klassische strategische Konzepte, insbesondere Suffizienz und Subsistenz, bei der Konzeption von Nachhaltigkeit vernachlässigt werden und dass systemische Kategorien wie Resilienz und Vulnerabilität bisher bei der Diskussion der Konzeption von Nachhaltigkeit eine nachrangige Rolle spielten.“ Siehe dazu auch Kathrin Böhling (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 27.
- 7 Vgl. Lars Brozus (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 27-28.
- 8 Vgl. Busso Grabow et al. (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 63-64; Benjamin Nölting (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 33-34. Markus Vogt (2019). Ethik des Wissens: Freiheit und Verantwortung der Wissenschaft in Zeiten des Klimawandels. München: oekom.
- 9 Vgl. dazu beispielhaft wpn2030 (2020). Interview mit Steffen Augsberg über wissenschaftliche Politikberatung in der Corona-Krise. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/interview-mit-steffen-augsberg/> (letzter Zugriff: 20.07.2020). Zudem wpn2030 (2019), S. 31-34.
- 10 Pia-Johanna Schweizer (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 67.
- 11 Dazu jetzt auch United Nations Environment Programme and International Livestock Research Institute (2020): Preventing the Next Pandemic: Zoonotic diseases and how to break the chain of transmission. Nairobi, Kenya. Verfügbar unter: <https://wedocs.unep.org/bitstream/handle/20.500.11822/32316/ZP.pdf?sequence=1&isAllowed=y> (letzter Zugriff: 07.07.2020).
- 12 Kate E. Jones et al. (2008). Global trends in emerging infectious diseases. *Nature* 451, 990-993. Verfügbar unter: <https://www.nature.com/articles/nature06536> (letzter Zugriff: 03.08.2020). Linfa F. Wang, Gary Crameri (2014). Emerging zoonotic viral diseases. *Revue scientifique et technique* 33 (2): 569-81. Speziell zu Covid-19: Report of the WHO-China Joint Mission on Coronavirus Disease 2019 (COVID-19). Verfügbar unter: <https://www.who.int/docs/default-source/coronaviruse/who-china-joint-mission-on-covid-19-final-report.pdf> (letzter Zugriff: 05.08.2020). Philippe J. Sansonetti (2020). COVID-19, chronicle of an expected pandemic, *EMBO Molecular Medicine* 12: e12463. Yashpal Singh Malik et al. (2020). Emerging novel coronavirus (2019-nCoV)—current scenario, evolutionary perspective based on genome analysis and recent developments. *Veterinary Quarterly* Volume 40 (1): 68-76. Verfügbar unter: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/01652176.2020.1727993> (letzter Zugriff: 05.08.2020). Mark Everard et al. (2020). The role of ecosystems in mitigation and management of Covid-19 and other zoonoses. *Environmental Science & Policy* 111: 7-17. Verfügbar unter: <https://europepmc.org/article/pmc/pmc7247996> (letzter Zugriff: 05.08.2020). Henrik F. Lorentzen et al. (2020). COVID-19 is possibly a consequence of the anthropogenic biodiversity crisis and climate changes. *Danish Medical Journal* 67 (5): A205025. Verfügbar unter: https://ugeskriftet.dk/files/scientific_article_files/2020-04/a205025_web.pdf (letzter Zugriff: 05.08.2020). Vgl. schließlich die Beiträge aus der Online-Konsultation: Lydia Wallerer (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 24. Kathrin Herrmann (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 45-46.
- 13 Vgl. Christoph Rosol, Jürgen Renn, Robert Schlögl (2020). Der Schock hat System. *Süddeutsche Zeitung* vom 15. April 2020. Auch verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/renn-rosol-schloegl-corona/> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 14 Sarah Whitmee et al. (2015). Safeguarding human health in the Anthropocene epoch: report of The Rockefeller Foundation-Lancet Commission on planetary health. *Lancet* 386: 1973-2028. Verfügbar unter: <https://www.thelancet.com/action/showPdf?pii=S0140-6736%2815%2960901-1> (letzter Zugriff: 01.08.2020). John H. Amuasi et al. (2020). Calling for a COVID-19 One Health Research Coalition. *The Lancet Correspondence* 395 (10236): 1543-1544. See also: https://www.onehealthcommission.org/en/news/covid19_and_one_health/.
- 15 Vgl. Gabriele Köhler (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 14-15.
- 16 SDSN Germany (2020a). Nachhaltigkeitspolitik im Krisenmodus, S. 4f. Verfügbar unter: https://www.die-gdi.de/fileadmin/user_upload/pdfs/dauerthemen_spezial/20200604_Nachhaltigkeitspolitik_im_Krisenmodus_SDSN_Germany.pdf (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 17 Siehe zu den sozialen Dynamiken während der Corona-Krise auch: wpn2030 (2020). Interview mit Stefan Liebig zu sozio-ökonomischen Auswirkungen der Corona-Krise. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/interview-mit-stefan-liebig/> (letzter Zugriff: 30.07.2020). Ferner zu einem neuen SOEP-Forschungsprojekt „Was sind die sozialen Folgen der Corona-Pandemie?“. https://www.diw.de/de/diw_01c.759389.de/nachrichten/neues_soep-forschungsprojekt__was_sind_die_sozialen_folgen_der_corona-pandemie.html
- 18 Siehe Jürgen Renn (2020). In eine ähnliche Richtung deutet auch der Beitrag von Marie-Luise Abshagen (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 60. „Wissenschaft hat Verantwortung“, ein Beispiel für die Notwendigkeit des Dialogs zwischen Wissenschaft und Politik sowie Gesellschaft.
- 19 Siehe dazu auch Busso Grabow et al. (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 63-64: Es ist „jetzt an der Politik zu signalisieren, dass sie ihre Zusage seit Beginn der Lockdown-Maßnahmen in Deutschland, man werde sich bei Entscheidungen eng an die Empfehlungen der Wissenschaft halten, entschlossen auf die Zeit nach Corona überträgt oder aber sich erklärt, warum sie in Bezug auf die Corona-Krise so anders handelt als im Hinblick auf die Klimakrise.“
- 20 Vgl. Vera Clemens, Jörg M. Fegert (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 9-10.
- 21 Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung betont ebenso die Wichtigkeit wissenschaftlicher Lösungsan-

- sätze, z. B. die der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030. Vgl. Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung (PbNE) (2020). Impulspapier des PbNE zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie –Neuaufgabe 2020, S. 7. Verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/687324/075fd6d0bf678d48414c5d17347948ee/impulspapier-Weiterentwicklung-der-DNS-data.pdf> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 22 Bundesregierung (2016). Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Neuaufgabe 2016, S. 49. Dieses Angebot der Bundesregierung an die Wissenschaft hat die wpn2030 nach ihrer Einrichtung in einem Positionspapier aufgegriffen und weiterentwickelt, siehe: wpn2030 (2017). Wissen für nachhaltigen Wandel erarbeiten, vermitteln, nutzen. Was die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 erreichen will. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/wp-content/uploads/2018/09/Positionspapier-wpn2030.pdf> (letzter Zugriff: 15.07.2020).
 - 23 Vgl. Christine Volkmann (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 68. Verschiedene weitere Beiträge äußern sich zu diesem Komplex, wie Marie-Luise Abshagen (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 60; Jürgen Kruse (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 66; Klaus Reuter (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 52-54; Jörg Göpfert (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 61-63; und mit Bezug auf (Hochschul-) Bildung Julia Krause (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 64-66 und Christine Volkmann (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 68 (vor allem mit Bezug auf die UNESCO-Lehrstühle).
 - 24 Vgl. Beirätedialeg 2019: wpn2030 – Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (2020). Beirätedialeg 2019: Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2020 (verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/wp-content/uploads/2020/02/Beir%C3%A4tedialog-2019-Bericht.pdf>, letzter Zugriff: 15.07.2020) sowie die von der wpn2030 durchgeführten Interviews der Vertreter wissenschaftlicher Beiräte im Kontext Corona (verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/corona-und-nachhaltigkeit/>, letzter Zugriff: 05.08.2020).
 - 25 Darauf verweisen u. a. SDSN Germany 2020a und verschiedene Arbeitsprozesse zur DNS, z. B. Beirätedialeg 2019, aber auch der Bundesrechnungshof (2019). Abschließende Mitteilung an das Bundeskanzleramt über die Prüfung der nationalen Umsetzung der Ziele für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen - Agenda 2030. Verfügbar unter: <https://www.bundesrechnungshof.de/de/veroeffentlichungen/produkte/pruefungsmittelungen/langfassung-2019/2019-pm-nationale-umsetzung-der-ziele-fuer-nachhaltige-entwicklung-der-vereinten-nationen-agenda-2030-pdf> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
 - 26 In eine ähnliche Richtung argumentiert SDSN Germany, indem es die Bundesregierung auffordert, „die Nachhaltigkeitsstrategie 2021 zu einem Instrument und Ausdruck der Mitgestaltung der Krisenbewältigung in Deutschland und darüber hinaus (zu) machen“. SDSN (2020a), S. 4.
 - 27 Ortwin Renn (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 19-21; siehe dazu auch Axel Schaffer, Eva Lang, Susanne Hartard (Hg.) (2014). Systeme in der Krise im Fokus von Resilienz und Nachhaltigkeit, Marburg: Metropolis.
 - 28 Markus Reichstein (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 18-19.
 - 29 Vgl. dazu auch das Interview mit Dennis Snower, der mit Bezug auf die Wirtschaft die Differenz zwischen einem auf (pure) Effizienz ausgerichteten System und einem System der Resilienz skizziert. wpn2030 (2020). Interview mit Dennis Snower über Corona, Nachhaltigkeit und sozio-ökonomische Herausforderungen. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/interview-mit-dennis-snower/> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
 - 30 Siehe dazu etwa Gabriele Köhler (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 14-15, die das Konzept von „human security“ als Erweiterung des Nachhaltigkeitskonzeptes vorschlägt.
 - 31 Burkhard Horn (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 46-47 sowie zum Thema „Post-Corona-Stadt“: Uwe Schneidewind et al. (2020). „Näher“ – „Öffentlicher“ – „Agiler“: Eckpfeiler einer resilienten „Post-Corona-Stadt“. Diskussionspapier. Abrufbar unter: <https://wupperinst.org/fa/redaktion/downloads/publications/Post-Corona-Stadt.pdf> (letzter Zugriff: 03.07.2020).
 - 32 Die Bedeutung nachhaltiger Daseinsvorsorge unterstreicht u.a. der Nachhaltigkeitsrat (RNE): Rat für Nachhaltige Entwicklung (2020b). Empfehlung: Raus aus der Corona-Krise im Zeichen der Nachhaltigkeit. Verfügbar unter: https://www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-content/uploads/2020/05/20200513_RNE_Empfehlung_Raus_aus_der_Krise_im_Zeichen_der_Nachhaltigkeit.pdf (letzter Zugriff: 15.07.2020).
 - 33 Busso Grabow et al. (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 63-64.
 - 34 Benjamin Nölting (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 33-34: „Die Corona-Pandemie hat gezeigt, welche Bedeutung ein funktionsfähiger Staat und eine verlässliche Daseinsvorsorge haben.“
 - 35 Vgl. Hightech Forum, Innovationspolitik nach der Corona-Krise: Sieben Leitlinien für neues* Wachstum. Verfügbar unter: https://www.hightech-forum.de/wp-content/uploads/2020_hightech-forum_innovationspolitische_leitlinien.pdf (letzter Zugriff: 15.07.2020).
 - 36 Vgl. Christine Volkmann (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 55-56. wpn 2030 (2020). Interview mit Marion A. Weissenberger-Eibl zu Potenzialen der Corona-Krise. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/weissenberger-eibl-zur-corona-krise/> (letzter Zugriff: 05.08.2020). Siehe dazu auch den Bericht des internationalen Forschungsnetzwerks The World in 2050: The World in 2050 (2020). Innovations for Sustainability. Pathways to an efficient and post-pandemic future. Report prepared by The World in 2050 initiative. International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA), Laxenburg, Austria. Verfügbar unter: <http://pure.iiasa.ac.at/id/eprint/165331/TWI2050-web.pdf> (Zugriff: 05.08.2020).
 - 37 Ortwin Renn (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 19-21, Benjamin Nölting (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 33-34. Marion A. Weissenberger-Eibl, Andre Almeida, Fanny Seus (2019). A Systems Thinking Approach to Corporate Strategy Development. Systems 7 (1), 16. Verfügbar unter: <https://www.mdpi.com/2079-8954/7/1/16> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
 - 38 Vgl. Wissenschaftsplattform Klimaschutz (WPKS) (2020). Klimapolitische Anforderungen an die Konjunkturpolitik in der Coronakrise, S. 6. Verfügbar unter: <https://www.iass-potsdam.de/sites/default/files/2020-07/WPKS-Corona-Konjunktur.pdf> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
 - 39 Vgl. wpn2030 (2020): Interview mit Dennis Snower. Christine Volkmann (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 68; Beiträge zur Online-Konsultation blicken zudem kritisch auf Konjunktur(-pakete), wenn diese alte, nicht-nachhaltige Pfade fortschreiben, so etwa Tilman Santarius (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 21; Norbert Rost (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 54-55.
 - 40 Vgl. Manfred Fischeck et al. (2020): Konjunkturprogramm unter der Klimaschutzlupe: viele gute Impulse, aber Nachbesserungen für nachhaltige Wirkung erforderlich? Eine erste Bewertung des Konjunkturprogramms der Bundesregierung unter besonderer Berücksichtigung des Klimaschutzes. Abrufbar unter: <https://wupperinst.org/fa/redaktion/downloads/publications/Corona-Konjunkturmassnahmen.pdf> (letzter Zugriff: 07.07.2020).
 - 41 Vgl. Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088. Verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32020R0852&from=DE> (letzter Zugriff: 05.08.2020). Siehe dazu auch: SDSN Germany (2020a) oder RNE (2020b).
 - 42 Doris Fuchs (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S.

- 10-11; Grischa Beier (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 39-41; Jens S. Dangschat (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 41-43.
- 43 Siehe dazu auch SDSN Germany (2020b): Fünf Vorschläge zur strukturellen Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Verfügbar unter: https://www.die-gdi.de/fileadmin/user_upload/pdfs/dauerthemen_spezial/20200303_StN_DNS_SDSN_Germany_03.03.2020.pdf (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 44 SDSN Germany (2020a), S. 1.
- 45 Siehe dazu auch die Kernempfehlung 1 des wpn2030 Reflexionspapiers 2019: wpn2030 (2019), S. 13ff.
- 46 wpn2030 (2019). Empfehlungen an den Staatssekretärsausschuss Nachhaltige Entwicklung von der Arbeitsgruppe „Mobilität“ der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030. Verfügbar unter: https://www.wpn2030.de/wp-content/uploads/2019/12/Empfehlungen-AG-Mobilit%C3%A4t_Wissenschaftsplattform.pdf (letzter Zugriff: 05.08.2020) sowie der Beitrag des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur im Rahmen des Beiräte-Dialog 2019: wpn2030 – Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (2020). Beiräte-Dialog 2019: Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2020, S. 20ff. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/wp-content/uploads/2020/02/Beir%C3%A4tedialog-2019-Bericht.pdf> (letzter Zugriff: 18.07.2020).
- 47 Vgl. auch SDSN Germany (2020a). Vgl. auch die Dokumentation zweier Online-Workshops der wpn2030 in Kooperation mit SDSN Germany im Kontext des Beiräte-Dialogs 2020 und mit Bezug auf die Verbindungen zwischen Nachhaltigkeit und Gesundheit, verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/beiraete-im-gespraech/> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 48 Vgl. Benjamin Nöbling (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 52. Christa Liedtke et al. (2015). User-integrated innovation in Sustainable Living Labs: an experimental infrastructure for researching and developing sustainable product service systems. *Journal of Cleaner Production* 97: 106-116. Niko Schöpke et al. (2018). Labs in the Real World: Advancing Transdisciplinary Research and Sustainability Transformation. *Mapping the Field and Emerging Lines of Inquiry*. GAIA 27 S1: 8-11. Ein Projekt, das sich mit sozialen Innovationen befasst, die in der Corona-Krise entstanden sind bzw. entstehen, ist verfügbar unter: https://www.dbu.de/2985ibook82940_38647_.htm. Mit Bezug auf die DNS entwickelt die wpn2030 gegenwärtig ihr Format der „DNS-Labs“: Siehe als erste Hintergrundstudie dazu: Di Giulio, Antonietta & Defila, Rico (2020): Charakterisierung eines kompakten, transdisziplinären und transformationsorientierten Dialogformats für die Bearbeitung von Nachhaltigkeitsthemen, Studie für die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030. Basel: Universität Basel. Verfügbar unter: https://www.wpn2030.de/wp-content/uploads/2020/07/DNS-Lab_Studie_2020.pdf (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 49 Siehe dazu beispielhaft aus der Online-Konsultation die umfassenden Beiträge vom Deutschen Institut für Urbanistik (difu) von Busso Grabow et al. (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 43-44.
- 50 In ähnlicher Weise fordert der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung: „Der PBN-E fordert die Bundesregierung dazu auf, zu Beginn jeder Legislaturperiode eine umfassende Bestandsaufnahme zur Umsetzung und Erreichung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vorzunehmen.“ PBN-E (2020), S. 4. Unterstützt wird dieser Vorschlag von SDSN Germany (2020a), S. 7.
- 51 Vgl. Jens S. Dangschat (2020): Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 41-43; Jan Christian Polanía Giese et al. (2019). Assessment report: Impacts of the digital transformation on consumption and their impacts for implementing the German Sustainable Development Strategy in, with and by Germany. Report to the Science Platform Sustainability 2030. Berlin/Wuppertal: adelphi/Wuppertal Institut. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/wp-content/uploads/2019/12/Studie-Konsum-1.pdf> (letzter Zugriff: 05.08.2020). wpn2030 - Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (2019). Abschlussbericht Arbeitsgruppe „Nachhaltiger Konsum“. Wissenschaftlicher Impuls für politische Akteure: Zur (Weiter-)Entwicklung transformativer Strategien für nachhaltigen Konsum. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/wp-content/uploads/2019/12/Abschlussbericht-AG-Konsum.pdf> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 52 Bundesrechnungshof (2019), S. 5.
- 53 SDSN Germany (2020b).
- 54 Zu den neuen Prinzipien der DNS siehe die Aktualisierung der DNS 2018: Bundesregierung (2018). Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Aktualisierung 2018. Verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975292/1559082/a9795692a667605f652981aa9b6cab51/deutsche-nachhaltigkeitsstrategie-aktualisierung-2018-download-bpa-data.pdf> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 55 Siehe dazu auch den Beitrag von Rüdiger Kruse (2019). Nachhaltigkeit braucht einen anderen Stellenwert in der Politik. *Handelsblatt* vom 12.8.2019. Verfügbar unter: <https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-nachhaltigkeit-braucht-einen-anderen-stellenwert-in-der-politik/24895432.html?ticket=ST-196006-4kegg-GEmaUS6BUZ4XuC5-ap3> (letzter Zugriff: 05.08.2020). Siehe dazu auch die umfangreichen Analysen von Basil Bornemann zur DNS als Instrument der Policy-Integration für Nachhaltigkeit: Ders. (2014). *Policy-Integration und Nachhaltigkeit: Integrative Politik in der Nachhaltigkeitsstrategie der deutschen Bundesregierung*. Wiesbaden: Springer.
- 56 Siehe dazu neben dem Reflexionspapier der wpn2030 (2019) die SDSN Germany Stellungnahme (2020a) auch das Gutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU), insbesondere mit Bezug auf Gesetzgebungsverfahren. SRU (2020). Für eine entschlossene Umweltpolitik in Deutschland und Europa. Verfügbar unter: https://www.umweltrat.de/Shared-Docs/Downloads/DE/01_Umweltgutachten/2016_2020/2020_Umweltgutachten_Entschlossene_Umweltpolitik.pdf?__blob=publicationFile&v=28 (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 57 Vgl. Norbert Rost (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 54-55. Vgl. zur Einrichtung von „Entwicklungsbeiräten“: SDSN Germany (2020a), S. 6.
- 58 Vgl. den Beitrag von Bernd Holznapel (vom Wissenschaftlichen Arbeitskreises für Regulierungsfragen der Bundesnetzagentur) im Rahmen des Beiräte-Dialogs 2019: wpn2030 (2020). Beiräte-Dialog 2019, S. 20f.
- 59 Vgl. den Beitrag des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz und Wissenschaftlichen Beirats für Biodiversität und Genetische Ressourcen beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft im Rahmen des Beiräte-Dialogs 2019, S. 47f.
- 60 Siehe dazu auch Leopoldina (2020b): *Energiewende 2030: Europas Weg zur Klimaneutralität*. Verfügbar unter: https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2020_Energiewende_2030_Final.pdf (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 61 SDSN & IEEP (2019). *The 2019 Europe Sustainable Development Report*. Sustainable Development Solutions Network and Institute for European Environmental Policy: Paris and Brussels. Verfügbar unter: https://s3.amazonaws.com/sustainable-development.report/2019/2019_europe_sustainable_development_report.pdf (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 62 wpn2030 (2019), S. 13-17.
- 63 Siehe dazu auch wpn2030 (2020): Interview mit Dennis Snower, der die vielfachen Interessen der Bundesrepublik an globaler Kooperation und folglich an einer ambitionierten (globalen) Nachhaltigkeitspolitik unterstreicht.
- 64 So der aktuelle SDG-Bericht des UN-Generalsekretärs: *United Nations (2020). Progress towards the Sustainable Development Goals*. Report of the Secretary-General. Verfügbar unter: <https://unstats.un.org/sdgs/report/2020/The-Sustainable-Development-Goals-Report-2020.pdf> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 65 Vgl. hierzu: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2354908/beaae8e42d0640f6a70c4dc0e74c6adf/covid19-data.pdf>. Siehe

- auch das Briefing des Global Policy Forum "Corona und die SDGs. Folgen der COVID-19-Pandemie für die Verwirklichung der globalen Nachhaltigkeitsziele" (Mai 2020).
- 66 Independent Group of Scientists appointed by the Secretary-General, Global Sustainable Development Report 2019: The Future is Now – Science for Achieving Sustainable Development, New York: United Nations. Verfügbar unter: https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/24797GSDR_report_2019.pdf (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 67 Vgl. Imme Scholz et al. (2020). T20 Policy Brief: Dealing with interlinkages – a focused approach for implementing the SDGs and overcoming the COVID-19 crisis. Verfügbar unter: <https://zenodo.org/record/3900571#.Xwm-x-dCQ2w> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 68 Siehe auch die Politische Erklärung, die von den Staats- und Regierungschefs beim SDG-Gipfel im September 2019 verabschiedet wurde (<https://undocs.org/en/A/RES/74/4>), mitsamt den zehn eingegangenen Verpflichtungen.
- 69 Siehe auch das Papier vom Forum Umwelt und Entwicklung (2020). Kernforderungen zur Aktionsdekade 2020-2030. Verfügbar unter: https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2020/04/Kernforderungen_SDG-Aktionsdekade_ForumUmweltundEntwicklung.pdf (letzter Zugriff: 19.06.2020).
- 70 Siehe u. a. zum HLPF das Interview mit Marianne Beisheim: wpn2030 (2020). Interview mit Marianne Beisheim über Auswirkungen der Corona-Krise aufs HLPF. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/interview-marianne-beisheim-corona-krise/> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 71 Siehe SWP-Themendossier zur Covid-19-Krise, beispielsweise der Beitrag von Marco Overhaus und Maik Voss zur WHO. Verfügbar unter: <https://www.swp-berlin.org/swp-themendossiers/corona-krise/#Coronalnhalt> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 72 Siehe beispielsweise auch Cameron Hepburn et al. (2020). Will COVID-19 fiscal recovery packages accelerate or retard progress on climate change? Verfügbar unter: <https://www.smithschool.ox.ac.uk/publications/wpapers/workingpaper20-02.pdf> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 73 Siehe dazu auch RNE (2020a).
- 74 Vgl. u. a. RNE (2020b), S. 1. Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) (2020). Hightech Forum (2020). Umweltbundesamt, Nachhaltige Wege aus der Wirtschaftskrise. Umwelt und Klima schützen, Beschäftigung sichern, sozialverträgliche Transformation einleiten. BUND et al. (2020), Konjunkturpapier: Die Krisen nachhaltig überwinden und eine resiliente Gesellschaft entwickeln. Forderungen der Umweltverbände zu Konjunkturlösungen im Rahmen der Corona-Krise.
- 75 Vgl. Leopoldina (2020b).
- 76 Vgl. wpn2030 (2020). Interview mit Lisa Herzog über die Corona-Krise, Nachhaltigkeit und die Rolle der Wissenschaft. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/lisa-herzog-zu-corona-und-nachhaltigkeit/> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 77 Vgl. Abschlussbericht AG Zukunft der Arbeit der wpn2030 (i. E.).
- 78 Vgl. Philipp Thomas (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 55.
- 79 Abschlussbericht AG Zukunft der Arbeit der wpn2030 (i. E.).
- 80 Vgl. WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2019). Unsere gemeinsame digitale Zukunft. Berlin: WBGU. Verfügbar unter: <https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/unsere-gemeinsame-digitale-zukunft> (letzter Zugriff: 15.07.2020).
- 81 Vgl. wpn2030 (2020). Interview mit Karsten Bourwieg über die Corona-Krise, Energieversorgung und Nachhaltigkeit. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/interview-karsten-bourwieg-corona-krise/> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 82 Vgl. Susanne Dehmel et al. (2020). Die Wirksamkeit der Corona-Warn-App wird sich nur im Praxistest zeigen. Der Datenschutz ist nur eine von vielen Herausforderungen. Veröffentlichungen des Sachverständigenrats für Verbraucherfragen. Berlin: Sachverständigenrat für Verbraucherfragen. Verfügbar unter: <https://www.svr-verbraucherfragen.de/dokumente/die-wirksamkeit-der-corona-warn-app-wird-sich-nur-im-praxis-test-zeigen-der-datenschutz-ist-nur-eine-von-vielen-herausforderungen/> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 83 Vgl. Hightech Forum (2020).
- 84 Vgl. wpn2030 (2020): Interview mit Ute Klammer über Corona und die wissenschaftliche (Sozial-) Politikberatung. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/ute-klammer-zu-corona-und-nachhaltigkeit/> (letzter Zugriff: 01.08.2020).
- 85 Vgl. wpn2030 (2020). Interview mit Bernd Holznapel zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf die digitale Vernetzung. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/interview-mit-bernd-holznapel/> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 86 Vgl. Abschlussbericht AG Zukunft der Arbeit der wpn2030 (i. E.) und Julia Krause (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 15-16.
- 87 Rudolf Voller (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 24 und S. 56-57; Gabriele Köhler (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 47-48.
- 88 Kathleen Mar, Erika von Schneidmesser (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 49-51.
- 89 Doris Fuchs (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 10-11.
- 90 Vgl. Polanía Giese et al. (2019).
- 91 wpn2030 (2019). Abschlussbericht Arbeitsgruppe „Nachhaltiger Konsum“ und Grischa Beier (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 39-41.
- 92 Vgl. wpn2030 (2019). Empfehlungen an den Staatssekretärsausschuss Nachhaltige Entwicklung der AG Mobilität.
- 93 Hartmut Balder (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 8; Jens S. Dangschat (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 41-43; siehe auch Busso Grabow et al. (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 29-30.

wissenschaftsplattform nachhaltigkeit 2030

Die Plattform

Die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 ist ein zentraler Ort der Wissenschaft, an dem sie drängende Fragen der Nachhaltigkeitspolitik reflektiert und diskutiert – im Austausch mit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wissen für Nachhaltigkeit wird dort zusammengetragen und weitergetragen, insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Die Plattform arbeitet unabhängig und ist systematisch eingebunden in den offiziellen politischen Steuerungs-, Dialog- und Umsetzungsprozess der Agenda 2030. Träger der Plattform sind SDSN Germany, DKN Future Earth und das IASS Potsdam

Mitglieder des Lenkungskreises

Günther Bachmann, Marianne Beisheim, Jetta Frost, Jörg Hacker, Reiner Hengstmann, Thomas Holtmann, Daniela Jacob (Co-Vorsitzende), Adolf Kloke-Lesch (ex officio), Stephan Lessenich, Christa Liedtke (Co-Vorsitzende), Kai Lindemann, Karsten Löffler, Ursula Mathar, Klaus Milke, Alexander Müller, Patrizia Nanz (Co-Vorsitzende), Jürgen Renn, Ulrike Schell, Falk Schmidt (ex officio), Dennis Snower, Sebastian Sonntag (ex officio), Olaf Tschimpke, Markus Vogt, Joachim von Braun, Hilmar von Lojewski, Marion A. Weissenberger-Eibl

Redaktion

Falk Schmidt, Konar Mutafoğlu, Bastian Strauch

VSidP

Prof. Daniela Jacob
Prof. Christa Liedtke
Prof. Patrizia Nanz

Kontakt

Geschäftsstelle Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030
Dr. Falk Schmidt, Leiter Geschäftsstelle
c/o Institute for Advanced Sustainability Studies e. V. (IASS Potsdam)
Berliner Str. 130, 14467 Potsdam
Tel.: +49-331-28822-456
info.wpn2030@iass-potsdam.de
www.wpn2030.de
twitter.com/wpn2030

Wissenschaftliche Trägerorganisationen

